

# Demografische Entwicklung im Kanton Bern

Analyse der bestehenden kantonalen Grundlagen  
und Herausforderungen, Synthese und  
direktionsübergreifende Empfehlungen



Februar 2022

**infraconsult**

Raum und Mobilität  
Umwelt  
Gesellschaft und Wirtschaft  
Public Management  
Kommunikation

IC Infraconsult AG  
Kasernenstrasse 27, CH-3013 Bern  
+41 31 359 24 24  
icag@infraconsult.ch  
infraconsult.ch



Titelbild: © Dmytro Varavin/iStockphoto.com

#### **Auftraggeberin**

Kanton Bern, Staatskanzlei, Amt für Regierungsunterstützung und politische Rechte

#### **Projektleitung**

Mirjam Tschumi (STA)

Jana Mäder (STA)

#### **Arbeitsgruppe**

Mirjam Tschumi (STA)

Jana Mäder (STA)

Silvia Kollar (WEU)

Andreas Grandy (GSI)

Bernhard Künzler (DIJ)

Solveig Muggli (SID)

Barbara Tschann (SID)

Christian Haldimann (FIN)

Ursula Telley (FIN)

Benjamin Adler (BKD)

Katrin Richter (BVD)

#### **Bearbeitende IC Infraconsult**

Daniel Studer, Projektleitung

Thomas Röthlisberger, Stv. Projektleitung

Enrico Bellini, Claudia Bommer, Thérèse Laubscher, David Remund, Dominic Schorneck, Regula Meyer

1840.01 / 16.03.22 / A / R6, Std (F)

\\zihl\proj\1000\1840.01\_be\_herausforderungen\_demografischen\_entwicklung\01\_prod\9\_bericht\20220308\_be\_demografischer\_wandel\_bericht\_schlussversion.docx



# Inhaltsverzeichnis

---

1.	Einleitung	5
1.1	Ausgangslage und Auftrag	5
1.2	Fragestellungen und Ziele	6

---

2.	Vorgehen, Methodik und Grundlagen	8
3.	Demografischer Wandel	12
3.1	Definition, Prozess und Komponenten	12
3.2	Aufgabenteilung Bund und Kanton	13
3.3	Bevölkerungsentwicklung Schweiz, Kanton Bern und Regionen	15

---

4.	Ergebnisse Daten- und Grundlagenanalyse	20
4.1	Betroffene Direktionen, Ämter und Politikbereiche	20
4.2	Ergebnisse «Berichte-Scanning»	22
4.2.1	Publikationsjahr, Umfang und Bedeutung	22
4.2.2	Berücksichtigung von regionalen Aspekten und Statistiken	24
4.2.3	Erwähnte Herausforderungen, Massnahmen und Komponenten	27

---

5.	Übersicht, Analyse und Beurteilung der 17 Politikbereiche	28
5.1	Einleitung	28
5.2	Politikbereiche	30
5.2.1	Soziale Sicherheit	30
5.2.2	Öffentliche Finanzen, Steuern	31
5.2.3	Wirtschaft, Arbeit	33
5.2.4	Bildung, Schule, Forschung	34
5.2.5	Kultur und Sport	36
5.2.6	Öffentliche Sicherheit	37
5.2.7	Landwirtschaft, Versorgung	39
5.2.8	Wohnungswesen	41
5.2.9	Gesundheit	43
5.2.10	Migration und Integration	45
5.2.11	Kinder, Jugend, Familie, Alter	47
5.2.12	Raum	49
5.2.13	Umwelt	52
5.2.14	Energie	53
5.2.15	Verkehr	55
5.2.16	Kommunikation, Medien	57
5.2.17	Personalpolitik	59
5.3	Fazit	61



---

6.	Synthese und Handlungsempfehlung	65
6.1	Synthese	65
6.2	Handlungsfelder	67
6.3	Empfehlungen	68

---

Anhang		71
--------	--	----

## Anhang

---

A1	Berücksichtigte Berichte	71
A2	Matrix Ämter - Politikbereiche - Berichte	76



# 1. Einleitung

## 1.1 Ausgangslage und Auftrag

Demografischer Wandel  
als Herausforderung

Der demografische Wandel zählt - nebst dem Klimawandel, der Globalisierung, der Digitalisierung, der Individualisierung und der Urbanisierung - zu den zentralen Megatrends unserer Zeit. Wie in anderen wirtschaftlich stark entwickelten Ländern zeichnet sich der demografische Wandel auch in der Schweiz und im Kanton Bern durch die Alterung der Gesellschaft und einem wachsenden Anteil an Einwohnerinnen und Einwohnern mit Migrationshintergrund aus. Die Lebenserwartung ist in den letzten 100 Jahren kontinuierlich angestiegen, die Geburtenrate verharrt seit den 1970er Jahren auf tiefem Niveau, und das Bevölkerungswachstum beruht hauptsächlich auf Zuwanderung.

Die Folgen davon sind ein generelles Bevölkerungswachstum sowie eine zunehmende Heterogenität der Gesellschaft:<sup>1</sup> Der jungen Generation steht eine wachsende Anzahl älterer Menschen gegenüber. Das Sozialversicherungssystem stösst an seine Grenzen. Gleichzeitig zeigt sich der Fachkräftemangel immer stärker. Migrationsbewegungen innerhalb der Schweiz und in die Schweiz sind einerseits seit Jahren selbstverständlich, andererseits führen diese immer wieder zu intensiven gesellschaftlichen und politischen Diskussionen.

Die vielfältigen Herausforderungen des demografischen Wandels betreffen alle drei Staatsebenen Bund, Kantone und Gemeinden gleichermaßen, allerdings je nach Ausprägung der Komponenten des demografischen Wandels in unterschiedlichem Ausmass.

Demografischer Wandel ist  
schon länger ein Thema

Der Regierungsrat und der Grosse Rat des Kantons Bern befassen sich seit längerem mit dem demografischen Wandel. Bereits im Jahr 2009 wurde in der kantonalen Verwaltung eine Umfrage durchgeführt, um die Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf die Politik- und Fachbereiche im Kanton Bern zu erfassen.<sup>2</sup> Ausserdem lässt der Kanton Bern in regelmässigen Abständen regionalisierte Bevölkerungsszenarien erstellen.<sup>3</sup> Diese orientieren sich an den vom Bundesamt für Statistik für den Kanton Bern erstellten Szenarien. Für Politik und Verwaltung stellen die regionalisierten Bevölkerungsszenarien eine wichtige Planungsgrundlage dar.

Auftrag des Grossen Rats  
an den Regierungsrat

Im Juni 2020 hat der Grosse Rat das Postulat 184-2019 «Herausforderungen der demografischen Entwicklung im Kanton Bern» angenommen.<sup>4</sup> Dieses fordert, dass der Regierungsrat einen Bericht mit einer direktionsübergreifenden Übersicht über die Herausforderungen der demografischen Entwicklung erstellen soll. Die Federführung für die Umsetzung des Postulats 184-2019 liegt bei der Staatskanzlei.

<sup>1</sup> Vgl. Bundesamt für Statistik: Szenarien zur Bevölkerungsentwicklung der Schweiz und der Kantone 2020–2050, 2020.

<sup>2</sup> Vgl. Konferenz Raum / Verkehr / Wirtschaft (KRVW): Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf die Politik- und Fachbereiche im Kanton Bern, Ergebnisse einer Umfrage der KRVW, August 2009.

<sup>3</sup> Vgl. Statistikkonferenz des Kantons Bern / IC Infraconsult: Regionalisierte Bevölkerungsszenarien für den Kanton Bern bis zum Jahr 2050, Ausgabe 2020, Dezember 2020.

<sup>4</sup> Vgl. Bericht des Regierungsrates RRB zum Postulat 184-2019 SAK (Jost, Thun) „Herausforderungen der demografischen Entwicklung im Kanton Bern“, 4. März 2020.



Auftrag (Fortsetzung)	Sie wird begleitet durch die Generalsekretärenkonferenz und eine direktionsübergreifende Arbeitsgruppe. Die Erkenntnisse aus dem Bericht sollen in den strategischen Planungen des Regierungsrates berücksichtigt werden (u.a. in der Legislaturplanung 2023-2026).
Bundesbericht als zentrale Grundlage	Im Jahr 2016 hat der Bundesrat in Erfüllung des Postulats 13.3697 Schneider-Schneiter eine Studie zum demografischen Wandel in der Schweiz und den Handlungsfeldern auf Bundesebene in Auftrag gegeben. <sup>5</sup> Bezüglich Vorgehen und Methodik soll sich die vorliegende Untersuchung möglichst eng an dieser Studie bzw. am Bericht des Bundesrates orientieren. Bereits erarbeitete Erkenntnisse und Methoden sollen - zur besseren Vergleichbarkeit und zur Minderung des Bearbeitungsaufwandes - für die vorliegende Studie soweit wie möglich übernommen werden.
Ausblick	Gestützt auf den vorliegenden Bericht wird die für das Geschäft zuständige Staatskanzlei den Regierungsrat dazu bringen, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen, und sie wird ihm in Zusammenarbeit mit den Direktionen Vorschläge zur Umsetzung resp. zum weiteren Vorgehen unterbreiten. Voraussichtlich in der Herbstsession 2022 wird der aufgrund des überwiesenen Postulats erarbeitete Bericht dem Grossen Rat zur Kenntnis vorgelegt.

## 1.2 Fragestellungen und Ziele

Antworten auf neun Fragen gesucht

Im Rahmen der Studie sollen insbesondere Antworten auf folgende Fragen erarbeitet werden:

1. Was sind die Herausforderungen der demografischen Entwicklung im Kanton Bern (je Politikbereich und übergreifend)?
2. In welchen Bereichen ist der Kanton Bern von der demografischen Entwicklung besonders betroffen (im Vergleich zu anderen Kantonen und im Vergleich zum Bund)?
3. Was sind die Handlungsfelder und/oder wichtige, bestehende Massnahmen im Hinblick auf die demografische Entwicklung und die diesbezüglichen Herausforderungen im Kanton Bern (je Politikbereich und übergreifend)?
4. Kann der Regierungsrat (neue) übergeordnete Massnahmen treffen, um den demografischen Auswirkungen frühzeitig zu begegnen?
5. Mit welchen konkreten Massnahmen sollte den demografischen Auswirkungen frühzeitig (und übergeordnet) begegnet werden?
6. Welches sind Rollen und Perspektiven der Regionen und Gemeinden?
7. Welche statistischen Grundlagen werden genutzt, wie sind sie organisiert, wie werden sie bei der strategischen Planung miteinbezogen und wo gibt es Optimierungsbedarf?
8. Welche weiteren Einflussfaktoren können verstärkend/abschwächend auf den Megatrend «Demografischer Wandel» wirken?
9. Braucht es eine kantonale Demografiestrategie?

Mögliche weitere politikbereichspezifische Fragen (wie z.B. ob bereits ergriffene Massnahmen erste Wirkungen zeigen) sollen bei Bedarf nach Vorliegen des Berichts in Vertiefungsstudien erarbeitet werden. Solche Studien werden durch die jeweils zuständigen Direktionen ausgelöst.

---

<sup>5</sup> Vgl. Bericht des Bundesrates in Erfüllung des Postulats 13.3697 Schneider-Schneiter: Demografischer Wandel in der Schweiz, 9. Dezember 2016.



## Übersicht und Empfehlungen

Ziel der vorliegenden Studie ist es einerseits, eine Übersicht über die in der kantonalen Verwaltung bestehenden und genutzten Berichte mit Bezug zum demografischen Wandel zu schaffen und diese zu würdigen. Andererseits sollen anhand von möglichen Chancen und Risiken des demografischen Wandels Aussagen zum Handlungsbedarf für den Kanton Bern erarbeitet und Empfehlungen abgeleitet werden. Entsprechend der breit angelegten, direktionsübergreifenden Übersicht sollen die Aussagen auf einer relativ hohen Flugebene angesiedelt sein.

## 2. Vorgehen, Methodik und Grundlagen

### Vorgehen

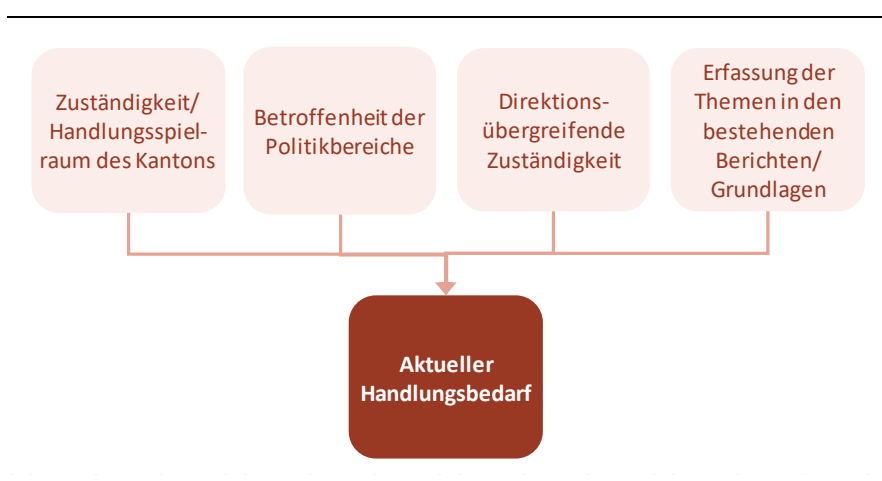
Die Erarbeitung der Studie erfolgte in folgenden vier Arbeitsschritten:

1. Definieren und beschaffen der Grundlagen
2. Erheben, analysieren und aufbereiten von Daten und Grundlagen
3. Ableiten und festlegen von Herausforderungen nach Politikbereich
4. Erarbeiten politikbereichs- und direktionsübergreifender Synthesen

Aufgrund des iterativen Vorgehens nehmen die Arbeitsschritte jeweils auf die Ergebnisse der vorgängigen Arbeiten Bezug.

### Methodik

Als zentrale Grösse wird in der vorliegenden Studie der aktuelle Handlungsbedarf bestimmt. Der «aktuelle Handlungsbedarf» sagt aus, inwieweit zusätzliche Aktivitäten erforderlich sind, damit die Herausforderungen des demografischen Wandels durch den Kanton Bern ausreichend berücksichtigt werden. Der aktuelle Handlungsbedarf für den Kanton Bern wird für 17 Politikbereiche ermittelt (Politikbereiche vgl. Kap. 5.1). Bestimmt wird der aktuelle Handlungsbedarf durch vier zentrale Faktoren:



Der aktuelle Handlungsbedarf ist umso höher, je...

- mehr in einem Politikbereich der Kanton zuständig ist und je grösser sein Handlungsspielraum ist
- stärker ein Politikbereich von den Herausforderungen des demografischen Wandels betroffen ist
- mehr Direktionen für einen Politikbereich zuständig sind
- weniger die Herausforderungen des demografischen Wandels in den Berichten und Grundlagen eines Politikbereiches erfasst und thematisiert werden.

Ist in einem Politikbereich der Handlungsspielraum des Kantons gering, ist er von den Herausforderungen des demografischen Wandels kaum betroffen und/oder sind die Herausforderungen des demografischen Wandels in Berichten und Grundlagen weitgehend erfasst, ist der aktuelle Handlungsbedarf für diesen Politikbereich gering. Ansonsten ist bezüglich der Herausforderungen des demografischen Wandels Handlungsbedarf vorhanden. Punktuelle Optimierungen sind jedoch in allen Politikbereichen möglich, auch bei geringem Handlungsbedarf.





## Grundlagen der Studie

Die Studie greift soweit möglich auf bestehende Grundlagen zurück, insbesondere auf:

- 74 Berichte der kantonalen Verwaltung mit potenziellem Inhalt zu den Herausforderungen des demografischen Wandels<sup>6</sup>
- den Bericht des Bundesrates aus dem Jahr 2016 zu den Herausforderungen des demografischen Wandels für den Bund<sup>7</sup>
- die Bevölkerungsszenarien 2020-2050 für die Schweiz, den Kanton Bern und die Verwaltungskreise<sup>8</sup>
- die Berichte zu den Herausforderungen des demografischen Wandels der Kantone Basel-Landschaft, Aargau und Schaffhausen<sup>9</sup>
- die Richtlinien der Regierungspolitik 2019-2022 im Kanton Bern<sup>10</sup>
- den Bericht des Instituts für Föderalismus aus dem Jahr 2015 zu Aufgaben und Kompetenzverteilung im schweizerischen Bundesstaat<sup>11</sup>

## Arbeitsgruppe

Die Arbeitsgruppe aus Vertreterinnen und Vertreter der verschiedenen Direktionen (vgl. Impressum) hat an der Studie aktiv mitgearbeitet. Einerseits lieferte sie zahlreiche Inputs zur Aufbereitung von Grundlagen. Andererseits plausibilisierte sie die Analyseergebnisse, Beurteilungen und Schlussfolgerungen in Kapitel 5 und 6 und lieferte konkrete fachliche Anpassungen und Ergänzungen.

## Erarbeitete Grundlagen

Zusätzlich zu den oben aufgeführten Grundlagen wurden im Rahmen der Studie, mit der Unterstützung der Arbeitsgruppe u.a. bei der Erstellung von Listen und Zuordnungen, folgende Grundlagen erarbeitet:

- «Berichte-Scanning»: Erhebung von Inhalten zu den Herausforderungen des demografischen Wandels in 74 Berichten der kantonalen Verwaltung
- Liste mit den 17 in der Studie berücksichtigten Politikbereichen
- Liste mit den 74 im «Berichte-Scanning» berücksichtigten Berichten der kantonalen Verwaltung mit potenziellem Inhalt zu den Herausforderungen des demografischen Wandels
- Zuordnung der kantonalen Direktionen und Ämter und der 17 Politikbereiche zu den 74 Berichten
- Zuordnung der kantonalen Direktionen und Ämter zu 17 Politikbereichen
- Grobübersicht zur Rolle bzw. den Aufgaben von Bund und Kanton Bern in den 17 Politikbereichen
- Erhebung bei der Arbeitsgruppe, wie stark die kantonalen Direktionen und Ämter von den Herausforderungen betroffen sind
- Erhebung bei der Arbeitsgruppe, wie die Herausforderung des demografischen Wandels in den kantonalen Direktionen über die 74 Berichte hinaus berücksichtigt werden

---

<sup>6</sup> Staatskanzlei: Übersicht der Berichte, Studien und dergleichen zur demografischen Entwicklung im Kanton Bern, internes Dokument, 20. Oktober 2021.

<sup>7</sup> Bericht des Bundesrates in Erfüllung des Postulats 13.3697 Schneider-Schneiter: Demografischer Wandel in der Schweiz, 9. Dezember 2016.

<sup>8</sup> Bundesamt für Statistik: Szenarien zur Bevölkerungsentwicklung der Schweiz und der Kantone 2020–2050, 2020; und Statistikkonferenz des Kantons Bern / IC Infraconsult: Regionalisierte Bevölkerungsszenarien für den Kanton Bern bis zum Jahr 2050, Ausgabe 2020, Dezember 2020.

<sup>9</sup> Interface: Aargau +100'000, Chancen und Risiken des demografischen Wandels im Kanton Aargau, im Auftrag des Kantons Aargau, Departement Bau, Verkehr und Umwelt, Mai 2013. Interface und interdirektionale Arbeitsgruppe Demografie Kanton Basel-Landschaft: Folgen des demografischen Wandels, Chancen-Risiko-Analyse und Massnahmenplan für den Kanton Basel-Landschaft, Mai 2015. Regierungsrat des Kantons Schaffhausen: Demografiestrategie Kanton Schaffhausen, Januar 2017.

<sup>10</sup> Regierungsrat des Kantons Bern: Engagement 2030, Richtlinien der Regierungspolitik 2019-2022.

<sup>11</sup> Institut für Föderalismus: Aufgaben und Kompetenzverteilung im schweizerischen Bundesstaat, Typologie der Aufgaben und Kompetenzen von Bund und Kantonen, Dezember 2015 sowie Bericht des Bundesrates, Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen, 2018.



#### «Berichte-Scanning»...

Das «Berichte-Scanning» umfasst die Durchsicht der von der Arbeitsgruppe bestimmten 74 Berichte mit potenziellem Inhalt zu den Herausforderungen des demografischen Wandels. Als Erhebungsinstrument diente ein Abfrageraster, das sich stark an den Folgen, Chancen, Risiken und Handlungsfeldern orientiert, die im Bericht des Bundesrates zum demografischen Wandel für die jeweiligen Politikbereiche ausgewiesen sind.<sup>12</sup> Konkret wurde geprüft, ob die den Politikbereichen zugeordneten Chancen, Risiken und Handlungsfelder in den jeweils dem Politikbereich zugeordneten Berichten thematisiert bzw. erwähnt werden. Die Erfassung erfolgte teilweise quantitativ (Ja/Nein, Anzahl etc.) und teilweise qualitativ (Bemerkungen in Stichworten).

Zusätzlich wurde in den Berichten erfasst, ob bezüglich des demografischen Wandels folgende Punkte erwähnt oder thematisiert wurden:

- Unterschiede zwischen Regionen und/oder Gemeinden
- verwendete statistische Grundlagen
- Massnahmen zu den Herausforderungen
- unterschiedliche Herausforderungen für Kanton Bern und Bund
- weitere erwähnte Politikbereiche

Ergänzend wurden auch noch die deskriptiven Merkmale der Berichte erfasst (Anzahl Seiten, Erscheinungsjahr, Herausgeber etc.).

#### ...und seine Grenzen

Die Tiefe des «Berichte-Scanning» orientierte sich an der für die Studie festgelegten Flugebene und am verhältnismässigen Einsatz der verfügbaren Ressourcen. Entsprechend wurden Grenzen bezüglich des Inhalts und der Aussagekraft bewusst in Kauf genommen. Beispielsweise wurden die Berichte primär hinsichtlich der ihnen zugeordneten Politikbereiche «gescannt» (z.B. Politikbereiche Kinder, Jugend, Familie, Alter und Gesundheit). Bei den erwähnten Massnahmen wurde nicht erfasst, ob diese bereits umgesetzt werden oder erst als Idee existieren. Schliesslich muss damit gerechnet werden, dass einzelne in Berichten erwähnte Chancen, Risiken, Handlungsfelder oder Massnahmen im eher grobmaschigen «Scanning-Raster» nicht erkannt wurden.

Im Nachgang des «Berichte-Scanning» hat die Arbeitsgruppe sechs weitere Berichte mit potenziellem Inhalt zu den Herausforderungen des demografischen Wandels eingebracht (vgl. Anhang A1). Die Inhalte dieser Berichte sind qualitativ in die Ergebnisse eingeflossen (z.B. durch konkrete Ergänzungen von Chancen, Risiken oder Handlungsfeldern durch die Arbeitsgruppenmitglieder).

#### Beurteilung und Würdigung

Die Beurteilung und Würdigung der Analyseergebnisse beruhen insbesondere auf folgenden vier Punkten:

- Grösste Herausforderung: Die bevorstehenden Herausforderungen für den Kanton Bern > abgeleitet von den Chancen, Risiken und Handlungsfeldern
- Zuständigkeit: Die jeweiligen Rollen und Aufgaben von Bund, Kanton und Gemeinden > abgeleitet von den zentralen Aufgaben und der Betroffenheit des Kantons
- Erfassung der Themen: Die Erfassung der Herausforderungen des demografischen Wandels (Chancen, Risiken, Handlungsfelder) in den bestehenden Berichten und Grundlagen > abgeleitet vom «Berichte-Scanning» (welche Chancen, Risiken und Handlungsfelder werden in den Berichten erwähnt)

---

<sup>12</sup> Bericht des Bundesrates in Erfüllung des Postulats 13.3697 Schneider-Schneiter: Demografischer Wandel in der Schweiz, 9. Dezember 2016.



## Beurteilung und Würdigung (Fortsetzung)

- Handlungsbedarf: Die Einschätzung, ob für den Kanton Bern ein Handlungsbedarf besteht > abgeleitet von der Betroffenheit der Politikbereiche, dem Handlungsspielraum/bzw. der Zuständigkeit des Kantons und der Erfassung der Themen in bestehenden Berichten

In einem ersten Schritt erfolgten Beurteilung und Würdigung im Rahmen interner, interdisziplinärer Workshops. In einem zweiten Schritt wurden die Ergebnisse von der Arbeitsgruppe plausibilisiert, ergänzt und justiert. Ein spezieller Fokus lag dabei auf der spezifischen Situation des Kantons Bern. Die Beurteilung und Würdigung erfolgte sowohl für alle 17 Politikbereiche (vgl. Kapitel 5) sowie in Form einer politikbereichsübergreifenden Synthese (vgl. Kapitel 6). Letztere bildet die Grundlage für die Empfehlungen zuhanden des Regierungsrates.



## 3. Demografischer Wandel

### 3.1 Definition, Prozess und Komponenten

#### Definition und Prozess

Der demografische Wandel beschreibt, wie sich die Zusammensetzung der Bevölkerung in Zukunft voraussichtlich entwickeln wird. Diese Entwicklung beruht jeweils auf bestimmten Annahmen, die aus aktueller Sicht zwar plausibel sind, aber bezüglich effektiver Entwicklung naturgemäss mit Unsicherheiten behaftet sind. Aus diesem Grund wird die künftige Bevölkerungsentwicklung in unterschiedlichen Szenarien dargestellt und regelmässig mit den neusten Begebenheiten und Erkenntnissen aktualisiert.

Die drei zentralen Faktoren der Bevölkerungsentwicklung sind die Geburtenrate, die Lebenserwartung und der Wanderungssaldo. Die Entwicklung umfasst dabei die Anzahl (mehr), die Altersstruktur (älter) und die regional unterschiedliche Entwicklung (unterschiedlich verteilt). Nebst der quantitativen Veränderung ist der demografische Wandel aber auch von gesellschaftlichen Veränderungen geprägt, wie abnehmende Haushaltsgrössen, alternative Familienformen, Stellung der Frau, LGBTI+, multikulturelle Gesellschaft etc. (vielfältiger).

#### Komponenten

Die demografischen Veränderungen lassen sich daher vereinfacht mit folgenden vier Komponenten zusammenfassen:<sup>13</sup>

- Mehr: Anstieg der Bevölkerungszahl, insbesondere durch die Zuwanderung aus dem Ausland
- Älter: Alterung der Wohnbevölkerung, wird sich in Zukunft markant fortsetzen
- Unterschiedlich verteilt: Demografische Komponenten werden sich nicht in allen Teilen des Kantons Bern und der Schweiz gleich entwickeln
- Vielfältiger: Der demografische Wandel führt aufgrund seiner Wechselwirkung mit dem gesellschaftlichen Wandel zu einer zunehmenden Vielfalt der Gesellschaft

Die vier Komponenten dienen dazu, die Auswirkungen des demografischen Wandels auf die verschiedenen Politikbereiche, Direktionen/Ämter und Regionen zu erfassen. Sie bilden einen wichtigen Analyserahmen für das Erkennen von Chancen, Risiken und Handlungsfeldern des demografischen Wandels.

#### Weitere Einflussfaktoren

Der demografische Wandel hat einen massgeblichen Einfluss auf das Wohlbefinden und den Wohlstand der Bevölkerung. Folgende weitere Faktoren können – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – ebenfalls auf Wohlbefinden und Wohlstand einwirken und stehen in einer Wechselwirkung zur demografischen Entwicklung:<sup>14</sup>

- Politische Faktoren (z.B. Ausprägung der direkten Demokratie, Verhältnis Schweiz-EU, geopolitische Machtverhältnisse)
- Rechtliche Faktoren (z.B. Vorrang des Rechts, Regulierungsdichte, Verhältnis Landesrecht und supranationales Recht)
- Ökonomische Faktoren (z.B. Weltwirtschaft, Konjunktur in Europa und Schweiz)

<sup>13</sup> Vgl. Bericht des Bundesrates in Erfüllung des Postulats 13.3697 Schneider-Schneiter: Demografischer Wandel in der Schweiz, 9. Dezember 2016.

<sup>14</sup> Vgl. Bericht des Bundesrates in Erfüllung des Postulats 13.3697 Schneider-Schneiter: Demografischer Wandel in der Schweiz, 9. Dezember 2016.



Weitere Einflussfaktoren  
(Fortsetzung)

- Technologische Faktoren (z.B. Digitalisierung, Entwicklung neuer Technologien, Beteiligung der Schweiz an deren Entwicklung, Zugang der Schweiz zu neuen Technologien)
- Ökologische Faktoren (z.B. Klimawandel, Umwelt- und Naturkatastrophen, globale Ressourcen- und Nahrungsmittelversorgung)
- Gesellschaftliche Faktoren (z.B. Wertewandel, Individualisierung, gesellschaftlicher Zusammenhalt, Urbanisierung).

## 3.2 Aufgabenteilung Bund und Kanton

Aufgabenteilung Bund  
und Kanton

Die Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen ist in der Bundesverfassung geregelt: Art. 42 ff. BV. Der Bund erfüllt die Aufgaben, die ihm die Bundesverfassung zuweist (Art. 42 Abs. 1 BV). Die Kantone bestimmen, welche Aufgaben sie im Rahmen ihrer Zuständigkeiten erfüllen (Art. 43 BV). Der Bund übernimmt nur die Aufgaben, welche die Kraft der Kantone übersteigen oder einer einheitlichen Regelung durch den Bund bedürfen (Art. 43a Abs. 1 BV).

Die Zuständigkeit für einen Politik(teil)bereich kann entweder alle Staatsfunktionen (Rechtsetzung, Vollzug, Rechtsprechung) umfassen oder sich auf bestimmte Funktionen beziehen.<sup>15</sup> Innerhalb der Rechtsetzung wird zwischen umfassender, fragmentarischer (punktuelle Teilbereiche) und Grundsatz-Gesetzgebungskompetenz (Rahmengesetzgebungskompetenz) unterschieden. Sofern der Bund in der Bundesverfassung oder in einem Bundesgesetz nicht für den Vollzug als zuständig erklärt wird, liegt der Vollzug von Bundesrecht bei den Kantonen. Die Kantone sind für alle Bereiche zuständig, welche nicht durch die Verfassung dem Bund übertragen wurden.

Aufgaben Bund und Kanton  
nach Politikbereich

Die nachfolgende, grobe Übersicht in Tabelle 1 zeigt, in welchen Politikbereichen der Bund bzw. der Kanton Bern vorwiegend eine mehrheitliche oder umfassende Rechtsetzungskompetenz hat, in welchen Bereichen vorwiegend eine Vollzugskompetenz und in welchen sich der Kanton diese mit Bund und/oder Gemeinden teilt (Politikbereiche vgl. Kap. 5). Diese zwei Faktoren bilden die Grundlage zur Grobeinschätzung der Zuständigkeit bzw. des Handlungsspielraums des Kantons Bern (gering, mittel, gross). Dabei handelt es sich jeweils um eine stark vereinfachte Grobübersicht. Die Zuordnungen und Bewertungen beruhen auf einem relativen Ansatz (Bewertung eines Politikbereichs im Verhältnis zu den anderen).

<sup>15</sup> Vgl. Institut für Föderalismus: Aufgaben und Kompetenzverteilung im schweizerischen Bundesstaat, Typologie der Aufgaben und Kompetenzen von Bund und Kantonen, Dezember 2015 sowie Bericht des Bundesrates, Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen, 2018.

Tab. 1: Zuständigkeit/Handlungsspielraum Kanton Bern nach Politikbereich

Politikbereich	Vorwiegende Zuständigkeit von Bund, Kanton und Gemeinden		Zuständigkeit/ Handlungsspielraum des Kantons
	im Bereich Rechtssetzung	im Bereich Vollzug	
Soziale Sicherheit	Bund/Kanton	Bund/Kanton	mittel
Öffentliche Finanzen, Steuern	Bund	Kanton	mittel
Wirtschaft, Arbeit	Bund	Bund/Kanton	gering
Bildung, Schule, Forschung	Bund/Kanton	Kanton/Gde	mittel
Kultur, Sport	Bund/Kanton	Bund/Kanton	mittel
Öffentliche Sicherheit	Bund/Kanton	Bund/Kanton/Gde	mittel
Landwirtschaft, Versorgung	Bund	Bund/Kanton	gering
Wohnungswesen	Bund/Kanton	Bund/Kanton/Gde	mittel
Gesundheit	Bund/Kanton	Kanton	gross
Migration, Integration	Bund	Kanton	mittel
Kinder, Jugend, Familie, Alter	Kanton	Kanton/Gde	gross
Raum	Bund/Kanton	Kanton/Gde	mittel
Umwelt	Bund	Kanton	mittel
Energie	Bund/Kanton	Bund/Kanton	mittel
Verkehr	Bund/Kanton	Bund/Kanton/Gde	mittel
Kommunikation, Medien	Bund/Kanton	Bund/Kanton	mittel
Personalpolitik	Kanton	Kanton	gross

Legende:

**Vorwiegende Zuständigkeit:**

**Bund:** Zuständigkeit für Rechtssetzung liegt vorwiegend beim Bund

**Kanton:** Zuständigkeit für Rechtssetzung bzw. Vollzug liegt vorwiegend beim Kanton

**Bund/Kanton/Gde:** Zuständigkeit liegt gemeinsam bei Bund und Kanton, bei Kanton und Gemeinden oder bei Bund, Kanton und Gemeinden

**Zuständigkeit/Handlungsspielraum:**

**gering:** Im Bereich Rechtssetzung ist vorwiegend der Bund und im Bereich Vollzug Bund und Kanton gemeinsam zuständig (Beispiel Wirtschaft, Arbeit)

**mittel:** In den Bereichen Rechtssetzung und Vollzug sind jeweils Bund, Kanton und/oder Gemeinden gemeinsam zuständig (Beispiel Soziale Sicherheit) oder im Bereich Rechtssetzung ist vorwiegend der Bund und im Bereich Vollzug vorwiegend der Kanton zuständig (Beispiel Umwelt)

**gross:** In den Bereichen Rechtssetzung oder Vollzug ist der Kanton je mindestens einmal vorwiegend und einmal gemeinsam mit Bund und/oder Gemeinden zuständig (Beispiel Gesundheit)

Einfluss des  
demografischen Wandels

Der demografische Wandel kann einerseits Auswirkungen auf die Rechtssetzung haben, indem gewisse gesetzliche Regelungen eine Anpassung benötigen. Dies können beispielsweise Finanzierungsmechanismen bei den Sozialwerken sein aufgrund der alternden Gesellschaft. Andererseits kann der demografische Wandel auch Auswirkungen auf den Vollzug haben, wenn beispielsweise die Gesellschaft vielfältiger wird und unterschiedliche Kulturen und Lebensweisen berücksichtigt werden müssen.

### 3.3 Bevölkerungsentwicklung Schweiz, Kanton Bern und Regionen

Grundlagen  
Bevölkerungsentwicklung

Um den Herausforderungen des demografischen Wandels vorausschauend begegnen zu können, braucht es möglichst plausible und transparente Grundlagen zur möglichen Bevölkerungsentwicklung. Die folgenden Angaben beruhen auf den aktuellsten BFS-Bevölkerungsszenarien der Schweiz und der Kantone und den regionalisierten Bevölkerungsszenarien für den Kanton Bern.<sup>16</sup>

3 Szenarien der  
Bevölkerungsentwicklung

In den Bevölkerungsszenarien des Bundesamtes für Statistik (BFS) und der Statistikkonferenz des Kantons Bern wird die künftige Bevölkerungsentwicklung für drei Szenarien berechnet:

- Referenzszenario / Szenario Mittel  
Hypothese, dass sich die Entwicklung der letzten Jahre fortsetzt. Die Schweiz bleibt dank ihrer günstigen wirtschaftlichen Situation, der zentralen Lage in Europa, dem hohen Lebensstandard, der guten Lebensqualität und vorteilhaften Steuern weiterhin attraktiv. Die regionale Verteilung der Zuzüge im Kanton Bern beruht auf der Annahme, dass die gemäss kantonalem Richtplan massgebende Bevölkerungsentwicklung rund zur Hälfte ausgeschöpft wird.
- Szenario Hoch  
Kombination von Hypothesen, die das Bevölkerungswachstum, die Teilnahme an höherer Bildung und die Arbeitsnachfrage begünstigen. Die regionale Verteilung der Zuzüge im Kanton Bern beruht auf der Annahme, dass die gemäss kantonalem Richtplan massgebende Bevölkerungsentwicklung in den Gemeinden voll ausgeschöpft wird.
- Szenario Tief  
Kombination von Hypothesen, die dem Bevölkerungswachstum weniger förderlich sind. Die regionale Verteilung der Zuzüge und das Bevölkerungswachstum im Kanton Bern verbleiben nahezu auf aktuellem Niveau.

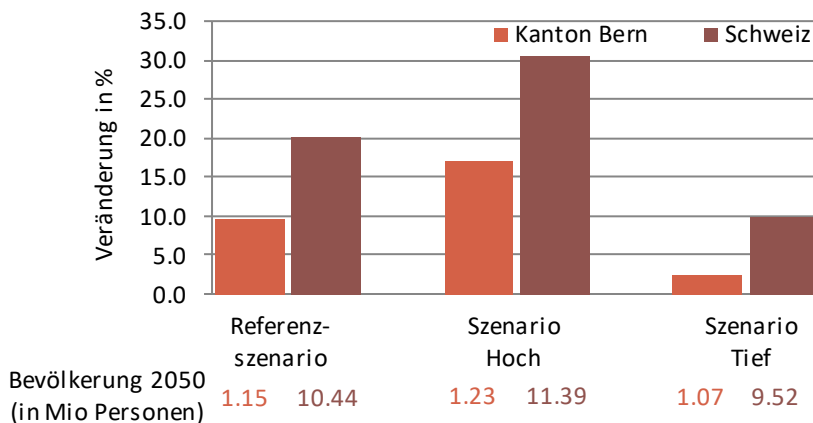
Gesamt- und Erwerbs-  
bevölkerung

Je nach Szenario steigt die Bevölkerungszahl im Kanton Bern bis 2050 um 2 bis 17 % auf rund 1.1 bis 1.2 Mio. Damit fällt das Wachstum im Kanton Bern nur etwa halb so stark aus wie im schweizerischen Mittel (Wachstum 10 bis 30 %).

Noch grösser ist der Unterschied zur Schweiz bei der Entwicklung der Erwerbsbevölkerung (20-64 Jahre). Im Kanton Bern ist nur beim Szenario Hoch von einer Zunahme der Erwerbsbevölkerung auszugehen (+ 15'000). Gemäss der Szenarien Mittel und Tief wird sich die Anzahl Personen im erwerbsfähigen Alter um rund 15'000 bzw. 50'000 reduzieren.

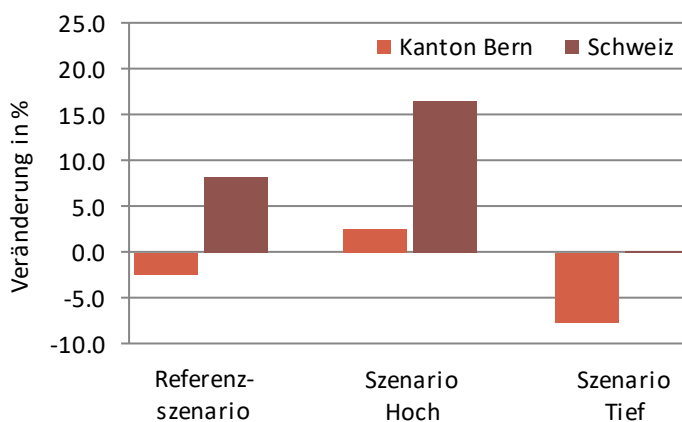
<sup>16</sup> Vgl. Bundesamt für Statistik: Szenarien zur Bevölkerungsentwicklung der Schweiz und der Kantone 2020–2050, 2020; und Statistikkonferenz des Kantons Bern / IC Infraconsult: Regionalisierte Bevölkerungsszenarien für den Kanton Bern bis zum Jahr 2050, Ausgabe 2020, Dezember 2020.

Abb. 1: Bevölkerungsentwicklung 2020-2050 in % und Bevölkerungszahl 2050 nach Szenarien, Kanton Bern und Schweiz



Quelle: Bundesamt für Statistik, Szenarien zur Bevölkerungsentwicklung der Schweiz und der Kantone 2020-2050

Abb. 2: Entwicklung Erwerbsbevölkerung (20-64 Jahre) 2020-2050 in % nach Szenarien, Kanton Bern und Schweiz



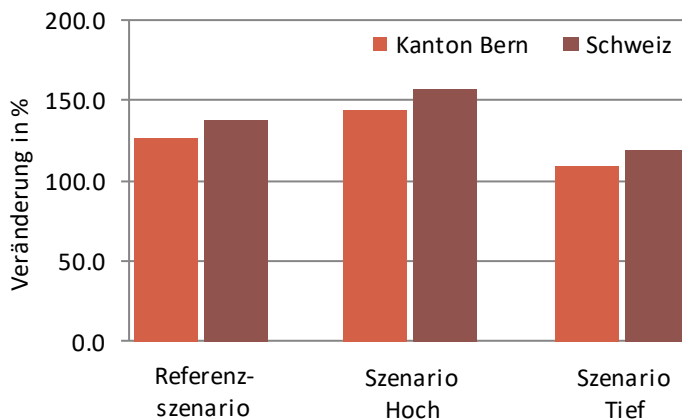
Quelle: Bundesamt für Statistik, Szenarien zur Bevölkerungsentwicklung der Schweiz und der Kantone 2020-2050

Altersstruktur und betagte Bevölkerung

Unabhängig dem Szenario wird die Bevölkerung im Kanton Bern älter, wie auch in der Schweiz und in ganz Europa: Nach jedem der drei BFS-Szenarien ist damit zu rechnen, dass in allen Kantonen die Bevölkerungsgruppen der älteren (65-79 Jahre) und insbesondere der betagten (80+ Jahre) Personen markant ansteigen wird. Im Kanton Bern wird sich die Zahl der Betagten bis 2050 mehr als verdoppeln. Je nach Szenario wird die Zahl der 80+ Jährigen im Kanton Bern um 70'000 bis 90'000 Personen ansteigen. Gesamtschweizerisch fällt die prozentuale Zunahme gar noch höher aus als im Kanton Bern. Dies liegt u.a. daran, dass der Kanton Bern bereits heute einen höheren Anteil an älteren und betagten Personen aufweist (15 bzw. 6 %) als die Schweiz insgesamt.

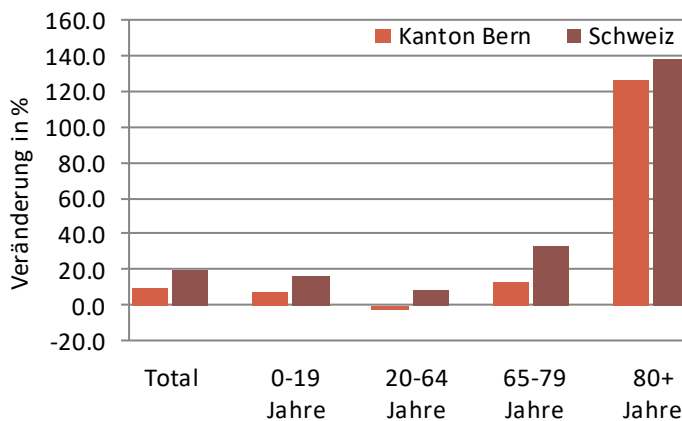


Abb. 3: Entwicklung betagte Bevölkerung (80+ Jahre) 2020-2050 in % nach Szenarien, Kanton Bern und Schweiz



Quelle: Bundesamt für Statistik, Szenarien zur Bevölkerungsentwicklung der Schweiz und der Kantone 2020-2050

Abb. 4: Entwicklung Bevölkerung nach Altersklassen 2020-2050 in % nach Referenzszenario, Kanton Bern und Schweiz

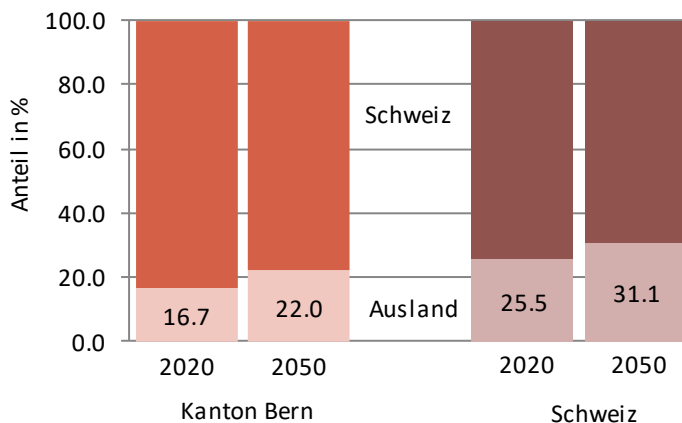


Quelle: Bundesamt für Statistik, Szenarien zur Bevölkerungsentwicklung der Schweiz und der Kantone 2020-2050

#### Bevölkerungsstruktur

Der wachsende Anteil ausländischer Personen an der Wohnbevölkerung steht beispielhaft für die Veränderung und zunehmende Vielfalt der Gesellschaft im Kanton Bern. Bis ins Jahr 2050 steigt der Anteil ausländischer Personen von 16.7 auf rund 22 %. Je nach Szenario entspricht das rund 50'000 bis 100'000 zusätzlichen ausländischen Personen. Im Vergleich mit dem gesamtschweizerischen Mittel sind die Anteile ausländischer Personen im Kanton Bern rund 9 % tiefer, wobei sich diese Anteile regional unterscheiden.

Abb. 5: Entwicklung Anteil schweizerische und ausländische Bevölkerung 2020-2050 in % nach Referenzszenario, Kanton Bern und Schweiz

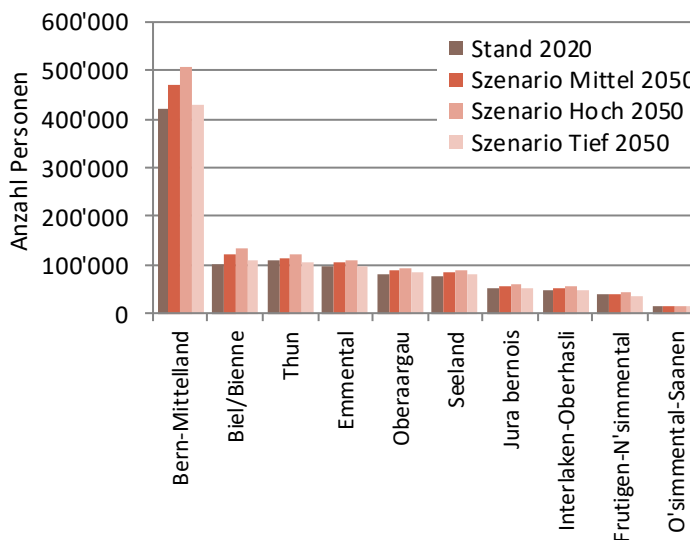


Quelle: Bundesamt für Statistik, Szenarien zur Bevölkerungsentwicklung der Schweiz und der Kantone 2020-2050

Bevölkerungsentwicklung  
Kanton Bern und Regionen

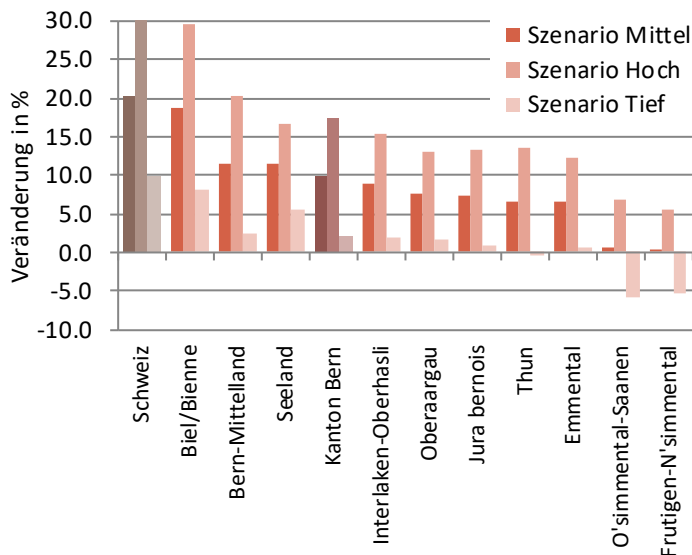
Die Bevölkerungszahl und -struktur sowie deren Veränderung sind im Kanton Bern regional unterschiedlich. Rund die Hälfte der Bevölkerung im Kanton Bern lebt in den Verwaltungskreisen Bern-Mittelland und Biel/Bienne. Das sind auch die Verwaltungskreise mit der grössten Bevölkerungszunahme bis 2050 und den geringsten Anteilen an Personen über 65 Jahren.

Abb. 6: Entwicklung Bevölkerungszahlen 2020-2050 nach Szenarien, Verwaltungskreise



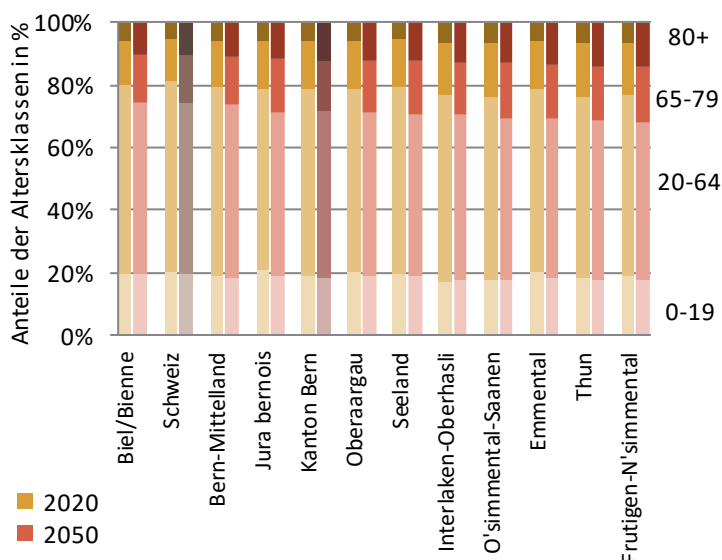
Quelle: Statistikkonferenz: Regionalisierte Bevölkerungsszenarien für den Kanton Bern bis zum Jahr 2050, Ausgabe 2020; Berechnung: IC Infraconsult

Abb. 7: Bevölkerungsentwicklung 2020-2050 in % nach Szenarien, Verwaltungskreise und Kanton Bern



Quellen: Statistikkonferenz: Regionalisierte Bevölkerungsszenarien für den Kanton Bern bis zum Jahr 2050, Ausgabe 2020; Berechnung: IC Infraconsult; Bundesamt für Statistik, Szenarien zur Bevölkerungsentwicklung der Schweiz und der Kantone 2020-2050

Abb. 8: Anteile der Altersklassen 2020 und 2050 nach Szenario Mittel bzw. Referenzszenario, Verwaltungskreise, Kanton Bern und Schweiz



Quellen: Statistikkonferenz: Regionalisierte Bevölkerungsszenarien für den Kanton Bern bis zum Jahr 2050, Ausgabe 2020; Berechnung: IC Infraconsult; Bundesamt für Statistik, Szenarien zur Bevölkerungsentwicklung der Schweiz und der Kantone 2020-2050

Lesebeispiel: Im Verwaltungskreis Biel/Bienne liegt der Anteil 80+ Jähriger an der Gesamtbevölkerung bei 6.2 % und im Jahr 2050 bei 10.2 %. Der Anteil der Erwerbsbevölkerung (20-64-Jährige) sinkt von 60.1 % im Jahr 2020 auf 55.2 % im Jahr 2050.



## 4. Ergebnisse Daten- und Grundlagenanalyse

### 4.1 Betroffene Direktionen, Ämter und Politikbereiche

7 Direktionen, die Staatskanzlei und 47 Ämter

Nebst der Liste mit den 74 Berichten hat die Arbeitsgruppe auch alle Direktionen und Ämter bestimmt, die vom demografischen Wandel betroffen sind und in die Studie einbezogen werden sollen. Gemäss dieser Einschätzung sind alle sieben Direktionen plus die Staatskanzlei und mit 47 praktisch alle Ämter mehr oder weniger von den Herausforderungen des demografischen Wandels betroffen. Eine Auflistung der berücksichtigten Direktionen und Ämter findet sich in Anhang A2 und die Zuordnung der Direktionen und Ämter zu den einzelnen Berichten in Anhang A1.

17 Politikbereiche

In der Studie nicht explizit berücksichtigt werden die Finanzkontrolle, die Sonderschulen (Schulheim Schloss Erlach, Pädagogisches Zentrum für Hören und Sprache Münchenbuchsee, Zentrum für Sozial- und Heilpädagogik, Loryheim Münsingen, Beobachtungsstation Bolligen) und die dezentrale Verwaltung (Ausnahme: Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde).

Im Rahmen der vorliegenden Studie hat die Arbeitsgruppe 17 Politikbereiche definiert, welche das gesamte Aufgabenspektrum der Verwaltung abdecken. Die Politikbereiche orientieren sich grundsätzlich an den 16 Politikbereichen im Bericht des Bundesrates<sup>17</sup> plus dem Politikbereich Personalpolitik.

Den Berichten zugeordnete Politikbereiche

Jedem der 74 in der Studie berücksichtigten Berichte wurden von der Arbeitsgruppe ein bis drei Politikbereiche zugeordnet. Die meisten Berichte (10 und mehr) wurden den 5 Politikbereichen Raum/Raumplanung, Kinder/Jugend/Familie/Alter, öffentliche Sicherheit, soziale Sicherheit und Gesundheit zugeordnet. Den 4 Bereichen Personalpolitik, Verkehr/Verkehrsplanung, Bildung/Schulraumplanung/Forschung und Migration/Integration sind jeweils 7-9 Berichte zugeordnet. Den übrigen Politikbereichen wurden 6 und weniger Berichte zugeordnet, den Bereichen Landwirtschaft/Versorgung/Ernährung und öffentliche Finanzen/Steuern gar keine. Form, Umfang und Inhalt der Berichte spielte bei der Zuordnung zu den Politikbereichen keine Rolle.

In den Berichten zusätzlich erwähnte Politikbereiche

Nebst den jeweils den Berichten zugeordneten Politikbereichen werden in den Berichten teilweise auch andere Politikbereiche erwähnt.<sup>18</sup> Dabei zeigt sich, dass einige Politikbereiche nur wenige zugeordnete Politikbereiche aufweisen, jedoch in vielen Berichten zusätzlich erwähnt werden (z.B. Wohnungswesen, Wirtschaft, öffentliche Finanzen/Steuern). Anderen Politikbereichen wurden hingegen relativ viele Berichte zugeordnet, sie wurden jedoch seltener in anderen Berichten erwähnt (z.B. Kinder/Jugend/Familie/Alter, soziale Sicherheit, Gesundheit, öffentliche Sicherheit).

<sup>17</sup> Vgl. Bericht des Bundesrates in Erfüllung des Postulats 13.3697 Schneider-Schneiter: Demografischer Wandel in der Schweiz, 9. Dezember 2016.

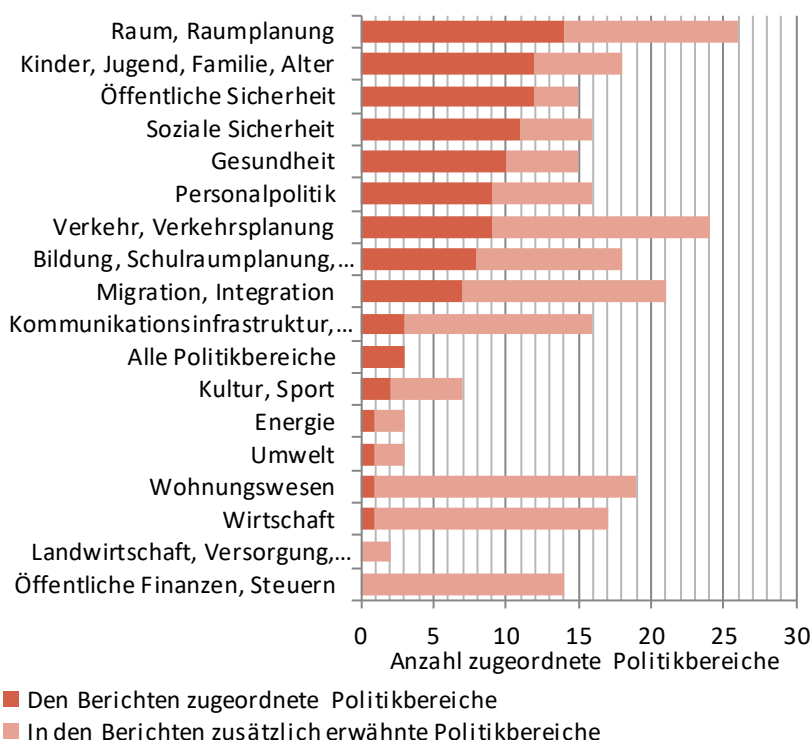
<sup>18</sup> Wenn die zusätzlich erwähnten Politikbereiche den Berichten nicht zugeordnet sind, wurden die Bereiche beim «Berichte-Scanning» nicht berücksichtigt (vgl. Kap. 2).

In den Berichten zusätzlich erwähnte Politikbereiche (Fortsetzung)

Einige Politikbereiche wurden sowohl häufig Berichten zugeordnet wie auch häufig in anderen Berichten erwähnt (z.B. Raum/Raumplanung, Verkehr/Verkehrsplanung). Bei anderen Politikbereichen sind sowohl die Zuordnung zu einem Bericht wie auch die zusätzliche Erwähnung in einem Bericht eher selten (z.B. Landwirtschaft/Versorgung/Ernährung, Energie, Umwelt, Kultur/Sport).

Die Erwähnung verschiedener Politikbereiche in den Berichten deutet darauf hin, dass bezüglich der Herausforderungen des demografischen Wandels eine politikbereichs- und direktionsübergreifende Betrachtung erforderlich ist.

**Abb. 9: Den Berichten zugeordnete und in den Berichten zusätzlich erwähnte Politikbereiche**



Quelle: "Berichte-Scanning" (n = 74 Berichte), Bearbeitung IC Infraconsult

Anmerkung: Die 74 Berichte wurden von der Arbeitsgruppe teilweise mehr als einem Politikbereich zugeordnet, so dass insgesamt 104 Zuordnungen resultierten. 3 Berichte wurden der Kategorie "alle Politikbereiche" zugeordnet und sind in den einzelnen Politikbereichen nicht enthalten (Umfrage Auswirkung demografische Entwicklung, Regionalisierte Bevölkerungsszenarien, Statistik Stadt Bern). In den 74 Berichten wurden insgesamt 149 zusätzliche Politikbereiche erwähnt, wobei davon 37 Politikbereiche in den drei zu "alle Politikbereiche" zugeordneten Berichten erwähnt wurden.

## 4.2 Ergebnisse «Berichte-Scanning»

74 Berichte mit Bezug zum demografischen Wandel

Als zentrale Grundlage für die Erarbeitung der Herausforderungen und des Handlungsbedarfs dienen die Ergebnisse des «Berichte-Scanning», das im Rahmen der vorliegenden Studie durchgeführt wurde (vgl. Kap. 2). Als Basis hierfür dienen die von der Arbeitsgruppe bestimmten 74 Berichte mit Bezug zum demografischen Wandel. Diese Berichte wurden in der kantonalen Verwaltung erstellt und/oder dienen der Verwaltung als Leitdokument, Grundlage oder Arbeitshilfe.

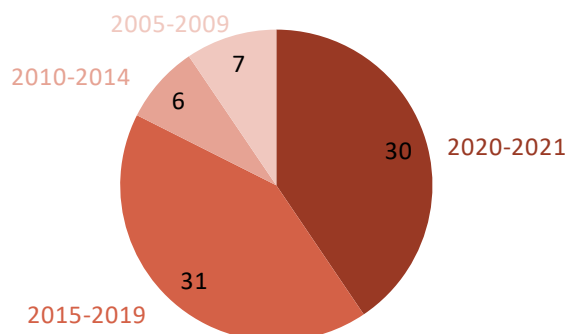
Weitere allenfalls existierende Berichte, Arbeitspapiere, Weisungen, Massnahmen etc. werden im Rahmen der vorliegenden Studie nicht explizit berücksichtigt. Zentrale Inhalte dieser Berichte sowie wichtige Faktoren, wie der demografische Wandel fliessen in Form qualitativer Inputs der Arbeitsgruppenmitglieder in die Berichtsergebnisse ein.

### 4.2.1 Publikationsjahr, Umfang und Bedeutung

Publikationsjahr

Jeweils rund 40 % bzw. 30 der Berichte sind in den letzten zwei Jahren (2020-2021) und in den Jahren zwischen 2015 und 2019 erschienen. Die übrigen 6 bzw. 7 Berichte (jeweils rund 10 %) sind zwischen 2010 und 2014 bzw. 2005 und 2009 erschienen.

**Abb. 10: Berichte nach Erscheinungsjahr**



Quelle: «Berichte-Scanning» (n = 74 Berichte), Bearbeitung IC Infraconsult

Anmerkung: Einige Berichte/Statistiken werden jährlich/periodisch aktualisiert, beim «Berichte-Scanning» wurde jeweils die aktuellste verfügbare Version berücksichtigt.

Umfang und Art der Berichte

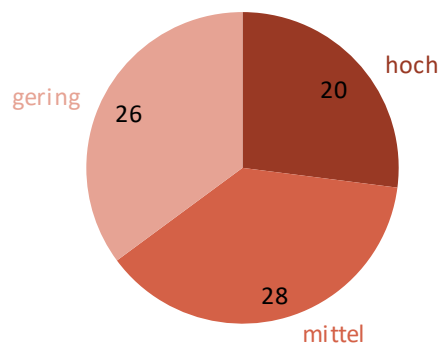
Insgesamt umfassen die 74 «gescannten» Berichte rund 4'500 Seiten, die durchschnittliche Seitenzahl liegt bei knapp 90 Seiten. Bei rund einem Drittel handelt es sich um Kurzberichte (bis 25 Seiten) und bei 12 um umfangreiche Berichte mit über 100 Seiten. 10 der 74 Berichte sind vorwiegend statistische Grundlagen (Tabellen, Berichte, Webseiten) und 6 mehrheitlich kurze Berichte sind Arbeitspapiere, Präsentationen, E-Mails etc. 4 Berichte sind Dokumente zum ausschliesslich internen Gebrauch. Die grosse Mehrheit der Berichte sind Strategien und Berichte des Regierungsrates und/oder der Verwaltung, wobei diese teilweise von Hochschulen und privaten Büros (mit)erarbeitet wurden. Vorgaben, wie Berichte zu betiteln sind, gibt es im Kanton Bern nicht.

Bedeutung/Relevanz bzgl. demografischer Wandel

Anhand einer qualitativen und vergleichenden Gesamteinschätzung wurden die 74 Berichte nach ihrer jeweiligen Bedeutung/Relevanz bezüglich des demografischen Wandels eingeteilt. Dabei wurden v.a. konkrete Bezüge und Inhalte zum demografischen Wandel im Bericht berücksichtigt und weniger das im Bericht behandelte Thema.

20 der 74 Berichte haben bezüglich des demografischen Wandels eine hohe Bedeutung/Relevanz (z.B. Alters- und Familienberichte, regionale Altersplanung, Bildungs- und Spitex-Statistik). Das heisst, es finden sich viele konkrete Bezüge und Inhalte zum demografischen Wandel. Bei rund einem Drittel der Berichte ist die Bedeutung/Relevanz für den demografischen Wandel gering (z.B. Sportstrategie, Verkehrsunfallstatistik, Integrationsprogramm, Umsetzung Verfassungsauftrag Wohnen) oder mittel.

**Abb. 11: Berichte nach Bedeutung/Relevanz bezüglich des demografischen Wandels**



Quelle: «Berichte-Scanning» (n = 74 Berichte), Bearbeitung IC Infraconsult

Anmerkung: Die Zuordnung zur Bedeutung/Relevanz beruht auf einer qualitativen und vergleichenden Gesamteinschätzung der Berichte.

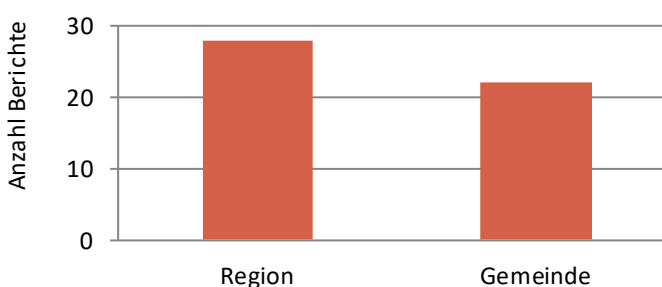
## 4.2.2

# Berücksichtigung von regionalen Aspekten und Statistiken

Unterschiede zwischen Regionen und Gemeinden

In 28 bzw. 22 der 74 Berichte werden Unterschiede bezüglich des demografischen Wandels zwischen Regionen bzw. Gemeinden thematisiert. Unter Region werden in den Berichten teilweise unterschiedliche Perimeter verstanden (z.B. ländliche/städtische Gebiete, Regionalkonferenzen, Verwaltungskreise, Planungsregionen, Regionen des Alters-, Sozial-, Gesundheits- oder Asylwesens).

**Abb. 12: Berichte, in denen Unterschiede zwischen Regionen und/oder Gemeinden thematisiert werden**



Quelle: «Berichte-Scanning» (n = 74 Berichte), Bearbeitung IC Infraconsult

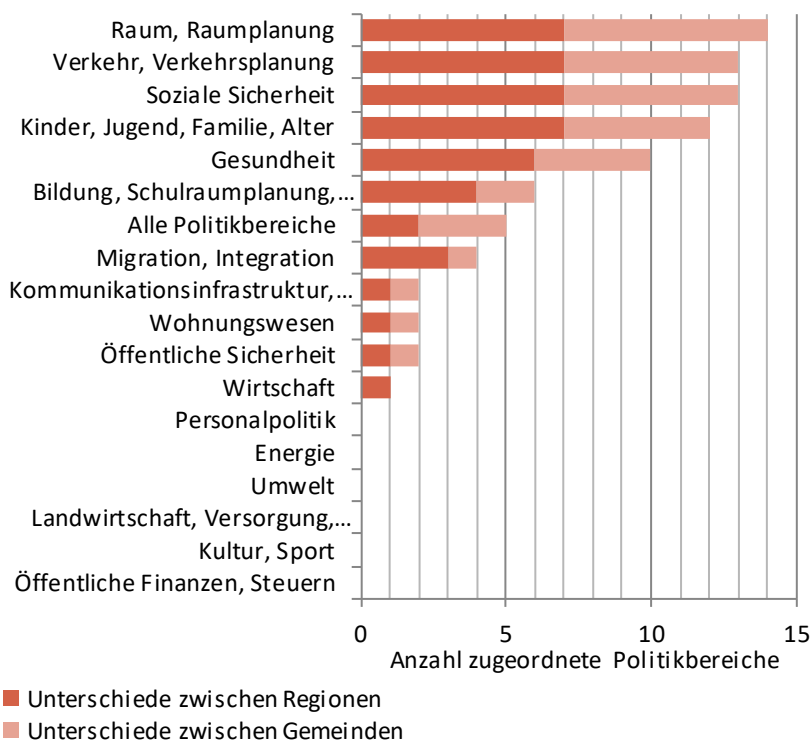
Anmerkung: Die Anzahl zeigt nur ob und nicht in welchem Ausmass Unterschiede zwischen den Regionen und Gemeinden in den Berichten thematisiert werden.

Unterschiede zwischen Regionen und Gemeinden nach Politikbereich

In 47 bzw. 37 der den Berichten zugeordneten Politikbereichen werden Unterschiede zwischen Regionen bzw. Gemeinden erwähnt. Dies ist insbesondere bei den Politikbereichen Raum/Raumplanung und Verkehr/Verkehrsplanung (RGSK, Richtplan, Landschaftskonzepte, Verkehrsprognosen, ÖV-Angebote), Soziale Sicherheit, Kinder/Jugend/Familie/Alter und Migration/Integration (Armutgefährdungs- und Sozialhilfequoten, Kinderbetreuungsangebote, Familienbild, Alters- und Bedarfsplanungen, kommunale Altersleitbilder) sowie Gesundheit (Alters- und Pflegeheime), Bildung/Schulraumplanung und Wohnungswesen (Regelung der Zuständigkeit) der Fall. Aufgrund der in der Studie einbezogenen Daten von Statistik Stadt Bern und des Stadtentwicklungskonzepts (STEK) nimmt die Stadt Bern im Zusammenhang mit regionalen bzw. kommunalen Unterschieden eine besondere Stellung ein.



Abb. 13: Politikbereiche, in denen Unterschiede zwischen Regionen und/oder Gemeinden in den Berichten thematisiert werden



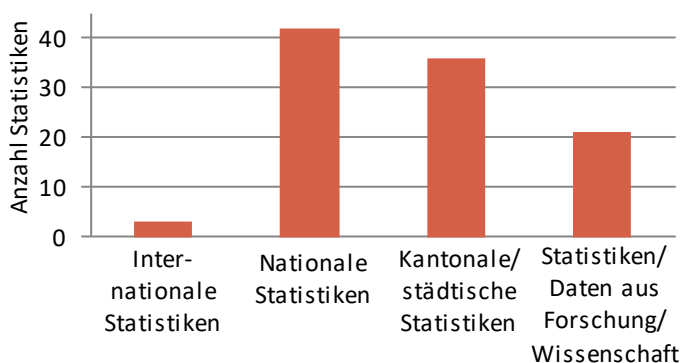
Quelle: Berichte-Scanning (n = 74 Berichte), Bearbeitung IC Infraconsult

Anmerkung: Die Anzahl zeigt nur ob und nicht in welchem Ausmass Unterschiede zwischen den Regionen und Gemeinden in den Berichten thematisiert werden.

#### Berücksichtigte Statistiken

In knapp 60 % der Berichte wurde bezüglich des demografischen Wandels insbesondere auf nationale Statistiken (v.a. BFS) und in knapp 50 % der Berichte auf kantonale und städtische Statistiken (z.B. Statistikportal BE, Stadt Bern) abgestützt. Aber auch Daten und Grundlagen aus der Forschung und Wissenschaft (u.a. Hochschulen, Forschungsbüros) sind beim Umgang mit den Herausforderungen des demografischen Wandels von Bedeutung (in knapp 30 % aller Berichte). Internationale Statistiken spielen in den Berichten eine untergeordnete Rolle.

Abb. 14: Statistiken, auf die in den Berichten abgestützt wird



Quelle: Berichte-Scanning, Bearbeitung IC Infraconsult

Anmerkung: Die Anzahl zeigt nur ob und nicht in welchem Ausmass auf die jeweiligen Statistiken abgestützt wird.

Bezüglich der Datenanalysen und Datengrundlagen werden in den Berichten folgende Mängel bzw. folgender Optimierungsbedarf erwähnt:

- Aktualisieren der Schülerzahlsszenarien im 2-Jahres-Rhythmus
- Mangelnde bzw. unterschiedliche Qualität bei Daten von Spitälern
- Fehlende Daten zu Kosten der vielen kleinen Pflegeheime
- Ungenügende Daten zu Bedarf und Angebot von Palliative-Care
- Fehlende Daten zu altersgerechten Wohnungen und intermediären Angeboten (Tages- und Nachtstrukturen, betreutes Wohnen etc.)
- Steigende Datenqualität im ambulanten Bereich mit Inkrafttreten des Gesetzes über die Leistungen für Kinder mit besonderem Förder- und Schutzbedarf (KFSG)
- Teilweise unklare Daten im Bereich Interkantonale Vereinbarung für soziale Einrichtungen (IVSE)
- Unterschiedliche Definitionen bei Steuerdaten und bei Daten im Bereich Sozialpolitik
- Fehlende vollständige Zahlenreihen im Bereich Familienpolitik
- Fehlende Energiestatistik für den Kanton Bern
- Regionalisierte Bevölkerungsszenarien umfassen nur Angaben zur ständigen Wohnbevölkerung (keine Angaben zu Arbeitsplätzen)
- Für Open Government Data (OGD) Zusammenarbeit mit kantonaler Statistikkonferenz klären
- Personalamt hat kein eigenes Tool für Altersstrukturanalyse (wird extern erstellt)



### 4.2.3

## Erwähnte Herausforderungen, Massnahmen und Komponenten

Erwähnte unterschiedliche Herausforderungen von Kanton Bern und Bund

In 14 der 74 Berichte wurden unterschiedliche Herausforderungen zwischen dem Kanton Bern und dem Bund thematisiert. Dabei wird insbesondere darauf hingewiesen, dass der Anteil an Personen mit 65 und mehr Jahren im Kanton Bern höher ist als im schweizerischen Mittel. Thematisiert wird dieser Punkt in den Politikbereichen Kinder/Jugend/Familie/Alter (Ergänzungsleistungen für Familien, Finanzierung ergänzende Kinderbetreuung), Gesundheit (zusätzliche Pflegeplätze, höhere Hospitalisationsrate) und Personalpolitik (Fachkräftemangel, Karriereplanung). Im Bereich der sozialen Sicherheit wird ausserdem die im Kanton Bern überdurchschnittlich hohe Sozialhilfe- und Unterstützungsquote (Kinder, Alleinerziehende, ältere Personen) erwähnt.

Erwähnte Massnahmen zu Herausforderungen des demografischen Wandels

In 29 der 74 Berichte wurden Massnahmen zu Herausforderungen des demografischen Wandels erwähnt bzw. thematisiert. Konkrete Massnahmen wurden am häufigsten in Berichten zu Alter, Familie und Gesundheit erwähnt, wobei diese oft auch andere Bereiche tangieren (z.B. soziale Sicherheit, Raumplanung, Wohnen, Verkehr). Auch in Berichten zur öffentlichen Sicherheit und Personalpolitik werden verschiedene konkrete Massnahmen erwähnt. Die in den Berichten genannten Massnahmen sind in Kapitel 5 bei den jeweiligen Politikbereichen aufgeführt und teilweise mehreren Politikbereichen zugeordnet.

Erwähnte Komponenten des demografischen Wandels

Von den vier Komponenten des demografischen Wandels wurden in den 74 Berichten «mehr», «älter» und «verschieden» etwa gleich häufig thematisiert (jeweils rund 75 Nennungen). Die Komponente «unterschiedlich verteilt» fand in den Berichten weniger Beachtung (rund 20 Nennungen).

Erwähnte Chancen, Risiken und Handlungsfelder des demografischen Wandels

Die im Bericht des Bundesrates<sup>19</sup> ausgewiesenen Risiken und Handlungsfelder wurden in den 74 Berichten rund dreimal häufiger erwähnt (jeweils rund 170 Nennungen) als die entsprechenden Chancen (rund 55 Nennungen).

<sup>19</sup> Vgl. Bericht des Bundesrates in Erfüllung des Postulats 13.3697 Schneider-Schneiter: Demografischer Wandel in der Schweiz, 9. Dezember 2016.

# 5. Übersicht, Analyse und Beurteilung der 17 Politikbereiche

## 5.1 Einleitung

17 Politikbereiche und dazu je ein Unterkapitel

Die Struktur des Kapitels 5 folgt der Einteilung der Grundlagenberichte in die folgenden 17 Politikbereiche:

Politikbereiche	
1	Soziale Sicherheit
2	Öffentliche Finanzen, Steuern
3	Wirtschaft, Arbeit
4	Bildung, Schule, Forschung
5	Kultur, Sport
6	Öffentliche Sicherheit
7	Landwirtschaft, Versorgung
8	Wohnungswesen
9	Gesundheit
10	Migration, Integration
11	Kinder, Jugend, Familie, Alter
12	Raum
13	Umwelt
14	Energie
15	Verkehr
16	Kommunikation, Medien
17	Personalpolitik

Die 17 Unterkapitel folgen einer einheitlichen Struktur und umfassen jeweils die drei Abschnitte Übersicht, Analyse und Beurteilung/Würdigung. Konkret beinhalten die jeweiligen Marginalien folgende Inhalte:

### Übersicht

Die Angaben zur «Übersicht» beruhen überwiegend auf Hinweise und Zuteilungen der Arbeitsgruppe. Es handelt sich um die folgenden Themen:

Kurzbeschreibung und zentrale Aufgaben des Kantons

Kurzbeschrieb der jeweiligen Politikbereiche mit den zentralen Inhalten und Instrumenten sowie den wichtigsten Aufgaben und Besonderheiten des Kantons Bern.

Zuständige Direktionen und Ämter

Direktionen und Ämter, die für die jeweiligen Politikbereiche hauptsächlich zuständig sind.



Beispiele bestehender Berichte/Grundlagen

Zusammenfassende und beispielhafte Übersicht der in den Direktionen und Ämtern bestehenden Berichte und Grundlagen des jeweiligen Politikbereichs. Eine vollzählige Auflistung findet sich in Anhang 1. Allen 17 Politikbereichen zugeordnet und deshalb jeweils nicht namentlich erwähnt sind die zwei Berichte «Umfrageergebnisse zu Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf die Politik- und Fachbereiche im Kanton Bern» und «Regionalisierte Bevölkerungsszenarien für den Kanton Bern bis zum Jahr 2050» sowie die verfügbaren Grundlagedaten von Statistik Stadt Bern.

### Analyse

Die Angaben zur «Analyse» beruhen überwiegend auf den Ergebnissen des «Berichte-Scanning» (vgl. Kap. 4.2) sowie auf der Einschätzung, wie stark der Kanton in den einzelnen Politikbereichen zuständig ist (vgl. Kap. 3.2). Die analysierten Inhalte sind den folgenden Themen zugeordnet:

Komponenten

Auflistung derjenigen Komponenten des demografischen Wandels (mehr, älter, verschieden, unterschiedlich verteilt), von denen die jeweiligen Politikbereiche am stärksten betroffen sind (vgl. Kap. 3.1).

Betroffenheit

Betroffenheit des Politikbereichs bzgl. des demografischen Wandels und des Kantons (stark, mittel, gering) bzgl. Zuständigkeit/Handlungsspielraum des Kantons im jeweiligen Politikbereich (gross, mittel, gering).

Chancen

Wichtigste Chancen der demografischen Entwicklung für den jeweiligen Politikbereich.

Risiken

Wichtigste Risiken der demografischen Entwicklung für den jeweiligen Politikbereich.

Handlungsfelder

Wichtigste Handlungsfelder der demografischen Entwicklung für den jeweiligen Politikbereich.

Wichtigste Massnahmen

Zusammenfassende und beispielhafte Übersicht von Massnahmen, wie den Herausforderungen der demografischen Entwicklung im jeweiligen Politikbereich begegnet wird oder werden könnte. Die jeweils aufgelisteten Massnahmen wurden entweder in den «gescannten» Dokumenten erwähnt oder von Arbeitsgruppenmitgliedern ergänzt. Der jeweilige Umsetzungsstand der Massnahmen (von Idee bis Umsetzung) wird dabei nicht berücksichtigt. Dieser muss bei Bedarf nachgelagert erhoben werden.

### Beurteilung/Würdigung

Die Aussagen zur «Beurteilung/Würdigung» sind das politikbereichsspezifische Ergebnis des «Berichte-Scanning» und der Auswertung der weiteren Grundlagen sowie der Diskussion und Plausibilisierung dieser Ergebnisse mit der Arbeitsgruppe. Die Aussagen sind nach den folgenden Themen gegliedert:

Grösste Herausforderungen

Kurzbeschrieb der grössten Herausforderungen, die dem Kanton Bern im jeweiligen Politikbereich bezüglich der demografischen Entwicklung bevorstehen.

Bund - Kanton - Gemeinden

Kurzbeschrieb wie Bund, Kanton Bern und die Gemeinden von den Herausforderungen der jeweiligen Politikbereiche betroffen sind.



Erfassung der Themen      Einschätzung, wie die politikbereichsspezifischen Chancen, Risiken und Handlungsfelder des demografischen Wandels in den im Kanton Bern bestehenden Berichten und Grundlagen erfasst sind (weitgehend, teilweise, kaum).

Aktueller Handlungsbedarf      Der aktuelle Handlungsbedarf (gering, vorhanden) bezieht sich darauf, inwieweit in einem Politikbereich zusätzliche Aktivitäten erforderlich sind, damit die Herausforderungen des demografischen Wandels ausreichend berücksichtigt werden. Die Einstufung des aktuellen Handlungsbedarfs beruht auf der Zuständigkeit bzw. dem Handlungsspielraum des Kantons, auf der Betroffenheit des Politikbereichs vom demografischen Wandel und auf der Erfassung der Herausforderungen des demografischen Wandels in bestehenden Berichten und Grundlagen (vgl. Kap. 2 und 5.3). Ergänzend zur Einschätzung des aktuellen Handlungsbedarfs werden zuhanden der zuständigen Direktionen mögliche Handlungsoptionen aufgelistet, die dazu beitragen können, den Herausforderungen der demografischen Entwicklung künftig verstärkt bzw. kontinuierlich zu begegnen. Die Handlungsoptionen sind eher allgemein gehalten.

## 5.2 Politikbereiche

### 5.2.1 Soziale Sicherheit

#### Übersicht

Kurzbeschreibung und zentrale Aufgaben des Kantons      Das schweizerische System der sozialen Sicherheit garantiert materielle Sicherheit und begünstigt die soziale und berufliche Integration. Die wesentlichen Instrumente hierfür sind auf Bundesebene die Sozialversicherungen (u.a. AHV/IV, EL, Pensionskasse, Kranken-/Unfallversicherung, ALV) und auf kantonaler und kommunaler Ebene die Sozialhilfe und weitere Bedarfsleistungen (u.a. Prämienverbilligung) sowie der Finanztransfer zwischen Bund, Kanton und Gemeinden.

Zuständige Direktionen und Ämter      

- Direktion für Inneres und Justiz (DIJ): Amt für Sozialversicherungen (ASV)
- Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion (GSI): Amt für Integration und Soziales (AIS)

Beispiele bestehender Berichte/Grundlagen      Im «Berichte-Scanning» wurden folgende zwei politikbereichsspezifische Dokumente berücksichtigt:

- Sozialbericht 2015, Bekämpfung der Armut im Kanton Bern
- Berichterstattung Wirtschaftliche Hilfe 2019

#### Analyse

Komponenten      

- Wichtigste Komponenten demografischer Wandel: älter, mehr

Betroffenheit      

- Betroffenheit Politikbereich bzgl. demografischer Wandel: stark
- Betroffenheit Kanton bzgl. Zuständigkeit/Handlungsspielraum: mittel

Chancen      

- Zunehmende Erwerbsbeteiligung von älteren Arbeitnehmenden und Frauen
- Neue Formen der Pflege und Betreuung im Alter
- Zuwanderung zur Stabilisierung der Zahl der Beitragszahlenden



Risiken	<ul style="list-style-type: none"><li>▪ Zunehmende Belastung der Sozialwerke</li><li>▪ Gefährdung der langfristigen Finanzierung</li><li>▪ «Generationenvertrag» gerät unter Druck</li><li>▪ Zunehmende soziale Ungleichheiten</li><li>▪ Steigende Armutsquote und mehr von Armut betroffene Bevölkerungsschichten</li></ul>
Handlungsfelder	<ul style="list-style-type: none"><li>▪ Gesundheitsversorgung sicherstellen, insbesondere im Bereich Pflege</li><li>▪ Gleichgewicht beim innerkantonalen Lastenausgleich aufrechterhalten</li></ul>
Wichtigste Massnahmen	<ul style="list-style-type: none"><li>▪ Ergänzungsleistungen für Familien</li><li>▪ Mietzinsbeiträge für Familien</li><li>▪ Familienzulagen</li><li>▪ Verbilligung Krankenversicherungsprämien</li><li>▪ Situationsspezifische Familienpauschale</li></ul>

### Beurteilung/Würdigung

Grösste Herausforderungen	Die steigenden Anteile an Personen im Rentenalter und sinkenden Anteile im Erwerbsalter stellen die Finanzierung der Sozialwerke und den sozialen Zusammenhalt vor eine Belastungsprobe. Zur langfristigen Sicherung der Finanzierung braucht es eine höhere Erwerbsbeteiligung von älteren Arbeitnehmenden und Frauen sowie eine kontinuierliche Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte.
Bund - Kanton - Gemeinden	Die verschiedenen Instrumente des schweizerischen Systems der sozialen Sicherheit greifen eng ineinander. Trotz unterschiedlicher Zuständigkeiten bei der Finanzierung der unterschiedlichen Sozialwerke stehen Bund, Kantone und Gemeinden grundsätzlich vor vergleichbaren Herausforderungen. Besonders gross ist der Handlungsbedarf im Bereich der Altersvorsorge. Durch den höheren Anteil älterer Personen akzentuiert sich dieser Punkt im Kanton Bern besonders stark.
Erfassung der Themen	Die Chancen, Risiken und Handlungsfelder des demografischen Wandels sind in den bestehenden Berichten und Grundlagen weitgehend erfasst.
Aktueller Handlungsbedarf	Da die Herausforderungen des demografischen Wandels in Berichten und Grundlagen weitgehend erfasst sind, ist der aktuelle Handlungsbedarf gering. Zur sozialen Sicherheit bestehen jedoch viele Berührungspunkte zu anderen Politik- und Themenbereichen (z.B. Familie, Alter, Integration, Armut, Bildung, Gesundheit, Wohnen, Erwerbstätigkeit). Ein regelmässiger amts- und direktionsübergreifender Austausch trägt dazu bei, allfälligen weiteren Handlungsbedarf frühzeitig zu erkennen.

## 5.2.2 Öffentliche Finanzen, Steuern

### Übersicht

Kurzbeschreibung und zentrale Aufgaben des Kantons	<p>Öffentliche Finanzen sind ökonomischen Aktivitäten, welche von Bund, Kantonen und Gemeinden durchgeführt werden, sowie Massnahmen und deren Finanzierung.</p> <p>Der Bund kann eine direkte Steuer und Verbrauchssteuern erheben und muss die direkten Steuern zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden harmonisieren. Der Kanton setzt die eidgenössischen und kantonalen Steuergesetze um, veranlagt und zieht die direkte Steuer ein. Der Kanton ist verantwortlich für die Beratung</p>
--	---



und Unterstützung von Politik und Verwaltung bezüglich finanzpolitischer Fragen. Die zuständige Steuerverwaltung im Kanton Bern legt den Fokus auf Digitalisierung und adressatengerechter «Kundenkommunikation».

Zuständige Direktionen und Ämter

- Finanzdirektion (FIN): Finanzverwaltung (FV), Steuerverwaltung (SV)

Beispiele bestehender Berichte/Grundlagen

Im «Berichte-Scanning» wurden keine politikbereichsspezifischen Dokumente berücksichtigt.

### Analyse

Komponenten

- Wichtigste Komponenten demografischer Wandel: älter, mehr, unterschiedlich verteilt

Betroffenheit

- Betroffenheit Politikbereich bzgl. demografischer Wandel: mittel
- Betroffenheit Kanton bzgl. Zuständigkeit/Handlungsspielraum: mittel

Chancen

- Höhere Beiträge und Steuern durch Zuwanderung von Erwerbspersonen und höherer Erwerbsbeteiligung von Frauen und älteren Arbeitnehmenden
- Kostenreduktion durch verstärkte Langzeitpflege zu Hause

Risiken

- Höhere Ausgaben bei Sozialversicherungen, im Gesundheitswesen und für Infrastrukturleistungen
- Geringere Steuereinnahmen durch veränderte Altersstruktur
- Kostendynamik im Sozial- und Gesundheitsbereich führt zu vertikalem finanziellem Ungleichgewicht zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden

Handlungsfelder

- Öffentlichen Finanzen langfristig sichern
- Vertikales finanzielles Gleichgewicht zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden aufrechterhalten
- Lasten innerhalb und zwischen den Generationen gerecht verteilen

Wichtigste Massnahmen

- Steuerliche Entlastung von Familien

### Beurteilung/Würdigung

Grösste Herausforderungen

Das Risiko von geringeren Einnahmen durch die Einkommenssteuer aufgrund der veränderten Altersstruktur in Kombination mit dem Risiko von höheren Ausgaben für die soziale Sicherheit, die Gesundheit sowie die Bildung stellt die öffentlichen Finanzen vor eine zunehmende Herausforderung. Eine hohe Erwerbsbeteiligung von Frauen und älteren Arbeitnehmenden ist deshalb besonders wichtig, um einem möglichen Rückgang an Einnahmen durch die Einkommenssteuer entgegenzuwirken.

Bund - Kanton - Gemeinden

Dem Kanton kommt bei den öffentlichen Finanzen eine wichtige Rolle zu. Er ist mit dem Einzug der Bundes-, Kantons- und Gemeindesteuer betraut und steht damit im direkten Austausch mit der Bevölkerung. Im Bereich der kantonalen Steuern hat er im Rahmen der bundesrechtlichen Vorgaben einen gewissen Handlungsspielraum. Besonders gefordert wird der Kanton mit den zukünftigen Einnahmen aus der Einkommenssteuer sein. Im Gegensatz zur Schweiz nimmt die Erwerbsbevölkerung im Kanton Bern voraussichtlich bis 2050 ab.





Erfassung der Themen	Die Chancen, Risiken und Handlungsfelder des demografischen Wandels sind in den bestehenden Berichten und Grundlagen nicht explizit behandelt, da kein Bericht dem Politikbereich öffentliche Finanzen und Steuern zugeordnet wurde.
Aktueller Handlungsbedarf	Die Herausforderungen des demografischen Wandels sind in Berichten und Grundlagen nicht explizit erfasst, der Handlungsspielraum des Kantons und die Betroffenheit des Politikbereichs vom demografischen Wandel sind mittel. Der aktuelle Handlungsbedarf ist deshalb vorhanden. Es gibt keine spezifischen Berichte, welche die Auswirkungen des demografischen Wandels auf die öffentlichen Finanzen thematisieren. Die Erarbeitung dieser Grundlage könnte Anhaltspunkte liefern, wo und in welchem Ausmass Änderungen aufgrund des demografischen Wandels im Steuersystem notwendig sein könnten.

## 5.2.3 Wirtschaft, Arbeit

### Übersicht

Kurzbeschreibung und zentrale Aufgaben des Kantons	Die Wirtschaft besteht aus Einrichtungen und Aktivitäten, die sich auf die Produktion und den Konsum von Gütern beziehen. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind Sache des Bundes. Für gewisse Bereiche sind die Kantone für den Vollzug zuständig (z.B. Arbeitsvermittlung, Kontrolle der Lohn- und Arbeitsbedingungen). Im Bereich der Standortförderung ist der Kanton Bern frei in der Ausgestaltung.
Zuständige Direktionen und Ämter	<ul style="list-style-type: none"><li>▪ Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion (WEU): Amt für Wirtschaft (AWI), Amt für Arbeitslosenversicherung (AVA)</li></ul>
Beispiele bestehender Berichte/Grundlagen	Im «Berichte-Scanning» wurde folgendes politikbereichsspezifische Dokument berücksichtigt: <ul style="list-style-type: none"><li>▪ Wirtschaftsstrategie 2025</li></ul>

### Analyse

Komponenten	<ul style="list-style-type: none"><li>▪ Wichtigste Komponenten demografischer Wandel: älter, verschieden</li></ul>
Betroffenheit	<ul style="list-style-type: none"><li>▪ Betroffenheit Politikbereich bzgl. demografischer Wandel: mittel</li><li>▪ Betroffenheit Kanton bzgl. Zuständigkeit/Handlungsspielraum: gering</li></ul>
Chancen	<ul style="list-style-type: none"><li>▪ Zuwanderung qualifizierter Arbeitskräfte</li><li>▪ Höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen und älteren Arbeitnehmenden</li></ul>
Risiken	<ul style="list-style-type: none"><li>▪ Mangel an Arbeits- und Fachkräften in bestimmten Sektoren (z.B. in MINT Berufen, Pflege- und Gesundheitsbereich)</li><li>▪ Knowhow-Verlust in Unternehmungen und Verwaltung</li></ul>
Handlungsfelder	<ul style="list-style-type: none"><li>▪ Erwerbstätigkeit der Frauen fördern</li><li>▪ Ältere Personen im Arbeitsmarkt behalten</li></ul>
Wichtigste Massnahmen	<ul style="list-style-type: none"><li>▪ Förderung Ausbildung und Rekrutierung Pflege- und Betreuungspersonal</li><li>▪ Förderung familienfreundliche Arbeitswelt und Aus- und Weiterbildung</li><li>▪ Förderung Anstellung älterer Arbeitnehmende</li><li>▪ Förderung der Vereinbarkeit von Betreuung Angehöriger und Erwerbsarbeit</li></ul>



## Beurteilung/Würdigung

Grösste Herausforderungen	Der Mangel an Arbeits- und Fachkräften wird sich im Kanton Bern aufgrund der voraussichtlichen Abnahme der Erwerbsbevölkerung besonders zuspitzen. Dies dürfte in der Gesundheitsbranche besonders ausgeprägt sein, da der Anteil an Personen über 80 sehr stark ansteigen wird.
Bund - Kanton - Gemeinden	Die Gestaltung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen obliegt hauptsächlich dem Bund. Bei gewissen Initiativen wie beispielsweise im Bereich Fachkräftemangel (Fachkräfteinitiative) wirken Bund und Kantone gemeinsam. Der Kanton Bern ist selbst vom Fachkräftemangel im MINT-Bereich betroffen. Diese Fachkräfte sind wichtig bei der Sicherheit und Instandsetzung von Infrastrukturen wie beispielsweise Strassen.
Erfassung der Themen	Die Chancen, Risiken und Handlungsfelder des demografischen Wandels sind in den bestehenden Berichten und Grundlagen teilweise erfasst.
Aktueller Handlungsbedarf	<p>Der Handlungsspielraum/die Zuständigkeit des Kantons im Politikbereich Wirtschaft/Arbeit ist gering. Der aktuelle Handlungsbedarf ist deshalb gering. Der aktuelle Handlungsbedarf bezüglich zusätzlicher Handlungsoptionen zu den Herausforderungen der demografischen Entwicklung ist gering (geringer Handlungsspielraum des Kantons).</p> <p>Ein wichtiges Thema bezüglich der demografischen Entwicklung besteht im Bereich der älteren Arbeitnehmenden und Frauen. Der Kanton hat das Thema mit der Massnahme «Förderung Anstellung älterer Arbeitnehmende» aufgegriffen, es hat aber nur am Rande Eingang in die Berichte des Kantons gefunden. Eine umfassende Auseinandersetzung mit der Förderung der Erwerbsbeteiligung von älteren Arbeitnehmenden und Frauen könnte dazu beitragen, dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken.</p>

## 5.2.4 Bildung, Schule, Forschung

### Übersicht

Kurzbeschreibung und zentrale Aufgaben des Kantons	<p>Bildung ist ein offener, lebenslanger und aktiv gestalteter Entwicklungsprozess des Menschen. Dabei werden Potenziale im geistigen, kulturellen und lebenspraktischen Bereich erkundet und entfaltet. Jede und jeder Einzelne muss an diesem Prozess teilnehmen können. Gute Bildung ist eine Grundlage für die individuelle Entfaltung und Alltagsbewältigung, und für die nachhaltige Entwicklung der ganzen Gesellschaft und der Wirtschaft.</p> <p>Die Bereitstellung von Infrastruktur und Lehrpersonen im Bereich Bildung ist eine zentrale kantonale Aufgabe. Schülerströme und damit verbundene Verkehrsbelastungen sind dabei zu berücksichtigen. Bei der obligatorischen Schule (Volksschule) liegt die Verantwortung bei den Kantonen und Gemeinden, im nachobligatorischen Bereich (gymnasiale Maturitätsschulen, berufliche Grundbildung, höhere Berufsbildung, Hochschulen) tragen Bund und Kantone gemeinsam die Verantwortung. Der demografische Wandel hat im Bildungsbereich einerseits Einfluss auf den benötigten Schulraum und die Anzahl Lehrkräfte. Andererseits muss die Bildungsplanung berücksichtigen, welche Fachkräfte aufgrund der demografischen Entwicklung in Zukunft stärker nachgefragt werden.</p>
--	---



Zuständige Direktionen und Ämter

- Bildungs- und Kulturdirektion (BKD): Amt für Kindergarten, Volksschule und Beratung (AKVB), Mittelschul- und Berufsbildungsamt (MBA), Amt für Hochschulen (AH)
- Bau- und Verkehrsdirektion (BVD): Amt für Grundstücke und Gebäude (AGG)

Beispiele bestehender Berichte/Grundlagen

Im «Berichte-Scanning» wurden insgesamt 8 politikbereichsspezifische Dokumente berücksichtigt. Beispiele sind:

- Bildungsstrategie 2016
- Schulraumstrategie 2030
- Bauliche Entwicklung der Universität, Räumliche Entwicklungsstrategie 3012
- Entwicklung Schülerzahlen und Lehrkräfte
- Bernische Lehrerversicherungskasse, Geschäftsbericht 2019
- Bildungsstatistik Kanton Bern 2019 und Bildungsbericht Schweiz 2018

### Analyse

Komponenten

- Wichtigste Komponenten demografischer Wandel: älter, mehr

Betroffenheit

- Betroffenheit Politikbereich bzgl. demografischer Wandel: mittel
- Betroffenheit Kanton bzgl. Zuständigkeit/Handlungsspielraum: mittel

Chancen

- Abschwächung Arbeitskräftemangel durch Ausbau von Aus- und Weiterbildungsangeboten für ältere Personen und Berufswiedereinsteigende
- Intergenerationeller Wissenstransfer

Risiken

- Erschwerte Planung von Infrastruktur und Unterricht durch stetige Veränderung der Schülerzahlen und Heterogenität der Bildungsteilnehmenden
- Fachkräftemangel im Bereich der Volksschule
- Steigende Kosten im Bildungsbereich durch Ausweitung der Bildungsangebote
- Nachwuchsmangel in der Lehre
- Erhöhter Druck auf periphere Schulstandorte wegen sinkenden Schülerzahlen

Handlungsfelder

- Position des Kantons in Bildung, Forschung und Innovation sichern
- Mit Ausweitung des Bildungsangebots und steigenden Kosten im Bildungsreich umgehen

Wichtigste Massnahmen

- Aktualisierung demografische Datenbasis, Monitoring und Richtlinien für Schülerzahlen
- Schulstandorte und -zusammenschlüsse prüfen
- Räumliche Betriebskonzepte
- Für Hochschulen Planungs- und Bauprozesse beschleunigen, zusätzliche Flächen in Mietobjekten bereitstellen und effizientere Gebäudenutzung
- Ausbildungsplätze für Pflege fördern
- Stadt Bern: Konzentration Uni Länggasse, Sicherung Schulraumbedarf

### Beurteilung/Würdigung

Grösste Herausforderungen

Im Bereich der Volksschule ist die Planung der Infrastruktur und die Besetzung der Lehrerstellen insbesondere in peripheren Gebieten eine grosse Herausforderung. Einhergehend könnte sich insbesondere in den peripheren Lagen des Kantons den Nachwuchsmangel in der Lehre zuspitzen. Die Anforderungen an die Arbeitnehmenden hinsichtlich Bildung hat eine Ausweitung des Angebots zur Folge und verursacht somit steigende Kosten.



Bund - Kanton - Gemeinden	Im Bereich der Bildung kommt dem Kanton eine umfassende Rolle im Bereich der nachobligatorischen Bildung zu, den Gemeinden obliegt die Bereitstellung und Planung der Volksschule. Sowohl auf Ebene Gemeinde wie auch auf kantonaler Ebene (27% der Steuereinnahmen) sind die Ausgaben im Bereich Bildung bedeutend. Ein Anstieg der Kosten hat somit einen wesentlichen Einfluss auf die öffentlichen Finanzen.
Erfassung der Themen	Die Chancen, Risiken und Handlungsfelder des demografischen Wandels sind in den bestehenden Berichten und Grundlagen weitgehend erfasst.
Aktueller Handlungsbedarf	Die Herausforderungen des demografischen Wandels sind in Berichten und Grundlagen weitgehend erfasst. Der aktuelle Handlungsbedarf ist deshalb gering. Die Bildung hat diverse Querbezüge zu Themen der Wirtschaft und der öffentlichen Finanzen. Die Berücksichtigung dieser Querbezüge in den Sektoralpolitiken könnte allenfalls hilfreich sein.

## 5.2.5 Kultur und Sport

### Übersicht

Kurzbeschreibung und zentrale Aufgaben des Kantons	Kultur ist grundsätzlich alles vom Menschen Geschaffene und Gestaltete – als Gegenbegriff zur Natur – wie Verhaltensweisen und verschiedene Ausdruckformen (Bildende Künste, Musik, Literatur oder Brauchtum). Unter Sport werden verschiedene Bewegungs-, Spiel- und Wettkampfformen zusammengefasst, die meist im Zusammenhang mit körperlichen Aktivitäten des Menschen stehen. Die Kulturförderung und -pflege (Archäologie und Denkmalpflege) sowie die Vermittlung kultureller Werte sind Aufgaben des Kantons. Im Bereich Sport agiert der Kanton Bern als Bindeglied zwischen dem Bundesamt für Sport (BASPO), den Gemeinden, den Verbänden und Vereinen sowie der Bevölkerung. Weiter übernimmt er zahlreiche Aufgaben im Bereich Jugend und Sport und koordiniert und unterstützt Massnahmen in sämtlichen Sportbereichen zur Förderung einer vermehrten sportlichen Betätigung. Dazu gehören auch die Initiierung und Koordination von Projekten.
Zuständige Direktionen und Ämter	<ul style="list-style-type: none"><li>▪ Bildungs- und Kulturdirektion (BKD): Amt für Kultur (AK)</li><li>▪ Sicherheitsdirektion (SID): Amt für Bevölkerungsschutz, Sport und Militär (BSM), Generalsekretariat (GS) mit Fonds und Bewilligungen (FOBE)</li></ul>
Beispiele bestehender Berichte/Grundlagen	Im «Berichte-Scanning» wurden folgende 2 politikbereichspezifische Dokumente berücksichtigt: <ul style="list-style-type: none"><li>▪ Strategie Sport Kanton Bern</li><li>▪ Kulturstrategie 2018, Kanton Bern</li></ul>
Komponenten	<b>Analyse</b> <ul style="list-style-type: none"><li>▪ Wichtigste Komponenten demografischer Wandel: vielfältiger, älter</li></ul>
Betroffenheit	<ul style="list-style-type: none"><li>▪ Betroffenheit Politikbereich bzgl. demografischer Wandel: gering</li><li>▪ Betroffenheit Kanton bzgl. Zuständigkeit/Handlungsspielraum: mittel</li></ul>
Chancen	<ul style="list-style-type: none"><li>▪ Gleichberechtigte Teilhabe an Kultur und gesellschaftlicher Zusammenhalt dank gegenseitiger Wertschätzung und Respekt gegenüber Minderheiten</li><li>▪ Steigende Bedeutung des Erwachsenen- und Seniorensports und mehr Freiwilligenarbeit älterer Personen</li></ul>



Risiken	<ul style="list-style-type: none"><li>▪ Sportvereine fördern Integration von ausländischer Wohnbevölkerung und älteren Personen</li><li>▪ Überlastung der Kultur- und Sportinfrastruktur</li><li>▪ Rückläufiges freiwilliges Engagement in Sportvereinen</li><li>▪ Verlust an Bewegungsraum in Siedlungsnähe durch Innenverdichtung und Druck auf Kulturland</li></ul>
Handlungsfelder	<ul style="list-style-type: none"><li>▪ Kultur- und Sportangebot für alle Gesellschafts- und Altersgruppen sicherstellen und fördern</li><li>▪ Freiwilligenarbeit im Sportbereich fördern</li></ul>
Wichtigste Massnahmen	<ul style="list-style-type: none"><li>▪ Finanzielle Mittel zur Umsetzung der Sportstrategie bereitstellen</li><li>▪ Stadt Bern: Förderung Nachtleben-Ausgangsorte</li></ul>

### Beurteilung/Würdigung

Grösste Herausforderungen	Das rückläufige freiwillige Engagement in Sportvereinen stellt eine Herausforderung für deren aktives Vereinsleben dar. Die Einbindung älterer Personen in Form von Freiwilligenarbeit federt diese Entwicklung etwas ab. Mit der Zunahme der Bevölkerung und dem zunehmenden Verlust an Bewegungsräumen durch Innenverdichtung werden Kultur- und Sportinfrastrukturen zunehmend belastet.
Bund - Kanton - Gemeinden	Im Bereich Kultur und Sport greifen die verschiedenen Förderbestrebungen und gesetzliche Grundlagen auf kommunaler, kantonaler und nationaler Bedeutung ineinander. Der Kanton finanziert Sportbauten aus dem Mittelschul- und Universitätsbereich, die auch von Vereinen genutzt werden können. Ebenso finanziert er Sportbauten und -anlagen subsidiär durch den Sportfonds. Das neue Kantonale Sportförderungsgesetz (Inkrafttreten voraussichtlich Mitte 2022) sieht eine zusätzliche Beteiligung aus ordentlichen Staatsmitteln für den Sportanlagenbau vor. Die Gemeinden stehen vor der Herausforderung, sportliche und kulturelle Infrastrukturen mitzufinanzieren, welche für die lokale und breite Bevölkerung wesentlich sind.
Erfassung der Themen	Die Chancen, Risiken und Handlungsfelder des demografischen Wandels sind in den bestehenden Berichten und Grundlagen teilweise erkannt.
Aktueller Handlungsbedarf	Die Betroffenheit vom demografischen Wandel im Politikbereich Kultur/Sport ist gering. Der aktuelle Handlungsbedarf ist deshalb gering.

## 5.2.6 Öffentliche Sicherheit

### Übersicht

Kurzbeschreibung und zentrale Aufgaben des Kantons	<p>Die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten bedeutet beispielsweise Gewalt vorbeugen, eine gute Lebensqualität in Bezug auf Sicherheit, Ruhe und Ordnung gewährleisten oder Radikalisierung bekämpfen.</p> <p>Die öffentliche Sicherheit ist eine Pflichtaufgabe des Kantons, welche jedoch im Zusammenspiel mit dem Bund stattfinden muss. Darüber hinaus trifft der Kanton auch Massnahmen zur Verbrechenverhütung sowie -bekämpfung und leistet den Verwaltungs- und Justizbehörden Amts- und Vollzugshilfe. Weiter stellt er den Schutz der Bevölkerung und ihrer Lebensgrundlagen bei Katastrophen und in Notlagen sicher.</p>
--	--



Zuständige Direktionen und Ämter

- Sicherheitsdirektion (SID): Kantonspolizei (KAPO), Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamt (SVSA), Amt für Bevölkerungsschutz, Sport und Militär (BSM), Amt für Justizvollzug (AJV)

Beispiele bestehender Berichte/Grundlagen

Im «Berichte-Scanning» wurden insgesamt 12 politikbereichsspezifische Dokumente berücksichtigt. Beispiele sind:

- Justizvollzugsstrategie 2017-2032
- Bericht Zivilschutz Kanton Bern (internes Dokument)
- Überprüfung des Personalbestandes der Kantonspolizei
- Bevölkerungsbefragung der Kantonspolizei Bern 2021
- Diverse Statistiken zu Verkehrsunfällen, Lärmklagen, Gewalt im öffentlichen Raum etc. und Berichte zur polizeilichen Prävention

### Analyse

Komponenten

- Wichtigste Komponenten demografischer Wandel: mehr, vielfältiger

Betroffenheit

- Betroffenheit Politikbereich bzgl. demografischer Wandel: mittel
- Betroffenheit Kanton bzgl. Zuständigkeit/Handlungsspielraum: mittel

Chancen

- Mehr kantonsübergreifende Koordinations- und Führungsstrukturen und standardisierte Abläufe
- Die zunehmende Vielfalt der Bevölkerung bietet einen wachsenden Pool an Kompetenzen (u.a. Sprachenvielfalt), der von den Einsatzorganisationen (Beruf oder Miliz) genutzt werden kann

Risiken

- Mangel an qualifizierten Fachkräften
- Sprachliche und kulturelle Vielfalt gestaltet die Gewährleistung der inneren Sicherheit anspruchsvoller
- Stärkeres Gefühl der Unsicherheit und höhere Erwartungen an Sicherheit im Alter
- Weniger Personen die für Sicherheitsorgane mit Milizcharakter rekrutiert werden können

Handlungsfelder

- Öffentliche Sicherheit und zielgruppengerechte Sicherheitsinformationen gewährleisten
- Ausreichend personelle und finanzielle Ressourcen sicherstellen
- Veränderungen bei medizinischen Kontrollen und Führerzulassungen antizipieren

Wichtigste Massnahmen

- Alternative Vollzugsformen, mehr Geldstrafen statt Freiheitsentzüge
- Reorganisation, regionale Zusammenschlüsse von Zivilschutzorganisationen
- Schulungen für Senioren, Mitarbeit in Netzwerken mit verschiedenen Partnern
- Via sicura, Fahrfähigkeitsuntersuchungen bei Senioren/-innen

### Beurteilung/Würdigung

Grösste Herausforderungen

Aufgrund der sich wandelnden Altersstruktur wird es herausfordernd, für die öffentliche Sicherheit genügend personelle Ressourcen sicherzustellen (v.a. bei milizbasierten Sicherheitsorganen wie der Armee, den Feuerwehren und dem Zivilschutz). Mit einer älteren und vielfältigeren Bevölkerung verändern sich die Ansprüche an die öffentliche Sicherheit. Bei den älteren Personen gilt es, das höhere Gefühl der Unsicherheit und die höheren Erwartungen an die Sicherheit zu



berücksichtigen. Bei der jungen und erwerbsfähigen Bevölkerung muss insbesondere die zunehmende sprachliche und kulturelle Vielfalt bei der Kommunikations- und Präventionsarbeit einbezogen werden. Die Auswirkungen der zunehmend älteren Verkehrsteilnehmenden auf die Verkehrssicherheit gilt es zu beobachten.

Bund - Kanton - Gemeinden	Grundsätzlich stehen die Organe der öffentlichen Sicherheit von Bund, Kanton und Gemeinden vor denselben Herausforderungen. Grundsätzliche Entscheide bezüglich der Organisation der Sicherheitsorgane (z.B. Dienstpflichtmodelle in den Milizorganisationen) werden auf Bundesebene gefällt. Der Kanton Bern hat jedoch gewisse Spielräume für die (Re)Organisation seiner Sicherheitsorgane (z.B. regionale Zusammenschlüsse im Zivilschutz). Die Organisation der Feuerwehren wird primär kommunal geregelt.
Erfassung der Themen	Die Chancen, Risiken und Handlungsfelder des demografischen Wandels sind in den bestehenden Berichten und Grundlagen teilweise behandelt (v.a. in den Bereichen Zivilschutz und Justizvollzug).
Aktueller Handlungsbedarf	Die Herausforderungen des demografischen Wandels sind in Berichten und Grundlagen teilweise erfasst, der Handlungsspielraum des Kantons und die Betroffenheit des Politikbereichs vom demografischen Wandel sind mittel. Der aktuelle Handlungsbedarf ist deshalb vorhanden. Der Handlungsbedarf betrifft die Veränderung der Sicherheitsansprüche und Sicherheitsrisiken einer älteren und vielfältigeren Bevölkerung. Insbesondere in der Strategie- und Massnahmenplanung der Bereiche polizeiliche Kommunikation und Prävention sind diese Veränderungen relevant. Künftig werden in diesen Bereichen wohl mehr finanzielle und personelle Ressourcen benötigt. Die Herausforderungen des demografischen Wandels sind erkannt und Massnahmen im Rahmen der vorhandenen Kompetenzen des Kantons Bern vorhanden.

## 5.2.7 Landwirtschaft, Versorgung

### Übersicht

Kurzbeschreibung und zentrale Aufgaben des Kantons	Als Landwirtschaft wird die Herstellung pflanzlicher oder tierischer Erzeugnisse auf einer zu diesem Zweck bewirtschafteten Fläche bezeichnet. Der Bund legt die Rahmenbedingungen fest für eine regionale, intakte und konkurrenzfähige Landwirtschaft (im Rahmen einer vierjährigen Agrarpolitik). Diese leistet einen Beitrag für die Produktion von sicheren und qualitativ hochwertigen Nahrungsmitteln und schützt gleichzeitig den Lebens- und Erholungsraum. Der Kanton vollzieht die Agrarpolitik des Bundes. Er berät, unterstützt und bietet Ausbildungsangebote rund um Landwirtschaft und Landschaftspflege an.
Zuständige Direktionen und Ämter	<ul style="list-style-type: none"><li>▪ Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion (WEU): Amt für Landwirtschaft und Natur (LANAT)</li></ul>
Beispiele bestehender Berichte/Grundlagen	Im «Berichte-Scanning» wurden keine politikbereichsspezifischen Dokumente berücksichtigt.

### Analyse

Komponenten	<ul style="list-style-type: none"><li>▪ Wichtigste Komponenten demografischer Wandel: mehr und vielfältiger</li></ul>
Betroffenheit	<ul style="list-style-type: none"><li>▪ Betroffenheit Politikbereich bzgl. demografischer Wandel: gering</li><li>▪ Betroffenheit Kanton bzgl. Zuständigkeit/Handlungsspielraum: gering</li></ul>



Chancen	<ul style="list-style-type: none"><li>▪ Gedämpfte Nachfrage älterer Personen nach Nahrungsmittel</li><li>▪ Neues Konsumverhalten durch vielfältigere Bevölkerung, neue Opportunitäten für Produzenten und Regionen</li></ul>
Risiken	<ul style="list-style-type: none"><li>▪ Verlust von fruchtbarem Kulturland</li><li>▪ Akzentuierung der Probleme bei Nachfolgeregelungen und Wechsel der Bewirtschaftenden wegen Alterung der Bevölkerung</li></ul>
Handlungsfelder	<ul style="list-style-type: none"><li>▪ Fruchtbare Kulturböden erhalten, insbesondere Fruchtfolgeflächen</li><li>▪ Innovation und effizienter, umweltverträglicher Einsatz von Rohstoffen und Ressourcen fördern</li><li>▪ Nachhaltiger Konsum steigern, unter Berücksichtigung aller Bevölkerungsgruppen</li></ul>
Wichtigste Massnahmen	<ul style="list-style-type: none"><li>▪ Differenzierte Förderung ländlicher Raum (LANAT-Strategie)</li></ul>

### Beurteilung/Würdigung

Grösste Herausforderungen	<p>Im Vergleich zu anderen Politikbereichen wird der demografische Wandel den Agrarbereich nur wenig beeinflussen. Angesichts des ländlichen Charakters vieler Regionen des Kantons und der Bedeutung des Agrarsektors im Kanton Bern besteht jedoch die Tendenz, dass die demografische Entwicklung einige bereits bisher beobachtete Phänomene wie den Verlust fruchtbarer landwirtschaftlicher Flächen sowie den Rückgang der Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe aufgrund von Nachfolge- und Rentabilitätsproblemen verstärkt. Die Abhängigkeit in der Versorgung der städtischen- und Agglomerationsgebiete des Kantons gegenüber ländlichen Regionen wird zunehmen.</p>
Bund - Kanton - Gemeinden	<p>Agrar- und Versorgungspolitik sind Sache des Bundes. Kantone übernehmen aber wichtige Aufgaben in Vollzug, Beratung und in der Gestaltung von Aus- und Weiterbildungsangeboten. Gemeinden haben in dem Politikbereich praktisch keine Aufgaben.</p>
Erfassung der Themen	<p>Die Chancen, Risiken und Handlungsfelder des demografischen Wandels sind in den bestehenden Berichten und Grundlagen kaum behandelt. Eine vertiefte Auseinandersetzung der Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Landwirtschaft, Versorgung und Ernährung, im Zusammenhang mit dem Politikbereich Raumplanung und mit der Förderung des ländlichen Raums wäre anzustreben.</p>
Aktueller Handlungsbedarf	<p>Die Betroffenheit vom demografischen Wandel und der Handlungsspielraum des Kantons im Politikbereich Landwirtschaft/Versorgung sind gering. Der aktuelle Handlungsbedarf ist deshalb gering.</p> <p>Mögliche Massnahmen, welche trotz des geringen Handlungsbedarfs ergriffen werden könnten, sind:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>▪ Anpassung und Erweiterung der kantonalen landwirtschaftlichen Beratung (neue Dienstleistungen im Bereich Bodenqualität, Nachfolgeregelung, Fachkräftemangel, Innovationsbegleitung, ...)</li><li>▪ Förderung regionalisierter landwirtschaftlicher Planungen: dieses Planungsinstrument könnte an Bedeutung gewinnen, um den verschiedenen Ansprüchen aus der Raumplanung, Umwelt, Ressourcenschonung, Naturschutz, usw. gerecht zu werden</li><li>▪ Optimierung der Versorgungsketten zwischen Städten und ländlichem Raum (Verkürzung der Lieferketten und Transportwege, Förderung Kreislaufwirtschaft)</li></ul>





- Sensibilisierungskampagne mit Migranten/Migrantinnen und neu Zugezogenen im Kanton Bern zu den Themen Ernährung, nachhaltiger Konsum und Besonderheit der landwirtschaftlichen Produktion

## 5.2.8 Wohnungswesen

### Übersicht

Kurzbeschreibung und zentrale Aufgaben des Kantons	Das Wohnungswesen umfasst die Gesamtheit der Institutionen, Aktivitäten und Regelungen zur Versorgung der Bevölkerung mit bedürfnisgerechtem Wohnraum. Kanton und Gemeinden treffen Massnahmen für die Erhaltung preisgünstiger Wohnungen und für die Verbesserung ungenügender Wohnverhältnisse. Das Wohnungsangebot hängt stark von der Raumplanung ab.
Zuständige Direktionen und Ämter	<ul style="list-style-type: none"><li>▪ Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion (WEU): Amt für Wirtschaft (AWI)</li><li>▪ Direktion für Inneres und Justiz (DIJ): Amt für Gemeinden und Raumordnung (AGR)</li><li>▪ Bau- und Verkehrsdirektion (BVD): Amt für Grundstücke und Gebäude (AGG)</li></ul>
Beispiele bestehender Berichte/Grundlagen	Im «Berichte-Scanning» wurde folgendes politikbereichsspezifische Dokument berücksichtigt: <ul style="list-style-type: none"><li>▪ Bericht des Regierungsrats «Umsetzung Verfassungsauftrag Wohnen»</li></ul>

### Analyse

Komponenten	<ul style="list-style-type: none"><li>▪ Wichtigste Komponenten demografischer Wandel: älter, mehr, verschieden und unterschiedlich verteilt</li></ul>
Betroffenheit	<ul style="list-style-type: none"><li>▪ Betroffenheit Politikbereich bzgl. demografischer Wandel: mittel</li><li>▪ Betroffenheit Kanton bzgl. Zuständigkeit/Handlungsspielraum: mittel</li></ul>
Chancen	<ul style="list-style-type: none"><li>▪ Vielfältige Wohnformen fördern Interaktion, soziale Integration und erhöhen die Lebensqualität</li><li>▪ Starke Nachfrage nach Wohnraum fördert sparsamen Umgang mit Wohnflächen und Ressourcen</li><li>▪ Erhöhte Sensibilität bezüglich des Themas und das Vorhandensein von ausreichend attraktiven Wohnraumangeboten reduziert den Remanenzeffekt (ältere Personen verbleiben in grossen Wohnungen, «Unternutzung» von Wohnraum) und kann auch der Zersiedlung entgegenwirken</li><li>▪ Tiefere Preise ausserhalb der Agglomerationen und Kerngebiete sowie der Trend zu mehr Homeoffice führen zu einer erhöhten Nachfrage nach Wohnraum im ländlichen Raum und speziell in (attraktiven) regionalen Zentren</li><li>▪ Agglomerationsgemeinden werden zum urbanen Dorf, einer anderen Art des Stadtquartiers</li><li>▪ Gemeinden tragen den Bedürfnissen der älteren Bevölkerung oder von Familien besonders Rechnung und entfalten eine «Sogwirkung»</li><li>▪ Schaffung von kombinierten Wohn- und Betreuungsformen entlasten stationäre Einrichtungen</li><li>▪ Umnutzung von überschüssigen Büro- und Ladenflächen zu Wohnflächen (insbesondere in Zentren)</li></ul>



Risiken	<ul style="list-style-type: none"><li>▪ Mangelnder Wohnraum für ältere, schwache, benachteiligte Bevölkerung</li><li>▪ Fehlender Wohnraum durch Remanenzeffekt</li><li>▪ Zunahme von Einpersonenhaushalten und Gefühl von Einsamkeit</li><li>▪ Steigende Preise bei gleichbleibendem Einkommen/Vermögen</li><li>▪ Die Wohnraumangebote sind zu wenig vielfältig und individuell</li></ul>
Handlungsfelder	<ul style="list-style-type: none"><li>▪ Raumplanung bzw. (Bau-)Gesetzgebung so ausgestalten, dass allen Bevölkerungs- und Altersgruppen Zugang zu attraktivem, vielfältigem und an den individuellen Bedürfnissen ausgerichteter Wohnraum ermöglicht wird</li><li>▪ Sozialverträgliche Wohnraumangebote mit integrierten Betreuungsangeboten (u.a. «Generationenhäuser») in allen Regionen und Gemeinden unterstützen</li></ul>
Wichtigste Massnahmen	<ul style="list-style-type: none"><li>▪ Stadt Bern: Strategie «Wohnstadt Bern»; Preisgünstigkeitsverpflichtung in Wohnzonen, geeigneter Wohnraum und betreute Wohnformen für ältere Menschen schaffen</li><li>▪ Auf Kantonsebene gibt es keine Massnahmen im Bereich Wohnungswesen</li></ul>

### Beurteilung/Würdigung

Grösste Herausforderungen	Der demografische Wandel verstärkt die bestehenden Probleme von fehlendem, wenig vielfältigem und teurem Wohnraum in den Zentren und teilweise Agglomerationen. In den Gemeinden im ländlichen Raum und in den Berggebieten sind die Mietpreise tendenziell tiefer (Ausnahme regionale Zentren und Tourismusorte), dafür leben mehr ältere Menschen in diesen Gebieten, die Bedarf an neuen, bedürfnisgerechten Wohnraumangeboten haben. Teilweise «versagt» der Markt. Und den Gemeinden fehlen oftmals die notwendigen Ressourcen und das Knowhow, um von sich aus aktive Wohnraumpolitik zu betreiben.
Bund - Kanton - Gemeinden	Die Wohnraumförderung ist eine Bundesaufgabe (Wohnraumförderungsgesetz WFG aus dem Jahre 2003). Gemäss Kantonsverfassung (Art. 40, Wohnen) hat der Kanton Bern ebenfalls einen Wohnraumförderungsauftrag: «Kanton und Gemeinden treffen Massnahmen für die Erhaltung preisgünstiger Wohnungen und für die Verbesserung ungenügender Wohnverhältnisse. Sie fördern den preisgünstigen Wohnungsbau.» Der Grosse Rat hat in der Märzsession 2014 eine Weiterführung dieses Gesetzes über Förderung des preisgünstigen Mietwohnungsangebots abgelehnt. Der Kanton hat seither keine Rechtsgrundlage für Massnahmen in diesem Bereich. Bund, Kanton und Gemeinden haben in dieser Thematik ähnliche Aufgaben, Herausforderungen und Handlungsfelder.
Erfassung der Themen	Aufgrund des fehlenden Gesetzes existieren im Kanton Bern keine Massnahmen und Instrumente, um für spezifische Bevölkerungsgruppen Wohnraum zu fördern. Folglich gibt es auch keine eigentlichen Berichte zum Politikbereich. Einige Chancen, Risiken und Handlungsfelder sind in bestehenden Berichten und Grundlagen aus anderen Politikbereichen teilweise erwähnt. Weitere Punkte wurden aus fachlicher Sicht, basierend auf weiteren Quellen (z.B. aus anderen Kantonen), ergänzt. Die Thematik hat Schnittstellen zu mehreren anderen Politikbereichen und kann als «Querschnittsthema» bezeichnet werden.
Aktueller Handlungsbedarf	Die Herausforderungen des demografischen Wandels sind in Berichten und Grundlagen kaum erfasst, der Handlungsspielraum des Kantons und die Betroffenheit des Politikbereichs vom demografischen Wandel sind mittel. Der aktuelle Handlungsbedarf ist deshalb vorhanden. Ein wichtiger Punkt ist die Klärung der Zuständigkeit für das Thema. Das systematische Zusammenführen von Wohnraumthemen, die in anderen Berichten besprochen werden, würde verstärkt Aufschluss über die Herausforderungen, den



konkreten Handlungsbedarf und das Vorhandensein allfälliger weiterer Massnahmen geben. Eine Analyse der Diskussion im Grosse Rat zum Gesetz über die Förderung des preisgünstigen Mietwohnungsangebots gäbe Hinweise zum Grund für die Ablehnung. Je nach Ergebnis dieser Analyse könnte die Überarbeitung und Neuauflage des abgelehnten kantonalen Gesetzesvorschlags von 2014 geprüft werden.

## 5.2.9 Gesundheit

### Übersicht

Kurzbeschreibung und zentrale Aufgaben des Kantons

Gesundheit ist der Zustand des vollständigen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens.

Die Sicherstellung einer qualitativ hochstehenden und wirtschaftlich tragbaren Gesundheitsversorgung in allen Regionen ist eine zentrale Aufgabe des Kantons Bern. Er hat zu gewährleisten, dass die Bevölkerung bei Krankheit, Unfall oder im Alter gut versorgt und betreut wird. Die Aufgaben umfassen neben der Spitalversorgung in den Bereichen Akutsomatik, Psychiatrie und Rehabilitation auch die Versorgung mit Rettungsleistungen, die ambulante und stationäre Langzeitpflege, das Sicherstellen der medizinischen Grundversorgung, die Bekämpfung von übertragbaren Krankheiten, die Aufsicht über die Institutionen im Gesundheitsbereich und die medizinischen Berufe, die Gesundheitsversorgung und Prävention sowie die Heilmittel- und Betäubungsmittelkontrolle. Im Gesundheitsbereich arbeiten Bund, Kantone, Gemeinden, Hochschulen, Non-Profit- und private Organisationen eng zusammen.

Die Herausforderungen des demografischen Wandels werden im Tagesgeschäft der zuständigen Direktion stark berücksichtigt. Die regionalen Bevölkerungsszenarien spielen eine zentrale Rolle für die Planung und Budgetierung von Kantonsbeiträgen für Versorgungsleistungen der Spitäler, Alters- und Pflegeheime etc.

Zuständige Direktionen und Ämter

- Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion (GSI): Gesundheitsamt (GA), Amt für Integration und Soziales (AIS), Generalsekretariat (GS)

Beispiele bestehender Berichte/Grundlagen

- Im «Berichte-Scanning» wurden insgesamt 10 politikbereichspezifische Dokumente berücksichtigt. Beispiele sind:
- Alterspolitik im Kanton Bern 2016
  - Versorgungsplanungen bis 2030 (gemäss Spitalversorgungsgesetz, Akutsomatik, Rehabilitation, Psychiatrie)
  - Regionale Zuteilung der Pflegeplätze sowie Altersplanungen und -strategien (Biel-Seeland, Städte Bern und Biel)
  - Diverse Statistiken (Spitex, SOMED)

### Analyse

Komponenten

- Wichtigste Komponenten demografischer Wandel: älter, vielfältiger, unterschiedlich verteilt

Betroffenheit

- Betroffenheit Politikbereich bzgl. demografischer Wandel: stark
- Betroffenheit Kanton bzgl. Zuständigkeit/Handlungsspielraum: gross



Chancen	<ul style="list-style-type: none"><li>▪ Fachkräftemangel sowie demografisch bedingte Zunahme und qualitative Veränderung der Nachfrage können Entwicklung neuer Angebote fördern (integrierte bzw. vernetzte Versorgung)</li><li>▪ Stärkung des ambulanten Sektors beziehungsweise der Förderung einer integrierten Versorgung und der Förderung autonomer Wohnformen berücksichtigt Bedürfnisse von Patientinnen und Patienten</li><li>▪ Prävention und Gesundheitsförderung erhöht gesund und autonom verbrachte Lebensjahre</li><li>▪ Gesunde Pensionierte können Beitrag an die Betreuung leisten</li></ul>
Risiken	<ul style="list-style-type: none"><li>▪ Quantitative Zunahme und qualitative Veränderung der Nachfrage nach ambulanten und stationären Leistungen in den Bereichen Medizin wie auch Pflege und Betreuung (z.B. Palliative Care, Demenz, Geriatrie, geriatrische Rehabilitation, Alterspsychiatrie).</li><li>▪ Fachkräftemangel in allen Bereichen der Gesundheitsversorgung (Medizin sowie Pflege und Betreuung)</li><li>▪ Sprachliche und kulturelle Hürden im Zugang zu Gesundheitsprävention und -versorgung</li><li>▪ Mangel an Grundversorgerinnen und -versorgern insbesondere in Randregionen. Das Angebot an Gesundheitsleistungen wird weiter sinken, da viele Grundversorger pensioniert werden und nicht genügend Nachwuchs ausgebildet und rekrutiert werden kann («ageing workforce»).</li><li>▪ Steigende Kosten im Gesundheitswesen (Nachfrage, Lohnkosten)</li><li>▪ Starke Zunahme von Singlehaushalten kann die Entwicklung zusätzlich verstärken (keine Angehörigen, keine familiäre Unterstützung)</li></ul>
Handlungsfelder	<ul style="list-style-type: none"><li>▪ Nachhaltige Finanzierung der Gesundheitsversorgung sicherstellen</li><li>▪ Wirtschaftlich tragbare, bedarfsgerechte, zugängliche und qualitativ hochstehende Strukturen der Gesundheitsversorgung sicherstellen</li><li>▪ Ausreichend und adäquat ausgebildetes Gesundheitspersonal bereitstellen</li><li>▪ Abstimmung der Strategien und Planungen mit Schnittstellen zum Alter zur Förderung der koordinierten und integrierten Versorgung auf allen Ebenen</li><li>▪ Entwicklung neuer Angebote fördern (integrierte bzw. vernetzte Versorgung, Befähigung im Alter)</li><li>▪ Chancengleicher Zugang zu Gesundheitsförderung, Prävention, Gesundheitsversorgung sicherstellen</li><li>▪ Gesundheitsförderung, Prävention und Gesundheitsschutz stärken</li><li>▪ Einsatz weiterer Personengruppen (z.B. Freiwillige, Pensionierte, Zivildienstleistende) zur Unterstützung und Entlastung der Fachkräfte in der Pflege und Betreuung alter, kranker und hilfsbedürftiger Personen prüfen und fördern</li><li>▪ Fokus (auch) auf die Ausdehnung der gesunden und behinderungsfreien Lebenserwartung legen (s. auch Politikbereich Kinder, Familie, Jugend, Alter)</li></ul>
Wichtigste Massnahmen	<ul style="list-style-type: none"><li>▪ Strategien zum Umgang mit dem Personalmangel im Gesundheits- und Pflegebereich</li><li>▪ Unterstützung Selbständigkeit und Gesundheit im Alter</li><li>▪ Unterstützung Pflege und Betreuung zu Hause und Entlastung betreuender Angehöriger</li><li>▪ Verhinderung vorzeitiger Heimeintritte</li><li>▪ Versorgungsangebote bei Krankheit im Alter (kurzfristig abrufbare, niederschwellige Angebote zur raschen Überbrückung)</li><li>▪ Förderung der Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Akteuren in Sachen Alter (z.B. Leistungserbringer, professionelle Organisationen des Gesundheitswesens, Angehörige und Freiwillige)</li><li>▪ Stadt Bern: Sicherung Gesundheitsstadt Bern</li></ul>



## Beurteilung/Würdigung

Grösste Herausforderungen	Nebst der moderat steigenden Bevölkerungszahl wird die Bevölkerung in den nächsten Jahren insbesondere älter und vielfältiger. Um eine bedarfsgerechte, chancengleiche und qualitativ hochstehende Gesundheitsversorgung im gesamten Kanton sicherzustellen, braucht es ausreichend und adäquat ausgebildetes Gesundheits- und Pflegepersonal. Dies erfordert eine umfassende Strategie sowie entsprechende finanzielle Mittel, die nachhaltig sichergestellt werden müssen. Die Anstrengungen dafür sind sehr schnell umzusetzen, da seit der Covid-Pandemie die Abnahme von Personal im Gesundheitsberuf zunimmt.
Bund - Kanton - Gemeinden	Die Sicherstellung der Gesundheitsversorgung ist eine der Kernaufgaben der Kantone. Sie sind für die Gewährleistung der erforderlichen Infrastruktur und Fachkräfte im gesamten Kanton sowie deren Finanzierung zuständig. Dem Bund kommt v.a. eine koordinierende Rolle zu. Mit der Umsetzung der Pflegeinitiative erweitert sich die Rolle des Bundes jedoch. Durch den höheren Anteil älterer Personen sowie der Grösse und Heterogenität des Kantons akzentuieren sich im Kanton Bern die Herausforderungen im Bereich Gesundheit besonders stark.
Erfassung der Themen	Die Chancen, Risiken und Handlungsfelder des demografischen Wandels sind in den bestehenden Berichten und Grundlagen weitgehend erfasst.
Aktueller Handlungsbedarf	Die Herausforderungen des demografischen Wandels sind in Berichten und Grundlagen weitgehend erfasst. Der aktuelle Handlungsbedarf ist deshalb gering. Potenzial besteht im Bereich Einsatz weiterer Personengruppen (z.B. Freiwillige, Pensionierte, Zivildienstleistende) zur Unterstützung und Entlastung der Fachkräfte in der Pflege und Betreuung. Der Bereich Gesundheit weist ausserdem zahlreiche Schnittstellen zu anderen Politik- und Themenbereichen auf (z.B. Alter, Familie, Integration, Armut, Bildung, Wirtschaft, öffentliche Finanzen, Kommunikation). Ein regelmässiger amts- und direktionsübergreifender Austausch trägt dazu bei, allfälligen Handlungsbedarf frühzeitig zu erkennen.

## 5.2.10 Migration und Integration

### Übersicht

Kurzbeschreibung und zentrale Aufgaben des Kantons	<p>Migration in die Schweiz findet statt, wenn Personen ihren Wohnsitz vorübergehend oder dauerhaft von einem anderen Staat in die Schweiz verlegen. Die Integration von Migrantinnen und Migranten richtet sich in der Schweiz am Prinzip «Fördern und Fordern» aus, wobei sowohl die ausländische als auch die einheimische Bevölkerung beteiligt sind.</p> <p>Die Integration ist eine Kernaufgabe von Bund, Kantonen und Gemeinden, in Zusammenarbeit mit Sozialpartnern, Nichtregierungs- und Ausländerorganisationen. Zentrale Aufgaben sind u.a. günstige Rahmenbedingungen für Chancengleichheit und Teilhabe am öffentlichen Leben, Spracherwerb, berufliches Fortkommen, Gesundheitsvorsorge.</p>
Zuständige Direktionen und Ämter	<ul style="list-style-type: none"><li>▪ Sicherheitsdirektion (SID): Amt für Bevölkerungsdienste (ABEV)</li><li>▪ Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion (GSI): Amt für Integration und Soziales (AIS)</li></ul>



Beispiele bestehender Berichte/Grundlagen

Im «Berichte-Scanning» wurden insgesamt 7 politikbereichsspezifische Dokumente berücksichtigt. Beispiele sind:

- Familienkonzept des Kantons Bern und Bericht zu dessen Umsetzung
- Familienbericht 2021
- Dreistufiges Integrationsfördermodell für neu zuziehende Ausländerinnen und Ausländer im Kanton Bern
- Kantonales Integrationsprogramm KIP 2bis (2022-2023)
- Migrationsstatistik und Jahresbericht Amt für Bevölkerungsdienste

### Analyse

Komponenten

- Wichtigste Komponenten demografischer Wandel: älter, mehr, verschieden, unterschiedlich verteilt

Betroffenheit

- Betroffenheit Politikbereich bzgl. demografischer Wandel: stark
- Betroffenheit Kanton bzgl. Zuständigkeit/Handlungsspielraum: mittel

Chancen

- Zuwanderung gut qualifizierter Migrantinnen und Migranten lindert Fachkräftemangel
- Gesellschaftliche Heterogenität fördert Innovation

Risiken

- Gesellschaftliche Heterogenität (unterschiedliche Wertesysteme) sowie fehlende Teilhabe an politischen Entscheidungsprozessen kann den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährden
- Sprachliche und sozioökonomische Barrieren bei Pflege und Betreuung von Menschen mit Migrationshintergrund
- Zunahme der weltweiten Migrationsbewegungen kann zu kaum kontrollierbarer Bevölkerungszunahme führen
- Grosse finanzielle Belastung durch die Sozialhilfeleistungen für beruflich und sozial nicht integrierte Personen und Personen aus dem Asylbereich

Handlungsfelder

- Berufliche, gesellschaftliche und politische Integration der zugewanderten Personen fördern
- Städtische und wirtschaftsstarke Regionen als bevorzugten Wohnort von Migrantinnen und Migranten betrachten

Wichtigste Massnahmen

- Stützmassnahmen für Schülerinnen und Schüler
- Förderung der sprachlichen Integration, der wirtschaftlichen Integration (Aufnahme Erwerbstätigkeit) sowie der Selbständigkeit und Gesundheit im Alter
- Massnahmen zur effizienten Erwerbsintegration im Asyl- und Flüchtlingsbereich

### Beurteilung/Würdigung

Grösste Herausforderungen

Die Zahl ausländischer Migrantinnen und Migranten und deren Anteil an der Gesellschaft wird in den nächsten Jahren weiter ansteigen. Diese Personen können zukünftig auch vermehrt anderen Kulturkreisen angehören. Um den gesellschaftlichen Zusammenhalt nicht zu gefährden und die Innovationskraft einer heterogenen Gesellschaft zu nutzen, braucht es eine erfolgreiche berufliche, gesellschaftliche und politische Integration der zugewanderten Personen sowie die entsprechenden finanziellen Mittel.

Bund - Kanton - Gemeinden

Während der Bund die Rahmenbedingungen der Asyl- und Integrationspolitik vorgibt, ist es die Aufgabe der Kantone diese umzusetzen. Mit steigender Zahl an



Migrantinnen und Migranten, vermehrt auch aus anderen Kulturkreisen, erhöht sich der Integrationsaufwand der Kantone. Aufgrund des unterdurchschnittlich hohen Anteils ausländischer Personen ist der Kanton Bern etwas weniger stark betroffen als andere Kantone. Die Betroffenheit ist im Kanton Bern aber nicht überall gleich hoch. Städtische und wirtschaftsstarke Gebiete sind bezüglich Integration besonders gefordert.

Erfassung der Themen

Die Chancen, Risiken und Handlungsfelder des demografischen Wandels sind in den bestehenden Berichten und Grundlagen nur teilweise erfasst.

Aktueller Handlungsbedarf

Die Herausforderungen des demografischen Wandels sind in Berichten und Grundlagen teilweise erfasst, der Handlungsspielraum des Kantons ist mittel und die Betroffenheit des Politikbereichs vom demografischen Wandel ist stark. Der aktuelle Handlungsbedarf ist deshalb vorhanden.

Der Handlungsbedarf im Bereich Migration und Integration liegt in erster Linie darin, die im Kanton in den verschiedenen Politikbereichen und Direktionen erstellten Analysen und ergriffenen Massnahmen zusammenzuführen und diese auf politikbereich- und direktionsübergreifenden Koordinationsbedarf zu prüfen. Dies betrifft beispielweise die Auswirkungen der Migration auf die soziale Sicherheit (Amt für Sozialversicherungen), den Fachkräftemangel (Amt für Wirtschaft) und die Fiskalbilanz (Steuerverwaltung). Ausgewiesener Handlungsbedarf in Form vertiefender Analysen besteht bezüglich der langfristigen demografischen Auswirkungen von Zuwanderung, etwa hinsichtlich der Interdependenz von Altersstruktur der Gesamt- und Migrationsbevölkerung und der daraus resultierenden makroökonomischen Effekte.

## 5.2.11 Kinder, Jugend, Familie, Alter

### Übersicht

Kurzbeschreibung und zentrale Aufgaben des Kantons

Der Begriff Familie bezeichnet jene Lebensformen, die in den Beziehungen von Eltern und Kindern im Mehrgenerationenverbund begründet und gesellschaftlich anerkannt sind. Die Kinder-, Jugend-, Familien- und Alterspolitik umfasst alle Massnahmen und Einrichtungen, welche die jeweiligen Personengruppen unterstützen und fördern und tangiert als Querschnittsaufgabe unterschiedliche Politikbereiche.

Zahlreiche Aufgaben der Kinder-, Jugend-, Familien- und Alterspolitik liegen in der Kompetenz der Kantone und Gemeinden. Die Regionen treten teilweise als Partner bei der Umsetzung auf. Mögliche Massnahmen sind z.B. Mütter- und Väterberatung, regionale Vernetzung, familien- und schulergänzende Kinderbetreuung, Früherkennung Kindeswohlgefährdung, Erwachsenenschutz, steuerliche Entlastung, Erhöhung Krankenkassen-Prämienverbilligung, Alimentenbevorschussung, Altersplanung. In all diesen Bereichen führt der demografische Wandel zu Veränderungen in Grösse und Zusammensetzung der jeweiligen Anspruchsgruppen.

Zuständige Direktionen und Ämter

- Direktion für Inneres und Justiz (DIJ): Kantonales Jugendamt (KJA), Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB)
- Sicherheitsdirektion (SID): Amt für Bevölkerungsdienste (ABEV), Generalsekretariat, Berner Interventionsstelle gegen Häusliche Gewalt (GS-BIG)
- Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion (GSI): Amt für Integration und Soziales (AIS), Gesundheitsamt (GA) und Generalsekretariat (GS)



Beispiele bestehender Berichte/Grundlagen

Im «Berichte-Scanning» wurden insgesamt 12 politikbereichsspezifische Dokumente berücksichtigt. Beispiele sind:

- Familienkonzept des Kantons Bern und Bericht zu dessen Umsetzung
- Familienbericht 2021
- Besondere Förder- und Schutzleistungen im Kanton Bern, Biel/Seeland, Datenbericht 2020
- Alterspolitik im Kanton Bern 2016
- Versorgungsplanungen bis 2030 (gemäss Spitalversorgungsgesetz, Akutsomatik, Rehabilitation, Psychiatrie)
- Regionale Zuteilung der Pflegeplätze sowie Altersplanungen und -strategien (Biel-Seeland, Städte Bern und Biel)

### Analyse

Komponenten

- Wichtigste Komponenten demografischer Wandel: älter, vielseitiger

Betroffenheit

- Betroffenheit Politikbereich bzgl. demografischer Wandel: stark
- Betroffenheit Kanton bzgl. Zuständigkeit/Handlungsspielraum: gross

Chancen

- Potential von gesellschaftlichem Engagement in generationenübergreifender Freiwilligenarbeit oder anderen Formen von aktivem Einsatz von bestehendem Fachwissen und Erfahrung
- Ausbau ausserfamiliäre Kinderbetreuung und alternative Arbeitszeitmodelle und Erhöhung Chancengleichheit
- Alterspolitische Zielsetzungen und aufeinander abgestimmte Instrumente zum Ausbau der gesunden Altersjahre sowie zur Unterstützung der fragilen Lebensphase vor Pflegeheimeintritt
- Förderung der Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Akteuren in Sachen Alter (z.B. Leistungserbringer, professionelle Organisationen des Gesundheitswesens, Angehörige und Freiwillige)

Risiken

- Doppelbelastung durch Betreuung der Kinder und der eigenen Eltern
- Zunehmende Isolation und Vereinsamung sowie finanzielle und gesundheitliche Probleme älterer Menschen

Handlungsfelder

- Vereinbarkeit von Arbeit und Privatleben und Betreuungsarbeit (Care-Arbeit) fördern und belohnen
- Auseinandersetzung mit der Rolle älterer Menschen in der Gesellschaft

Wichtigste Massnahmen

- Direktionsübergreifende Familienkonferenz
- Frühförderung Kinder, Hausbesuchsprogramme, Weiterentwicklung und Umsetzung umfassender Kinderschutz (u.a. Früherkennung Kindeswohlgefährdung)
- Bedarfsorientierte Angebotsplanung (Berücksichtigung Regionen)
- Stimmrechtsalter 16
- Vernetzung Beratungsangebot für Familien, Familienzentren
- Kultur-, Freizeit- und Wohnangebote für Familien
- Förderung familienfreundliche Arbeitswelt und Aus- und Weiterbildung
- Ausbau familienergänzende Betreuungsangebote
- Lohnpromille zur Finanzierung familienergänzender Kinderbetreuung
- Finanzielle Unterstützung Familien (steuerliche Entlastung, Ergänzungsleistungen, situationsspezifische Familienpauschale, Mietzinsbeiträge, Verbilligung Krankenversicherungsprämien, höhere Familienzulagen)
- Verhindern von häuslicher Gewalt und Gewalt im Alter
- Erarbeiten einer Altersstrategie
- Selbständigkeit und Gesundheit im Alter, Kurse Gesundheitsförderung





- Breite Auseinandersetzung mit Thema Altern und Altersversorgung, eigene Vorsorge (Art. 360 ff. ZGB), Austausch zwischen Generationen, Generationenwohnen, Generationenhaus
- Versorgungsplanung Alter zur Verhinderung vorzeitiger Heimeintritte
- Versorgungsangebote bei Krankheit im Alter
- Pflege und Betreuung zu Hause, Beratung und Entlastung betreuender Angehöriger, Unterstützung Freiwilliger
- Rekrutierung Pflege- und Betreuungspersonal
- Anstellung älterer Arbeitnehmenden
- Stadt Bern: Förderung Wohnraum und betreute Wohnformen für armutsbetroffene und ältere Menschen, Schaffung Quartierzentren

### Beurteilung/Würdigung

Grösste Herausforderungen	Die zunehmend vielfältiger werdende Bevölkerung zeigt sich insbesondere im veränderten Familienverständnis. Eine zeitgemässe Familienpolitik schafft die Rahmenbedingungen, dass alle Familienmitglieder gleichberechtigt und bedarfsgerecht an der Gesellschaft partizipieren können. Personen im Erwerbsalter sollen Arbeit, Privatleben und Betreuungsarbeit vereinbaren können. Dies bedingt auch bedürfnisgerechte Angebote und Strukturen für Kinder, Jugendliche und Personen im Rentenalter. Ältere Menschen sollen aber nicht nur unterstützt werden, ihnen ist auch zu ermöglichen, einen Beitrag an die Gesellschaft zu leisten.
Bund - Kanton - Gemeinden	Die Kinder-, Jugend-, Familien- und Alterspolitik sind Kernaufgaben der Kantone und Gemeinden. Dem Bund kommt nur eine koordinierende Rolle zu. Die Regionen spielen als Partner für den Kanton und die Gemeinden eine wichtige Rolle. Der Kanton ist für die Sicherstellung der erforderlichen Rahmenbedingungen sowie deren Finanzierung zuständig. Die Grösse und Heterogenität des Kantons Bern macht seine Aufgabe besonders anspruchsvoll.
Erfassung der Themen	Die Chancen, Risiken und Handlungsfelder des demografischen Wandels sind in den bestehenden Berichten und Grundlagen weitgehend erfasst.
Aktueller Handlungsbedarf	Die Herausforderungen des demografischen Wandels sind in Berichten und Grundlagen weitgehend erfasst. Der aktuelle Handlungsbedarf ist deshalb gering. Bei der Kinder-, Jugend-, Familien- und Alterspolitik bestehen jedoch viele Berührungspunkte zu anderen Politik- und Themenbereichen (z.B. Integration, Bildung, Gesundheit, Wohnen, Erwerbstätigkeit). Ein regelmässiger amts- und direktionsübergreifender Austausch trägt dazu bei, allfälligen weiteren Handlungsbedarf frühzeitig zu erkennen.

## 5.2.12 Raum

### Übersicht

Kurzbeschreibung und zentrale Aufgaben des Kantons	Die Raumplanung befasst sich mit der Entwicklung, Planung und Gestaltung von Quartieren, Dörfern, Städten, Regionen und auch von Verkehrswegen und Infrastruktursystemen (Schnittstelle mit Kap. 5.2.15). Der Kanton ist zuständig für die kantonale Raumentwicklung (z.B. Kantonaler Richtplan, Raumbesichtigung und regionale Naturpärke), gibt Vorgaben und übt die Aufsicht über die regionale (z.B. Regionale Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzepte, Agglomerationsprogramme) und kommunale Raumplanung (z.B. kommunaler Richtplan und Zonenplan) aus und beurteilt/bewilligt Bauvorhaben
--	--



ausserhalb der Bauzonen. Er stellt den Gemeinden unter anderem Arbeitshilfen für die Ortsplanung zur Verfügung.

Der demografische Wandel wird insbesondere bei der Ortsplanung berücksichtigt, die Aufgabe der Gemeinden ist.

Zuständige Direktionen und Ämter

- Bau- und Verkehrsdirektion (BVD): Tiefbauamt (TBA), Amt für öffentlichen Verkehr und Verkehrskoordination (AÖV)
- Direktion für Inneres und Justiz (DIJ): Amt für Gemeinden und Raumordnung (AGR)

Beispiele bestehender Berichte/Grundlagen

Im «Berichte-Scanning» wurden insgesamt 14 politikbereichsspezifische Dokumente berücksichtigt. Beispiele sind:

- Kantonaler Richtplan
- Agglomerationsprogramme und Regionale Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzepte (Biel-Seeland, Jura bernois, Bern-Mittelland, Oberaargau, Emmental, Thun-Oberland West, Oberland-Ost)
- Stadtentwicklungskonzept Stadt Bern
- Wohnstrategie mit Massnahmen, Wohnstadt der Vielfalt
- Gesamtverkehrsmodell Kanton Bern
- Sachpläne Veloverkehr und Wandern

### Analyse

Komponenten

- Wichtigste Komponenten demografischer Wandel: älter, mehr, unterschiedlich verteilt

Betroffenheit

- Betroffenheit Politikbereich bzgl. demografischer Wandel: mittel
- Betroffenheit Kanton bzgl. Zuständigkeit/Handlungsspielraum: mittel

Chancen

- Stärkung von Vorhaben der inneren Verdichtung und der Siedlungsentwicklung basierend auf kurzen Wegen
- Verknüpfung von gesellschaftlichen Fragestellungen (Integration, ältere Menschen, Kinder etc.) mit der Raumplanung (Gestaltung von öffentlichen Räumen, Quartieren, Dörfern, Regionen, Verkehrswegen, Infrastruktursystemen etc.)

Risiken

- Steigende Nachfrage nach Wohnraum und Bauland und deren Verteuerung
- Steigender Flächenkonsum für Arbeitsplätze, Produktions- und Lagerstätten
- Steigender Bedarf an Infrastrukturleistungen und deren Verteuerung
- Anhaltende räumliche Entflechtung von Wohnen, Arbeiten, Freizeit und Einkaufen und damit anhaltende Zersiedelung
- Steigender Druck auf Kulturland, Wälder, historische Bauten und archäologisches Erbe
- Zunehmende Abwanderung von Fachkräften aus Randregionen und Erhalt einer bedürfnisgerechten Siedlungsstruktur in peripher gelegenen Regionen

Handlungsfelder

- Siedlungsentwicklung steuern, insbesondere innere Verdichtung und Eindämmung der Zersiedelung
- Sichere Infrastrukturen für alle Bevölkerungsgruppen gewährleisten, insbesondere für Energie, Verkehr, Kommunikation, und Versorgung
- Periphere Regionen unterstützen und deren Grundversorgung sichern

Wichtigste Massnahmen

- Bewirtschaftung kantonaler Richtplan
- Neueinzonungsregelung
- Erschliessungskriterien ÖV



- Entwicklungsschwerpunkte
- Siedlungsentwicklung nach Innen
- Agglomerationsprogramme Siedlung und Verkehr
- Stadt Bern: Projekte mit visionären gemeinschaftlichen Modellen, Konzepte zur temporären Nutzung von ungenutzten Wohnbauarealen, räumliche Konzentration Bildung und Forschung, Nachtleben-Ausgangsorte, Wohnraum für armutsbetroffene und ältere Menschen

### Beurteilung/Würdigung

Grösste Herausforderungen	Die grösste Herausforderung ist die Vereinbarung von übergeordneten Zielen wie nachhaltige Siedlungsentwicklung nach innen und Sicherung der lokalen Versorgung im Zusammenhang mit der sich verändernden Bevölkerungsstruktur, neuen Lebensentwürfen, zunehmender Digitalisierung und neuen Umständen angepasstem Mobilitätsverhalten. Es wird beispielsweise eine steigende Nachfrage nach Flächen für öffentliche Dienstleistungen, das Gesundheitswesen und für Pflegeleistungen erwartet, sowie ein Rückgang der lokalen Versorgungsangebote und regionale Unterschiede bei der alternden Bevölkerung festgestellt.
Bund - Kanton - Gemeinden	<p>Die Planungsinstrumente sind in einer hierarchischen Struktur klar geregelt. Die übergeordneten Herausforderungen sind für Bund, Kantone und Gemeinden vergleichbar. Die Planungshoheit für konkrete Planungen liegt bei den Gemeinden (Ortsplanung). Zudem bestehen direkte Bezüge zur Verkehrsplanung und Landschaft(splanung), die oft gemeinsam behandelt werden (z.B. Programm Agglomerationsverkehr) sowie diverse Schnittstellen mit anderen Politikbereichen (v.a. zu Verkehr, Schulraumplanung, Landwirtschaft, Versorgung, Wohnungswesen, Gesundheit, Umwelt, Energie). Die Bereiche sind stark miteinander verzahnt und weisen teilweise Zielkonflikte auf, profitieren jedoch oft auch von Synergieeffekten.</p> <p>Die Aufgabe des Kantons ist es, mit guten übergeordneten Planungen Voraussetzungen zu schaffen, damit die Gemeinden den konkreten Herausforderungen auf Stufe der Ortsplanungen begegnen können – dies abgestützt auf die Vorgaben und Ziele des Bundes.</p>
Erfassung der Themen	Die Chancen, Risiken und Handlungsfelder des demografischen Wandels sind in den bestehenden Berichten und Grundlagen weitgehend erfasst. Die Planungsinstrumente bauen auf den Bevölkerungsprognosen auf und verfolgen übergeordnete Ziele aus Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt.
Aktueller Handlungsbedarf	Die Herausforderungen des demografischen Wandels sind in Berichten und Grundlagen weitgehend erfasst. Der aktuelle Handlungsbedarf ist deshalb gering. Die Strategien und Berichte in der Raumplanung verfolgen eine grosse Bandbreite von Zielen aus diversen Bereichen und beziehen sich deswegen nicht konkret auf die Veränderung der Demografie. In der Analyse der Berichte fällt jedoch auf, dass die demografische Entwicklung der Bevölkerung nur selten explizite Beachtung findet, sondern die Planungen auf die Entwicklung der Gesamtbevölkerung ohne demografische Unterscheidungen abgestützt werden. Eine explizite(re) Betrachtung der Demografie in den Planungsinstrumenten könnte sich künftig als nützlich erweisen, weil der Kanton Bern schweizweit überproportional grosse Bevölkerungsgruppen in älteren Alterskohorten aufweist.



## 5.2.13 Umwelt

### Übersicht

Kurzbeschreibung und zentrale Aufgaben des Kantons	<p>Dieser Politikbereich beinhaltet u.a. die menschliche Nutzung von natürlichen Ressourcen (Boden, Wald, Wasser, Klima, ...) und den Schutz des Menschen vor natürlichen Gefahren.</p> <p>Der Umweltschutz ist eine umfassende Bundeskompetenz; der Natur- und Heimatschutz ist Aufgabe des Kantons. Der Kanton Bern beschäftigt sich dazu mit der Koordination zwischen den beteiligten Akteuren, der Begleitung relevanter Projekte, der Umsetzung der kantonalen Strategien und der Förderung von nachhaltiger Entwicklung auf kantonaler und kommunaler Ebene.</p> <p>Das Amt für Wasser und Abfall richtet sein Handeln im Tagesgeschäft nach der Wasserstrategie und nach dem Sachplan Abfall.</p>
Zuständige Direktionen und Ämter	<ul style="list-style-type: none"><li>▪ Bau- und Verkehrsdirektion (BVD): Amt für Wasser und Abfall (AWA), Tiefbauamt (TBA)</li><li>▪ Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion (WEU): Amt für Landwirtschaft und Natur (LANAT), Amt für Umwelt und Energie (AUE), Amt für Wald und Naturgefahren (AWN)</li></ul>
Beispiele bestehender Berichte/Grundlagen	<p>Im «Berichte-Scanning» wurden folgende politikbereichsspezifische Dokumente berücksichtigt:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>▪ Sachplan Abfall</li><li>▪ Wasserstrategie 2010</li></ul>
	<h3>Analyse</h3>
Komponenten	<ul style="list-style-type: none"><li>▪ Wichtigste Komponenten demografischer Wandel: mehr, vielseitiger, unterschiedlich verteilt</li></ul>
Betroffenheit	<ul style="list-style-type: none"><li>▪ Betroffenheit Politikbereich bzgl. demografischer Wandel: gering</li><li>▪ Betroffenheit Kanton bzgl. Zuständigkeit/Handlungsspielraum: mittel</li></ul>
Chancen	<ul style="list-style-type: none"><li>▪ Reduziertes Konsumwachstum</li><li>▪ Steigende Nachfrage und Wertschätzung naturnaher und ökologisch wertvoller Gebiete</li></ul>
Risiken	<ul style="list-style-type: none"><li>▪ Steigender Ressourcenverbrauch und mehr Abfall und Abwasser sowie höherer Druck auf Kulturland, Biodiversität, Landschaft und Naherholungsgebiete durch Bevölkerungszunahme</li><li>▪ Abnehmendes Umweltbewusstsein und -wissen (Zuwanderung aus weniger umweltbewussten Kulturen)</li></ul>
Handlungsfelder	<ul style="list-style-type: none"><li>▪ Nachhaltige Nutzung von Rohstoffen und natürliche Ressourcen fördern</li><li>▪ Erholungsräume sowie landschaftliche und biologische Vielfalt sicherstellen</li><li>▪ Alle Bevölkerungsgruppen vor Umweltbelastung und Naturgefahren schützen</li><li>▪ Umweltbewusstsein und -wissen in der Bevölkerung erhöhen</li></ul>
Wichtigste Massnahmen	<ul style="list-style-type: none"><li>▪ Erhebung Abfallkennzahlen für Monitoring Mengenentwicklung und Planung Entsorgungskapazitäten</li><li>▪ Stadt Bern: Aufwertung und Vernetzung der Grünräume</li><li>▪ Massnahmen zur Umsetzung der Wasserstrategie auf kantonaler Ebene</li></ul>



## Beurteilung/Würdigung

Grösste Herausforderungen	Die grössten Herausforderungen liegen in der möglichst nachhaltigen Bewirtschaftung und Nutzung der natürlichen Ressourcen (wie Wasser, Boden, Wald), der Erhaltung von Erholungsräumen in den Städten und Agglomerationen mit einer möglichst grossen Biodiversität. Eine zusätzliche Herausforderung ist sicherlich die Sensibilisierung der Bevölkerung aus verschiedenen Kulturen für ein ressourcenschonendes Verhalten und ein allgemeines Umweltbewusstsein.
Bund - Kanton - Gemeinden	Ressourcenpolitik ist mehrheitlich Sache des Bundes. Die Kantone haben eine wichtige Rolle in der Umsetzung und im Vollzug. Auf kantonaler Ebene können Strategien für eine nachhaltige Ressourcennutzung, differenzierte regionale Waldplanungen oder Strategien zur Förderung von Biodiversität und Naturräumen erarbeitet werden. Städte und Gemeinden können auch mit Planungsinstrumenten und Sensibilisierungskampagnen agieren.
Erfassung der Themen	Die Chancen, Risiken und Handlungsfelder des demografischen Wandels sind in den bestehenden Berichten und Grundlagen nur teilweise erfasst (Sachplan Abfall, Wasserstrategie). Themen wie der zunehmende Druck auf Biodiversität, Landschaft und Naherholungsgebiete sowie die Zunahme der Empfindlichkeit auf Umwelteinflüsse könnten directionsübergreifend angegangen werden.
Aktueller Handlungsbedarf	Der aktuelle Handlungsbedarf bezüglich zusätzlicher Handlungsoptionen zu den Herausforderungen der demografischen Entwicklung ist gering (geringe Betroffenheit vom demografischen Wandel). Mögliche Massnahmen, welche trotz des geringen Handlungsbedarfs ergriffen werden könnten, sind: <ul style="list-style-type: none"><li>▪ Integration des demografischen Wandels in die regionalen Waldplanungen (Sicherstellung von siedlungsnahen und nachhaltig genutzten Erholungsräumen, die sich am Bedarf der Bevölkerung orientieren)</li><li>▪ Umweltbelastung, Naturgefahren, Störfälle und Klimaänderung: Sicherstellung des Schutzes aller Bevölkerungsgruppen (Strategien in den Städten wie im ländlichen Raum)</li><li>▪ Sensibilisierungskampagne für eine nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen (wie Wasser) in Städten und Agglomerationsgemeinden (wo Bevölkerungswachstum stattfindet)</li></ul>

## 5.2.14 Energie

### Übersicht

Kurzbeschreibung und zentrale Aufgaben des Kantons	In der Schweiz ist die Energieversorgung Sache der Energiewirtschaft, jedoch sorgen Bund und Kantone durch passende Rahmenbedingungen dafür, dass die Wirtschaft ihre Aufgabe optimal erfüllen kann. Der Kanton bewilligt die Produktion der Energie (ausser Kernenergie), koordiniert und begleitet Projekte und die darin beteiligten Akteure, setzt die Energiestrategie um und fördert die nachhaltige Entwicklung auf kantonaler und kommunaler Ebene.
Zuständige Direktionen und Ämter	<ul style="list-style-type: none"><li>▪ Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion (WEU): Amt für Umwelt und Energie (AUE)</li><li>▪ Bau- und Verkehrsdirektion (BVD): Amt für Wasser und Abfall (AWA)</li></ul>



Beispiele bestehender Berichte/Grundlagen	<p>Im «Berichte-Scanning» wurden folgende politikbereichsspezifische Dokumente berücksichtigt:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>▪ Energiestrategie Kanton Bern</li><li>▪ Wasserstrategie 2010, Teilstrategie Wassernutzung (Ausbau Wasserkraft)</li></ul>
	<h3>Analyse</h3>
Komponenten	<ul style="list-style-type: none"><li>▪ Wichtigste Komponenten demografischer Wandel: älter, mehr</li></ul>
Betroffenheit	<ul style="list-style-type: none"><li>▪ Betroffenheit Politikbereich bzgl. demografischer Wandel: gering</li><li>▪ Betroffenheit Kanton bzgl. Zuständigkeit/Handlungsspielraum: mittel</li></ul>
Chancen	<ul style="list-style-type: none"><li>▪ Reduziertes Konsumwachstum</li></ul>
Risiken	<ul style="list-style-type: none"><li>▪ Mangel an verfügbarer Energie</li><li>▪ Steigender Stromverbrauch durch Elektrifizierung des MIV</li><li>▪ Höherer Energieverbrauch durch Remanenzeffekte (ältere Personen in grossen Wohnungen)</li></ul>
Handlungsfelder	<ul style="list-style-type: none"><li>▪ Ausreichende, breit gefächerte, sichere, wirtschaftliche und umweltverträgliche Energieversorgung sicherstellen</li><li>▪ Sparsamer und rationeller Energieverbrauch und Energieeffizienz fördern (z.B. Gebäude, Verkehr)</li></ul>
Wichtigste Massnahmen	<ul style="list-style-type: none"><li>▪ Künftige Energieversorgung und -nachfrage abschätzen</li></ul>
	<h3>Beurteilung/Würdigung</h3>
Grösste Herausforderungen	<p>Die Auswirkungen des demografischen Wandels in Form von Wachstum, Alterung und Diversifizierung werden bereits in der nationalen Energiestrategie 2050 und auf kantonaler Ebene berücksichtigt. Ein Phänomen, das sich wahrscheinlich noch verstärken wird, ist die Entkopplung der energieproduzierenden Regionen von den verbrauchenden und demografisch stark wachsenden Regionen (Städte und Agglomerationen). Dies wirft regionalpolitische Fragen und Herausforderungen im Bereich der Energieverteilung und der Energienetze auf.</p>
Bund - Kanton - Gemeinden	<p>Energieaussenpolitik, Energieverbrauch von Anlagen, Fahrzeugen, Geräten, Förderung Energietechnik und erneuerbare Energien sind Bundeskompetenzen und -aufgaben. Die Kantone können Bestimmungen im Energieverbrauch in Gebäuden festlegen, Konzessionen und Bewilligungen für die Wasserkraft-, Geothermie- oder Solarenergienutzung erteilen.</p>
Erfassung der Themen	<p>Die Chancen, Risiken und Handlungsfelder des demografischen Wandels sind in den bestehenden Berichten und Grundlagen weitgehend erfasst (Energiestrategie des Kantons Bern). Gewisse Fragen und Handlungsfelder wie die Evolution der Versorgung und des Konsums in den Wachstumsorten könnten vertieft analysiert werden.</p>
Aktueller Handlungsbedarf	<p>Die Betroffenheit vom demografischen Wandel im Politikbereich Energie ist gering. Die Herausforderungen des demografischen Wandels sind in Berichten und Grundlagen weitgehend erfasst. Der aktuelle Handlungsbedarf ist deshalb gering.</p>

## 5.2.15 Verkehr

### Übersicht

Kurzbeschreibung und zentrale Aufgaben des Kantons	<p>Verkehr ist die Ortsveränderung von Personen und materiellen Gütern (sowie von Nachrichten, Informationen, Energie und Wasser).</p> <p>Der Kanton ist Eigentümer und Bauherr bei Planung, Bau, Betrieb und Unterhalt der rund 2'100 km Kantonsstrassen und sorgt für ein sicheres, verträgliches und verfügbares Strassennetz. Er stellt den betrieblichen Unterhalt von rund 200 km Nationalstrassen sicher und sorgt für ihre hohe Sicherheit und Verfügbarkeit. Der Kanton plant, bestellt und finanziert das Angebot des öffentlichen Orts- und Regionalverkehrs. Des Weiteren sorgt der Kanton gemeinsam mit den Gemeinden für eine sichere, wirtschaftliche, umweltgerechte und energiesparende Verkehrsordnung. Sie fördern den Langsamverkehr, den öffentlichen Verkehr und das Umsteigen auf umweltfreundliche Verkehrsmittel. Das Aufgabengebiet umfasst etliche weitere Aufgaben (z.B. Verkehrskoordination, Verkehrsmanagement, kantonale Skilifte und Luftseilbahnen).</p>
Zuständige Direktionen und Ämter	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Bau- und Verkehrsdirektion (BVD): Tiefbauamt (TBA), Amt für öffentlichen Verkehr und Verkehrskoordination (AÖV)</li> <li>▪ Direktion für Inneres und Justiz (DIJ): Amt für Gemeinden und Raumordnung (AGR)</li> </ul>
Beispiele bestehender Berichte/Grundlagen	<p>Im «Berichte-Scanning» wurden insgesamt 9 politikbereichsspezifische Dokumente berücksichtigt. Beispiele sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Gesamtverkehrsmodell Kanton Bern</li> <li>▪ Agglomerationsprogramme und Regionale Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzepte (Biel-Seeland, Jura bernois, Bern-Mittelland, Oberaargau, Emmental, Thun-Oberland West, Oberland-Ost)</li> <li>▪ Kantonales Angebotskonzept ÖV</li> <li>▪ Sachpläne Veloverkehr und Wandern</li> </ul>
<b>Analyse</b>	
Komponenten	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Wichtigste Komponenten demografischer Wandel: älter, mehr, vielseitiger, unterschiedlich verteilt</li> </ul>
Betroffenheit	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Betroffenheit Politikbereich bzgl. demografischer Wandel: mittel</li> <li>▪ Betroffenheit Kanton bzgl. Zuständigkeit/Handlungsspielraum: mittel</li> </ul>
Chancen	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Glättung tageszeitliche Verteilung der Verkehrsnachfrage (ältere Personen und Erwerbspersonen)</li> <li>▪ Stärkung des ÖV durch grössere Nachfragegruppe (v.a. ältere Personen)</li> <li>▪ Mehr Massnahmen für Langsamverkehr (v.a. Infrastruktur)</li> </ul>
Risiken	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Zunehmende Kapazitätsengpässe auf Schiene und Strasse (Personen- und Freizeitverkehr, Individualisierung Gesellschaft)</li> <li>▪ Steigender Bedarf an altersgerechten Verkehrsinfrastrukturanlagen</li> <li>▪ Steigende Anforderungen an Sicherheit von Fahrzeugen und Verkehrsanlagen</li> </ul>
Handlungsfelder	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Knappe Infrastrukturkapazitäten und Mobilitätsverhalten steuern</li> <li>▪ Barrierefreier Zugang zum Verkehrssystem für alle Bevölkerungs- und Altersgruppen sicherstellen</li> <li>▪ Ausreichende, sichere, effiziente und bedürfnisgerechte Infrastrukturen, Systeme und Angebote für alle Verkehrsteilnehmende fördern und sicherstellen</li> </ul>



- Wichtigste Massnahmen
- Agglomerationsprogramme Siedlung und Verkehr
  - Angebotskonzepte ÖV
  - Erschliessungskriterien ÖV
  - Unterstützung Selbständigkeit und Gesundheit im Alter (z.B. Mobilitätskurse)

### Beurteilung/Würdigung

Grösste Herausforderungen

Die grösste Herausforderung ist die Bereitstellung der Infrastrukturanlagen, damit die übergeordneten Ziele (Innenverdichtung, nachhaltige Siedlungsentwicklung, Sicherung der lokalen Versorgung etc.) mit der sich verändernden Bevölkerungsstruktur, neuen Lebensentwürfen, zunehmender Digitalisierung und verändertem Mobilitätsbedürfnis- und -verhalten (alternde Bevölkerung, Elektrifizierung der Fahrzeuge, Veränderung des Modal Split durch die Innenverdichtung, neue Mobilitätsformen etc.) erreicht werden können. Beispielsweise führt die erwartete steigende Nachfrage nach Flächen für öffentliche Dienstleistungen, das Gesundheitswesen und für Pflegeleistungen auch zu Veränderungen bei der Mobilitätsnachfrage (mehr Versorgungsleistungen, ÖV, ggf. weniger Freizeitverkehr). Ausserdem führt die alternde Bevölkerung zu neuen Herausforderungen im Bereich der Verkehrssicherheit (Prüfen der Fahrtauglichkeit, Sicherheit der zu Fuss gehenden etc.).

Bund - Kanton - Gemeinden

Die Planungsinstrumente sind in einer hierarchischen Struktur klar geregelt. Die übergeordneten Herausforderungen sind für Bund, Kantone und Gemeinden vergleichbar. Die Planungshoheit für konkrete Planungen liegt bei den Gemeinden (Ortsplanung), den Kantonen (Kantonsstrassen, Wanderwege) oder dem Bund (Nationalstrassen, Bahninfrastruktur). Es bestehen direkte Bezüge von der Verkehrsplanung zur Raum- und Landschaft(s)planung, die in Planungsinstrumenten oft integral betrachtet werden (z.B. Programm Agglomerationsverkehr) sowie diverse Schnittstellen mit anderen Politikbereichen (v.a. zu Raumplanung, Schulraumplanung, Landwirtschaft, Versorgung, Wohnungswesen, Gesundheit, Umwelt, Energie). Die Bereiche sind stark miteinander verzahnt und weisen teilweise Zielkonflikte auf, profitieren jedoch oft auch von Synergieeffekten.

Die Aufgabe des Kantons ist es mit guten übergeordneten Planungen Hand zu bieten und Voraussetzungen zu schaffen, damit die Gemeinden den konkreten Herausforderungen auf Stufe der Ortsplanungen begegnen können – dies abgestützt auf die Vorgaben und Ziele des Bundes. Der Kanton Bern steht vor der besonderen Herausforderung, dass der Anteil der Erwerbsbevölkerung im Verhältnis zur Nicht-Erwerbsbevölkerung in den nächsten Jahren voraussichtlich deutlich sinkt. Dies könnte sich auf die Mobilitätsnachfrage allgemein und die Freizeitverkehrsströme auswirken.

Erfassung der Themen

Die Chancen, Risiken und Handlungsfelder des demografischen Wandels sind in den bestehenden Berichten und Grundlagen weitgehend erfasst. Die Planungsinstrumente bauen auf den Bevölkerungsprognosen auf und verfolgen übergeordnete Ziele aus Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt.

Aktueller Handlungsbedarf

Die Herausforderungen des demografischen Wandels sind in Berichten und Grundlagen weitgehend erfasst. Der aktuelle Handlungsbedarf ist deshalb gering. Die Strategien und Berichte der Verkehrsplanung verfolgen eine grosse Bandbreite von Zielen aus diversen Bereichen. Dabei liegt der Fokus auf der Entwicklung der Gesamtbevölkerung. Die Altersstruktur und die Zusammensetzung der Bevölkerung findet eher selten explizite Beachtung. Entsprechend sind auch die dazu erhobenen Grundlagen eher knapp (z.B. Analyse des Alltags- und Freizeitverkehr nach Altersgruppen). Eine explizite(re) Berücksichtigung der Demografie





in den Planungsinstrumenten könnte sich künftig eventuell als nützlich erweisen, weil der Kanton Bern schweizweit überproportional grosse Bevölkerungsgruppen in älteren Alterskohorten aufweist. Handlungsbedarf besteht auch bezüglich Angaben zu den Auswirkungen von Homeoffice bezüglich des Wohnorts, Arbeitswegs und Verkehrsverhaltens.

## 5.2.16 Kommunikation, Medien

### Übersicht

Kurzbeschreibung und zentrale Aufgaben des Kantons

Kommunikation ist der Austausch oder die Übertragung von Informationen, welche auf verschiedene Arten (Medien) und auf verschiedenen Wegen (Infrastrukturen) stattfinden kann.

Der Kanton nutzt dazu Kanäle der Öffentlichkeitsarbeit, Medien- und Onlinekommunikation sowie der internen Kommunikation. Die Regierung und Behörden informieren Medien und Bevölkerung über ihr Handeln und begründen ihre Entscheidungen. Der Kanton erbringt zudem Leistungen im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT), damit Private und die Wirtschaft digital mit den Behörden verkehren können und durchgehend digitale Geschäftsprozesse ermöglicht werden.

Zuständige Direktionen und Ämter

- Staatskanzlei (STA): Amt für Kommunikation (KomBE), Geschäftsstelle Digitale Verwaltung (GDV)
- Finanzdirektion (FIN): Amt für Informatik und Organisation (KAIO)

Beispiele bestehender Berichte/Grundlagen

Auf kantonaler Ebene stehen insgesamt folgende drei Dokumente zur Verfügung mit konkretem Bezug zum Thema:

- Strategie Digitale Verwaltung des Kantons Bern (zwei Dokumente)
- Bericht über die Möglichkeiten der Medienförderung durch den Kanton Bern

### Analyse

Komponenten

- Wichtigste Komponenten demografischer Wandel: älter, vielseitiger
- Mit einer vielfältigeren Zusammensetzung der Bevölkerung verändert sich die Sprache
- Der Digitalisierungsgrad in der Gesellschaft und Wirtschaft nimmt weiter zu
- Der Anteil an «Digital Natives» wird grösser
- Lebenslanges Lernen gewinnt an Bedeutung

Betroffenheit

- Betroffenheit Politikbereich bzgl. demografischer Wandel: mittel
- Betroffenheit Kanton bzgl. Zuständigkeit/Handlungsspielraum: mittel

Chancen

- Zielgruppengerechte Kommunikation und Information für alle Bevölkerungsgruppen
- Vermehrter Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien im Bereich der Meinungsbildung und der Partizipation (z.B. E-Voting, E-Government, E-Health)
- Abbau der Sprachbarriere für Personen mit Migrationshintergrund
- Aufbau von Arbeitsplätzen in IT, Automatisierung, Robotisierung, Bildungsbereich usw.
- Verfügbarkeit von staatlichen Informationen und Dienstleistungen

Risiken



	<ul style="list-style-type: none"><li>▪ Eingeschränkter Zugang einzelner Bevölkerungsgruppen wegen rascher technologischer Entwicklungen und zunehmender Komplexität</li><li>▪ Die Veränderung der Sprache kann dazu führen, dass Behördensprache zunehmend nicht mehr verstanden wird</li><li>▪ Kurz- bis mittelfristig zusätzliche Kosten für Aufbau und Sicherheit der Angebote und Bereitstellung personeller Ressourcen</li></ul>
Handlungsfelder	<ul style="list-style-type: none"><li>▪ Chancengleicher, barriere- und diskriminierungsfreier Zugang zu IKT für die Bevölkerung unabhängig von Bildung, Herkunft und Alter gewährleisten</li><li>▪ Nutzer- und nutzentrierte Angebote an digitalen Informationen und Dienstleistungen ausbauen</li><li>▪ Zielgruppengerechte Kommunikation und Risikokommunikation gewährleisten</li><li>▪ Ausbau der direkten Kommunikation mit Bevölkerung, Fokus legen auf junge Menschen (u.a. Interesse an kantonalen Themen und Dienstleistungen)</li><li>▪ Förderung digitaler Kompetenzen aller Anspruchsgruppen und -kategorien</li><li>▪ Ausbau der Partizipation der Bevölkerung dank neuen, digitalen Tools (E-Partizipation)</li><li>▪ Erhöhung Sicherheit, Sichtbarkeit und Transparenz</li></ul>
Wichtigste Massnahmen	<ul style="list-style-type: none"><li>▪ Barrierefreier Zugang zu E-Government</li><li>▪ Förderung und Nutzung von Open Government Data</li><li>▪ Kommunikationsmassnahmen zur Begleitung des kulturellen Wandels für interne und externe Anspruchsgruppen</li><li>▪ Schwerpunktplanung mit Vorhaben zur Umsetzung der Digitalisierungsstrategie (z.B. eUmzug, eBau, eRechtsverkehr, E-Voting...)</li><li>▪ Koordination Schwerpunktplanung mit Gemeinden und weiteren Stakeholdern</li></ul>
<b>Beurteilung/Würdigung</b>	
Grösste Herausforderungen	Der demografische Wandel führt dazu, dass zukünftig mehr Leute unterschiedlicher Herkunft und Sprache mit dem Kanton kommunizieren und digitale Angebote des Kantons nachfragen. Dabei ist sicherzustellen, dass ältere Personen und digitale Outsider nicht abgehängt werden. Die Generation Z und die nachfolgenden Generationen haben neue, andere Kommunikationsformen, -bedürfnisse und -kenntnisse (digital only, mobile only, Chat/Video/Sprachnachrichten) als die Generationen davor.
Bund - Kanton - Gemeinden	Bund und Kanton haben ähnliche Aufgaben. Bei der Entwicklung und Einführung von schweizweiten digitalen Dienstleistungen (z.B. E-Health, E-Voting, Register) sind der Kanton und die Gemeinden oft vorweg für den Vollzug zuständig. Einheitliche Tools und harmonisierte Schnittstellen sind jedoch Voraussetzung einer gelingenden digitalen Transformation über alle drei Staatsebenen.
Erfassung der Themen	Die Chancen, Risiken und Handlungsfelder des demografischen Wandels sind in den bestehenden Berichten und Grundlagen sowie durch die Ergänzungen der Arbeitsgruppe weitgehend abgedeckt. Es existiert eine aktuelle Strategie (2019) mit einer Umsetzungsplanung (Massnahmen). Sowohl die digitale Transformation als auch Kommunikation/Information sind klassische «Querschnittsthemen».
Aktueller Handlungsbedarf	Die Herausforderungen des demografischen Wandels sind in Berichten und Grundlagen weitgehend erfasst. Der aktuelle Handlungsbedarf ist deshalb gering. Folgende Punkte könnten zusätzlich überprüft werden: <ul style="list-style-type: none"><li>▪ Konkrete Bezeichnung/Adressierung der Zielgruppen in den Strategiedokumenten, Massnahmen und Projekten, speziell alte Personen, Menschen mit einer Behinderung und Personen mit Migrationshintergrund/anderer Sprache</li></ul>



- Problematik der wachsenden Umweltbelastung und des steigenden Energieverbrauchs durch die zunehmende IKT-Nutzung
- Sind die Bedürfnisse aus anderen Politikbereichen an die Kommunikation und IKT-Infrastruktur und umgekehrt die Angebote bekannt?
- Wie soll der Staat zukünftig mit den digitalen Outsidern interagieren und wie soll deren Zugang zu staatlichen Informationen und Dienstleistungen sichergestellt werden?

## 5.2.17 Personalpolitik

### Übersicht

Kurzbeschreibung und zentrale Aufgaben des Kantons

Täglich erbringen die 12'000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der kantonalen Verwaltung (inkl. Polizei und Justiz, ohne Lehrkräfte und Geistliche) wichtige Dienstleistungen für die Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons Bern, für die im Kanton ansässigen Unternehmen und Organisationen sowie für die Gemeinden und weitere Behörden.

Die Personalpolitik umfasst das Personalmanagement innerhalb der kantonalen Verwaltung, die Entwicklung und Förderung von Mitarbeitenden, die Auszahlung der Löhne, die Koordination von Lernendenausbildungen und die Beratung der Direktionen und der Staatskanzlei bezüglich personalrechtlicher Themen.

Den Herausforderungen des demografischen Wandels wird mit Massnahmen zu Anstellungsbedingungen, Arbeitgeberattraktivität und Personalentwicklung begegnet.

Zuständige Direktionen und Ämter

- Finanzdirektion (FIN): Personalamt (PA)

Beispiele bestehender Berichte/Grundlagen

Im «Berichte-Scanning» wurden insgesamt neun politikbereichspezifische Dokumente berücksichtigt. Beispiele sind:

- Personalstrategie Kanton Bern
- Altersstrukturanalyse der Verwaltung Kanton Bern
- Seniorberatung in der Kantonsverwaltung
- Befragung Mitarbeitende 45 PLUS
- Div. Berichte/Projekte zu Bogenkarriere, Laufbahn- und Arbeitsmodelle, demografischer Wandel

### Analyse

Komponenten

- Wichtigste Komponenten demografischer Wandel: älter, vielseitiger

Betroffenheit

- Betroffenheit Politikbereich bzgl. demografischer Wandel: mittel
- Betroffenheit Kanton bzgl. Zuständigkeit/Handlungsspielraum: gross

Chancen

- Flexiblere Arbeitsmodelle für ältere Mitarbeitende und Eltern
- Attraktivere Arbeitsbedingungen für Frauen (Lohngleichheit, Teilzeit) und jüngere Mitarbeitende (mehr Verantwortung)

Risiken

- Wissensverlust durch Abgang erfahrener Arbeitskräfte
- Mangel an qualifizierten Arbeitskräften

Handlungsfelder

- Wissenstransfer sicherstellen, u.a. durch flexiblere Pensionierungsmodelle
- Kanton als attraktiver Arbeitgeber positionieren, u.a. durch bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf



- Wichtigste Massnahmen
- Altersstrukturanalyse erstellen
  - Ältere Leistungsträgerinnen und Leistungsträger länger im Arbeitsprozess halten (flexible und individuelle Laufbahn- und Arbeitsmodelle)
  - Vorsorge flexibilisieren (Zukunftsgespräche, gleitende Pensionierung, Pensionskassenmodelle)
  - Vereinbarkeit Familie und Beruf und attraktivere Arbeitsbedingungen für Frauen (Lohngleichheit, Teilzeit in Kaderstellen, Wiedereinstieg, Mitfinanzierung familienergänzender Betreuung, Möglichkeit für Pflege kranker/betagter Eltern)
  - Konkurrenzfähigkeit/Arbeitgeberattraktivität im Vergleich zur direkten Konkurrenz (Bund, Nachbarkantone, staatsnahe ehemalige Bundesbetriebe, etc.) sicherstellen (Arbeitsmodelle, Lohn, etc.)

### Beurteilung/Würdigung

- Grösste Herausforderungen
- In den nächsten Jahren steht die ordentliche Pensionierung der Babyboomer-Generation an, womit Wissensverlust und Fachkräftemangel droht. Um diesen Herausforderungen erfolgreich zu begegnen, braucht es flexiblere Arbeits- und Pensionierungsmodelle. Zudem führt der gesellschaftliche Wandel zu veränderten Ansprüchen an den Kanton als Arbeitgeber. Um attraktiv zu bleiben, sind gezielte Fördermassnahmen notwendig, z.B. für Frauen in Kaderpositionen und für junge Mitarbeitende.
- Bund - Kanton - Gemeinden
- Die Personalämter von Bund und den Kantonen stehen grundsätzlich vor vergleichbaren Herausforderungen.
- Erfassung der Themen
- Die Chancen, Risiken und Handlungsfelder des demografischen Wandels sind in den bestehenden Berichten und Grundlagen weitgehend erfasst.
- Aktueller Handlungsbedarf
- Die Herausforderungen des demografischen Wandels sind in Berichten und Grundlagen weitgehend erfasst. Der aktuelle Handlungsbedarf ist deshalb gering. Massnahmen, welche dem Abgang älterer Leistungstragender und dem Wissensverlust entgegenwirken sollen, wurden bereits konkret angegangen (z.B. Pilotprojekt Seniorenberatung, Bogenkarriere). Der bisher bescheidene Erfolg dieser Massnahmen und Pilotprojekte könnte durch frühzeitige Sensibilisierung bzgl. Pensionierung, flachere Hierarchien (z.B. geteilte Amtsleitungen u. ä. fördern) und konsequente Förderung flexibler Arbeitsmodelle verbessert werden. Der Kanton Bern sollte zudem seine Fördermassnahmen weiter ausbauen (z.B. degressive Lohnentwicklung bei jungen Mitarbeitenden) und konsequent umsetzen, um als Arbeitgeber attraktiv zu bleiben. Ämterspezifische Altersstrukturanalysen sind vorhanden, wodurch Massnahmen gezielt auf einzelne Ämter zugeschnitten werden können.

## 5.3 Fazit

Einleitung	<p>In den Kapiteln 5.2.1 bis 5.2.17 wurden die 17 Politikbereiche hinsichtlich des demografischen Wandels analysiert und beurteilt. Nachfolgend werden in einem ersten Schritt die Analyseergebnisse zusammengefasst. Diese umfassen die Risiken und Chancen des demografischen Wandels mit Bezug auf die Politikbereiche sowie die Handlungsfelder und wichtigsten Massnahmen.</p> <p>In einem zweiten Schritt sind die Würdigungen und Beurteilungen je Politikbereich aufgeführt, zusammengefasst und nach den Themen «grösste Herausforderungen», «Zuständigkeiten (Bund–Kanton–Gemeinden)», «Erfassung der (relevanten) Themen» und «Handlungsbedarf» unterteilt.</p>
	<h3>Analyse</h3>
Komponenten	<p>Der demografische Wandel lässt sich mit den vier Komponenten «mehr», «älter», «unterschiedlich verteilt» und «vielfältiger» beschreiben. Von der Komponente «älter» ist die Mehrheit der Politikbereiche (14) betroffen. Die Alterung der Wohnbevölkerung beeinflusst somit eine Vielzahl von Politikbereichen. Von der vielfältigeren Gesellschaft als qualitative Dimension sind 12 Politikbereiche betroffen. Dies sind gesellschaftliche Veränderungen wie beispielsweise abnehmende Haushaltsgrössen, alternative Familienformen, eine zunehmend multikulturelle Gesellschaft, etc.</p> <p>Der Anstieg der Bevölkerungszahl ist für 11 Politikbereiche relevant, während die ungleichen, regionalen Auswirkungen des demografischen Wandels nur für 7 Politikbereiche wesentlich ist.</p>
Betroffenheit	<p>In den 4 Politikbereichen Soziale Sicherheit, Gesundheit, Migration/Integration und Kinder/Familie/Jugend/Alter ist der Kanton Bern stark vom demografischen Wandel betroffen. In den 4 Bereichen Kultur/Sport, Landwirtschaft/Versorgung, Umwelt und Energie ist die Betroffenheit gering. Bei den restlichen 11 Bereichen wird die Betroffenheit als «mittel» eingeschätzt (s. auch Übersichtstabelle auf der nachfolgenden Seite).</p>
Chancen und Risiken	<p>Einige Politikbereiche weisen teilweise gleiche Chancen und Risiken auf, was die vielfältigen Querbezüge der Politikbereiche verdeutlichen. Insbesondere die Politikbereiche soziale Sicherheit, öffentliche Finanzen, Gesundheit und Wirtschaft, Arbeit haben ähnliche Chancen (z.B. zunehmende Erwerbsbeteiligung älterer Arbeitnehmender und Frauen, neue Formen der Pflege und Betreuung im Alter) und ähnliche Risiken (z.B. Mangel an Arbeits- und Fachkräften, Anstieg der Ausgaben bei den Sozialwerken und im Gesundheitsbereich).</p> <p>Querbezüge zeigen sich auch in den Bereichen Energie, Umwelt, Raum, Verkehr und Wohnungswesen, wo mit einer Zunahme des Verbrauchs (an Energie, Raum, Ressourcen, etc.) zu rechnen ist.</p>
Handlungsfelder und Massnahmen	<p>Die Handlungsfelder lassen sich übergeordnet grösstenteils in die drei Kategorien Finanzierung, Angebotssicherung und -förderung sowie Steuerung einer gewünschten Entwicklung einteilen. In der Kategorie Finanzierung sind insbesondere Themen der Verteilung zwischen den Staatsebenen und Generationen relevant. Die Angebotssicherung und -förderung umfassen Handlungsfelder beispielsweise in den Politikbereichen Gesundheit und Energie (Versorgung), Sport und Kultur, Integration sowie Verkehr (Infrastruktur).</p>



Handlungsfelder und  
Massnahmen  
(Fortsetzung)

Die Steuerung von Entwicklungen schliesst beispielsweise die Handlungsfelder Erwerbstätigkeit von Frauen und älteren Arbeitnehmenden, Innenverdichtung, nachhaltige bzw. sparsame Nutzung von Rohstoffen und Energie sowie das Mobilitätsverhalten mit ein.

In diesen vielfältigen Handlungsfeldern hat der Kanton bereits diverse Massnahmen ergriffen. Diese Massnahmen und deren Umsetzungsstand wurden jedoch nicht vertieft angeschaut. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Massnahmen insgesamt bereits diverse Handlungsfelder abdecken und sich der Kanton Bern aktiv mit den Auswirkungen des demografischen Wandels befasst.

### Beurteilung und Würdigung

Grösste Herausforderungen

Der steigende Anteil an Personen im Rentenalter und der sinkende Anteil im Erwerbsalter akzentuieren den Fachkräftemangel. Dieser ist besonders in den Bereichen Gesundheit und MINT vorhanden. Aber auch in der Landwirtschaft und im Bildungswesen (hauptsächlich obligatorische Schule) wird die Besetzung von offenen Stellen bzw. die Regelung einer Nachfolge zunehmend anspruchsvoller. Eine hohe Erwerbsbeteiligung von Frauen und älteren Arbeitnehmenden sowie der Zuzug von Arbeitskräften von ausserhalb des Kantons Bern gewinnt deshalb an Bedeutung.

Demgegenüber steigen die Ansprüche an die Personen im Erwerbsalter tendenziell, da aufgrund der vielfältigeren Gesellschaft unterschiedliche kulturelle und sprachliche Hintergründe in der Kommunikation berücksichtigt werden müssen. Aufgrund der vielfältigeren Gesellschaft haben die Erwerbstätigen beispielsweise im Schulwesen verstärkt auf die Integration von Kindern mit Migrationshintergrund zu achten. Eine erfolgreiche Integration trägt dazu bei, dem Fachkräfte- und Personalmangel entgegen zu wirken.

Die vielfältigere Gesellschaft benötigt auch ein differenzierteres Angebot, beispielsweise im Bereich der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, der sozialen Sicherheit oder im Wohnungswesen. Ein bedürfnisgerechtes Wohnungsangebot gewinnt für die älteren Menschen zunehmend an Bedeutung.

Die Finanzierung der Sozialwerke und des Gesundheitswesens wird aufgrund der alternden Bevölkerung zunehmend zu einer Herausforderung. Verstärkend wirkt dabei, dass der Anteil von Personen im Erwerbsalter sinkt. Dies ist auch für die öffentlichen Finanzen insgesamt eine Herausforderung, da tendenziell die Ausgaben für die Gesundheit, soziale Sicherheit und Bildung steigen, während das Risiko von geringeren Einnahmen durch die Einkommenssteuer aufgrund der veränderten Altersstruktur zunimmt.

Die Abstimmung von verschiedenen Bedürfnissen und Zielen in Folge einer anzahlmässig grösseren und vielfältigeren Bevölkerung ist insbesondere in der Raum- und Verkehrsplanung eine zunehmende Herausforderung. Innenverdichtung, nachhaltige Siedlungsentwicklung sowie die Sicherung der lokalen Versorgung gilt es aufeinander und regional gut abzustimmen.

Zuständigkeit

Vom demografischen Wandel sind alle drei Staatsebenen betroffen. Je nach Politikbereich ist die Betroffenheit allerdings unterschiedlich, da die Zuständigkeiten hinsichtlich Rechtsetzung und Vollzug in den 17 Politikbereichen unterschiedlich verteilt sind. Der demografische Wandel mit seinen vier Komponenten (älter, mehr, vielfältiger und unterschiedlich verteilt) hat sowohl auf die Rechtsetzung wie auch auf den Vollzug eine Auswirkung.



Zuständigkeit (Fortsetzung)	<p>Dem Bund kommt in den Bereichen Wirtschaft/Arbeit, Landwirtschaft/Versorgung, öffentliche Finanzen/Steuern sowie Migration/Integration sowie Umwelt eine bedeutende Rolle hinsichtlich der Rechtsetzung zu. Die Kantone sind in diesen Bereichen massgeblich für den Vollzug zuständig (teilweise gemeinsam mit dem Bund).</p> <p>In den Bereichen Soziale Sicherheit, Kultur/Sport, öffentliche Sicherheit, Wohnungswesen und Energie sind sowohl der Bund wie auch die Kantone in der Rechtsetzung und im Vollzug tätig.</p> <p>In den Bereichen Gesundheit, Bildung, Personalpolitik, Raum, Verkehr sowie der Kinder-, Jugend-, Familien- und Alterspolitik kommt dem Kanton eine umfassende Rolle im Vollzug und teilweise auch in der Rechtsetzung zu.</p> <p>In der Raum- und Verkehrsplanung, im Wohnungswesen sowie im Bildungsbereich (obligatorische Schule) sind auch die Gemeinden im Vollzug wie auch in der Rechtsetzung (Ortsplanung) von den Ansprüchen der vielfältiger werdenden Gesellschaft betroffen.</p>
Erfassung der Themen	<p>Die Analyse in den 17 Politikbereichen hat gezeigt, dass in deren 9 der demografische Wandel weitgehend erfasst und behandelt wird. In 5 Politikbereichen wird dieser teilweise erfasst, während er in 3 Bereichen (öffentliche Finanzen/Steuern, Landwirtschaft/Versorgung und Wohnungswesen) nicht spezifisch berücksichtigt wird.</p>
Aktueller Handlungsbedarf	<p>Der aktuelle Handlungsbedarf (gering, vorhanden) bezieht sich darauf, inwieweit in einem Politikbereich zusätzliche Aktivitäten erforderlich sind, damit die Herausforderungen des demografischen Wandels ausreichend berücksichtigt werden. Der aktuelle Handlungsbedarf wird anhand folgender vier Kriterien beurteilt (vgl. Kap. 2 und 5.1):</p> <ul style="list-style-type: none"><li>▪ Zuständigkeit bzw. Handlungsspielraum des Kantons</li><li>▪ Betroffenheit des Politikbereichs vom demografischen Wandel</li><li>▪ Erfassung der Herausforderungen des demografischen Wandels in bestehenden Berichten und Grundlagen</li><li>▪ Direktionsübergreifende Zuständigkeit für einen Politikbereich</li></ul> <p>Grundsätzlich gilt, dass je mehr Direktionen und/oder unterschiedliche Ämter für einen Politikbereich zuständig sind, desto anspruchsvoller ist es für die betroffenen Stellen, die Herausforderungen des demografischen Wandels ganzheitlich zu erfassen und zu berücksichtigen.</p> <p>Für 13 der 17 Politikbereiche wird der aktuelle Handlungsbedarf bezüglich der Herausforderungen des demografischen Wandels insgesamt als «gering» eingestuft. Dies weil die Zuständigkeit bzw. der Handlungsspielraum des Kantons gering ist, weil die Betroffenheit des Politikbereichs vom demografischen Wandel gering ist und/oder weil die Herausforderungen des demografischen Wandels in bestehenden Berichten und Grundlagen bereits weitgehend erfasst sind.</p> <p>Für die 4 Politikbereiche «Öffentliche Finanzen, Steuern», «öffentliche Sicherheit», «Migration/Integration» und «Wohnungswesen» trifft keine dieser drei Punkte zu. Im Umkehrschluss gilt deshalb, dass für diese 4 Politikbereiche aktuell ein potenzieller Handlungsbedarf vorhanden ist. Wesentliche Entwicklungen sowie mögliche Auswirkungen und Handlungsfelder sind in diesen Politikbereichen noch wenig oder gar nicht erfasst. Entsprechend liegt bei diesen vier Politikbereichen der Handlungsbedarf in einem ersten Schritt bei der systematischen Erfassung der möglichen Auswirkungen des demografischen Wandels.</p>

Tab. 2: Faktoren bezüglich der Herausforderungen des demografischen Wandels und aktueller Handlungsbedarf für den Kanton Bern

Politikbereich	Zuständigkeit/ Handlungsspielraum des Kantons	Betroffenheit der Politikbereiche	Direktionsübergreifende Zuständigkeit (Anz. Direktionen)	Erfassung der Themen in den bestehenden Berichten/	Aktueller Handlungsbedarf
Soziale Sicherheit	<b>mittel</b>	<b>stark</b>	<b>zwei</b>	<b>weitgehend</b>	<b>gering</b>
Öffentliche Finanzen, Steuern	<b>mittel</b>	<b>mittel</b>	<b>eine</b>	<b>kaum</b>	<b>vorhanden</b>
Wirtschaft, Arbeit	<b>gering</b>	<b>mittel</b>	<b>eine</b>	<b>teilweise</b>	<b>gering</b>
Bildung, Schule, Forschung	<b>mittel</b>	<b>mittel</b>	<b>zwei</b>	<b>weitgehend</b>	<b>gering</b>
Kultur, Sport	<b>mittel</b>	<b>gering</b>	<b>zwei</b>	<b>teilweise</b>	<b>gering</b>
Öffentliche Sicherheit	<b>mittel</b>	<b>mittel</b>	<b>eine</b>	<b>teilweise</b>	<b>vorhanden</b>
Landwirtschaft, Versorgung	<b>gering</b>	<b>gering</b>	<b>eine</b>	<b>kaum</b>	<b>gering</b>
Wohnungswesen	<b>mittel</b>	<b>mittel</b>	<b>drei</b>	<b>kaum</b>	<b>vorhanden</b>
Gesundheit	<b>gross</b>	<b>stark</b>	<b>eine</b>	<b>weitgehend</b>	<b>gering</b>
Migration, Integration	<b>mittel</b>	<b>stark</b>	<b>zwei</b>	<b>teilweise</b>	<b>vorhanden</b>
Kinder, Jugend, Familie, Alter	<b>gross</b>	<b>stark</b>	<b>drei</b>	<b>weitgehend</b>	<b>gering</b>
Raum	<b>mittel</b>	<b>mittel</b>	<b>zwei</b>	<b>weitgehend</b>	<b>gering</b>
Umwelt	<b>mittel</b>	<b>gering</b>	<b>zwei</b>	<b>teilweise</b>	<b>gering</b>
Energie	<b>mittel</b>	<b>gering</b>	<b>zwei</b>	<b>weitgehend</b>	<b>gering</b>
Verkehr	<b>mittel</b>	<b>mittel</b>	<b>zwei</b>	<b>weitgehend</b>	<b>gering</b>
Kommunikation, Medien	<b>mittel</b>	<b>mittel</b>	<b>zwei</b>	<b>weitgehend</b>	<b>gering</b>
Personalpolitik	<b>gross</b>	<b>mittel</b>	<b>eine</b>	<b>weitgehend</b>	<b>gering</b>

Legende/Lesebeispiel:

Sind die Themen in den Berichten und Grundlagen für einen Politikbereich weitgehend erfasst und/oder sind der Handlungsspielraum des Kantons und/oder die Betroffenheit des Politikbereichs vom demografischen Wandel gering, wird der aktuelle Handlungsbedarf für diesen Politikbereich als **gering** eingestuft. Trifft dies nicht zu, gilt im Umkehrschluss, dass für den entsprechenden Politikbereich aktuell ein potenzieller Handlungsbedarf **vorhanden** ist. Weitere Hinweis zu Methode vgl. Kap. 2.





## 6. Synthese und Handlungsempfehlungen

### Einleitung

Das vorliegende Kapitel fasst die Erkenntnisse des gesamten Berichts zusammen und gibt Antworten auf die in Kapitel 1.2 gestellten Fragen. Daraus ableitend werden Handlungsfelder, Handlungsoptionen sowie entsprechende Empfehlungen formuliert. Diese sind auf einer strategischen Ebene angesiedelt und orientieren sich an einer direktionsübergreifenden Sichtweise.

### 6.1 Synthese

#### Demografischer Wandel: Kanton Bern

Das Wachstum der Bevölkerung im Kanton Bern ist nur etwa halb so stark wie im schweizerischen Mittel. Die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter wird sich im Kanton Bern voraussichtlich reduzieren. Der Anteil der ausländischen Bevölkerung nimmt zu, allerdings auf einem tieferen Niveau als im schweizerischen Durchschnitt. Tendenziell nimmt die Bevölkerung in den Verwaltungskreisen Bern-Mittelland und Biel/Bienne stärker zu als in den ländlich geprägten Regionen. Der Anteil der ausländischen Bevölkerung wird sowohl in der gesamten Schweiz wie auch im Kanton Bern zunehmen, allerdings ist der Anteil sowohl heute wie auch in Zukunft tiefer im Kanton Bern, aber höher in den Städten Bern und Biel.

Im Vergleich zum schweizerischen Durchschnitt wirkt sich der demografische Wandel im Kanton Bern leicht anders aus. Während die Bevölkerungszunahme moderater ausfallen wird, wird der Anteil der über 80-jährigen im Kanton Bern 2050 voraussichtlich höher sein als in der gesamten Schweiz.

#### Demografischer Wandel: Einflussfaktoren

Der demografische Wandel wird von diversen Faktoren beeinflusst. Ein wesentlicher Faktor sind die Wanderungsbewegungen. Verbessert sich die wirtschaftliche Entwicklung in Europa, so führt dies tendenziell zu einer tieferen Zuwanderung in die Schweiz. Nebst den internationalen sind auch die interkantonalen Wanderungsbewegungen von Bedeutung und beeinflussen den demografischen Wandel. Weitere Faktoren sind die Geburtenhäufigkeit und die Lebenserwartung. So führen eine verbesserte Vereinbarkeit von Beruf und Familie, eine zunehmende Geschlechtergleichstellung sowie eine positive Einkommensentwicklung zu einer höheren Geburtenrate. Ebenso haben ein steigendes Gesundheitsbewusstsein sowie Fortschritte in der Medizin positive Effekte auf die Lebenserwartung.

#### Demografischer Wandel: Querschnittsthema

Für alle 17 Politikbereiche ergeben sich aufgrund des demografischen Wandels diverse Chancen, Risiken und Herausforderungen. Einige Politikbereiche weisen gleiche oder ähnliche Chancen und Risiken auf. Daraus ergeben sich Themen wie beispielweise der zunehmende Mangel an Arbeits- und Fachkräften, welcher für mehrere Politikbereiche (z.B. Gesundheit, Wirtschaft, Bildung) von Bedeutung ist, oder die zunehmende Erwerbsbeteiligung von älteren Arbeitnehmenden und Frauen und neue Pflege-, Betreuungs- und Wohnformen als Chance.



Demografischer Wandel:  
Betroffene Direktionen  
und Ämter

Alle Direktionen und eine Vielzahl von Ämtern im Kanton Bern sind vom demografischen Wandel betroffen. In Politikbereichen, in denen mehrere Direktionen zuständig sind, ist die direktionsübergreifende Zusammenarbeit von zentraler Bedeutung. Dies trifft auch für Politikbereiche zu, bei denen die Chancen und Risiken des demografischen Wandels ähnlich sind.<sup>20</sup>

Demografischer Wandel:  
Regionen und Gemeinden

Vom demografischen Wandel sind nebst Bund und Kantonen auch die Regionen und Gemeinden in vielfältiger Weise betroffen. Insbesondere in der Raum- und Verkehrsplanung, im Wohnungswesen sowie im Bildungsbereich (obligatorische Schule) sind die Gemeinden für den Vollzug und teilweise auch für die Rechtsetzung zuständig. Tendenziell nimmt die Komplexität aufgrund des demografischen Wandels für die Gemeinden zu, weil die Bevölkerung zunehmend vielfältiger wird (multikultureller, alternative Familienformen, etc.) und der Anstieg der Bevölkerungszahl den Druck auf den Raum tendenziell erhöht. Diese Zunahme an Komplexität verbunden mit der Erkenntnis, dass der demografische Wandel vielfältige Querbezüge zwischen den einzelnen Politikbereichen aufweist, ergibt für die Gemeinden eine zunehmend anspruchsvolle Ausgangslage.

Demografischer Wandel:  
Statistik

In Gut der Hälfte der im «Berichte-Scanning» einbezogenen Grundlagen werden entweder öffentliche, nationale oder kantonale und städtische Statistiken berücksichtigt. Im Bereich Gesundheit gab es in den letzten Jahren erhebliche Optimierungen (z.B. Daten von Spitälern und Kostendaten der Langzeitpflege). Dennoch besteht bezüglich Datenquantität und -qualität weiterhin Verbesserungspotential insbesondere im Gesundheitswesen, in der Sozial- und Familienpolitik, im Wohnungswesen sowie in den Bereichen Energie, Wirtschaft und Arbeit. Zudem bedarf es einer Klärung der Zusammenarbeit zwischen Open Government Data (OGD) und der kantonalen Statistikkonferenz (s. Aufzählung Kap. 4.2.2, S. 26).

Fazit

Für den Kanton Bern sind folgende Erkenntnisse von besonderer Bedeutung:

- Gemäss den Szenarien zur Bevölkerungsentwicklung hat der Kanton Bern eine leicht moderatere Bevölkerungszunahme als der schweizerische Durchschnitt, dafür wird der Anteil der über 80-jährigen 2050 überdurchschnittlich hoch sein. Die Bevölkerungsentwicklung im Kanton Bern kann mit geeigneten Massnahmen (z. B. Ausgestaltung der Besteuerung für natürliche Personen, Wirtschaftspolitik zur Schaffung von Arbeitsplätzen, raumplanerische Massnahmen im Bereich Wohnungsbau) in gewisser Masse beeinflusst werden.
- Alle Direktionen sind vom demografischen Wandel betroffen, es gibt zwischen ihnen zahlreiche Schnittstellen. Diese können sowohl innerhalb eines Politikbereichs (bei einer Zuständigkeit von mehreren Direktionen) als auch über die Politikbereiche hinweg (bei ähnlichen Chancen und Risiken der Politikbereiche) bestehen.
- Der demografische Wandel trägt dazu bei, wie andere Megatrends auch, dass die Komplexität der Rechtsetzung und des Vollzugs zunimmt. Dies ist insbesondere auch für die Gemeinden eine Herausforderung, da diese in der Regel aufgrund der kleineren Strukturen über weniger Fachwissen und geringere Ressourcen verfügen.

<sup>20</sup> Vgl. Konferenz Raum / Verkehr / Wirtschaft (KRVW): Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf die Politik- und Fachbereiche im Kanton Bern, Ergebnisse einer Umfrage der KRVW, August 2009.



## 6.2 Handlungsfelder

### Handlungsfeld 1: Punktuelle thematische Ergänzungen

Die zwei Politikbereiche Wirtschaft/Arbeit und öffentliche Sicherheit weisen eine mittlere Betroffenheit durch den demografischen Wandel auf. Ausserdem werden in diesen zwei Politikbereichen die Herausforderungen des demografischen Wandels nur teilweise in den bestehenden Grundlagen erfasst. Entsprechend gibt es folgende punktuelle Ergänzungen, die aufgegriffen werden könnten.

Handlungsoptionen:

- Förderung der Erwerbsbeteiligung von älteren Arbeitnehmenden und Frauen
- Berücksichtigung von veränderten Sicherheitsansprüchen und -risiken einer alternden und vielfältigeren Bevölkerung in den Bereichen der polizeilichen Kommunikation und Prävention

### Handlungsfeld 2: Organisation, Koordination und Kommunikation

Alle Direktionen sind vom demografischen Wandel betroffen, es gibt diverse Schnittstellen. Zudem erhöht der demografische Wandel die Komplexität der Rechtsetzung und des Vollzugs. Eine sektorübergreifende Herangehensweise bei der Bewältigung der mit dem demografischen Wandel verbundenen Herausforderungen ist deshalb zentral. Durch eine direktionsübergreifende Zusammenarbeit lassen sich die Chancen und Risiken umfassender angehen. Eine Unterstützung durch den Kanton mit Information und Sensibilisierung kann die zunehmend anspruchsvolle Ausgangslage der Gemeinden etwas auffangen. Eine direktionsübergreifende Zusammenarbeit bezüglich des demografischen Wandels wie auch eine gezielte Unterstützung der Gemeinden zur Bewältigung der Herausforderungen könnte entsprechend ausgebaut werden.

Handlungsoptionen:

- Periodische Behandlung des demografischen Wandels in einem direktionsübergreifenden Gefäss (z.B. Koordinationskonferenz Raum/Verkehr/Wirtschaft mit Erweiterung um Politikbereiche, welche vom demografischen Wandel betroffen sind oder prüfen eines neuen Gefässes)
- Unterstützungs-, Informations- und Sensibilisierungsfunktion Kanton gegenüber den Gemeinden

### Handlungsfeld 3: Strategische Verankerung

Der demografische Wandel ist in diversen Politikbereichen im Kanton Bern bereits gut berücksichtigt. Eine übergeordnete Verankerung des demografischen Wandels fehlt allerdings zurzeit. Dieser könnte unter Berücksichtigung der vier Komponenten (mehr, älter, vielfältiger und unterschiedlich verteilt) in die Regierungsrichtlinien Eingang finden.

Handlungsoption:

- Verankerung des Querschnittthemas «Demografischer Wandel» in den Regierungsrichtlinien unter Berücksichtigung der vier Komponenten

### Handlungsfeld 4: Politische Einflussmöglichkeiten

Die zukünftige Bevölkerungsentwicklung kann durch die Gesellschaft und Politik in bestimmtem Mass mitgestaltet werden. Vorhandene Gestaltungsmöglichkeiten wie Standortmarketing, Familienpolitik, Raumplanung, Wohnraumförderung, Steuern usw. können die zukünftige Bevölkerungsentwicklung und insbesondere interkantonale Wanderungen beeinflussen. Antworten auf Fragen, welche Faktoren in welchem Ausmass auf den demografischen Wandel wirken und wie deren Interdependenzen sind, könnten wichtige Erkenntnisse zur Bewältigung des demografischen Wandels liefern.



Handlungsfeld 4  
(Fortsetzung)

Handlungsoptionen:

- Wissen vergrössern: Untersuchung, wie die Mechanismen zur Beeinflussung des demografischen Wandels funktionieren, welche mögliche Wirkungen sind
- Aufzeigen von konkreten Gestaltungs- und Handlungsmöglichkeiten für Kanton, Regionen und Gemeinden

Handlungsfeld 5:  
Grundlagen

Für diejenigen Politikbereiche, welche stark vom demografischen Wandel betroffen sind, ist die Erfassung und Behandlung des demografischen Wandels in entsprechenden Grundlagen wesentlich. Nur so lassen sich die kantonale Politik auf die Auswirkungen des demografischen Wandels in den entsprechenden Politikbereichen vorbereiten und entsprechende Massnahmen in die Wege leiten. Aufgrund der Analyse und Beurteilung der vorhandenen Berichte im Kanton Bern sieht das Projektteam in den folgenden Politikbereichen einen gewissen Bedarf, das Thema des demografischen Wandels verstärkt aufzugreifen: Wohnungswesen, Öffentliche Finanzen, Steuern, Integration/Migration und Daten/Statistik.

Handlungsoptionen:

- Grundlagenarbeit in den genannten Politikbereichen mit Fokus auf den demografischen Wandel
- Datenquantität und -qualität in den Bereichen Gesundheit, Soziale Sicherheit, Familie/Alter, Wohnungswesen, Energie, Wirtschaft/Arbeit optimieren

## 6.3 Empfehlungen

Auf Basis der Handlungsfelder leiten wir 5 Empfehlungen und je 2-4 mögliche Handlungsansätze sowie Prüf- und Klärungsaufträge ab: Die Empfehlungen 1 und 5 sind inhaltlicher Art, die Empfehlungen 2-4 eher institutioneller und organisatorischer Art. Im Rahmen der vorliegenden Untersuchung war es nicht möglich, die Handlungsansätze auf Ebene Massnahmen vertieft zu konkretisieren.

1. Weitere Themen auf die Agenda setzen

- Erwerbsbeteiligung erhöhen und Fachkräftemangel verringern: Ältere Arbeitnehmende, Frauen und Personen mit Migrationshintergrund in Erwerbstätigkeit halten und einbinden, speziell in den Bereichen Pflege, Gesundheit, MINT-Berufe, Bildung (Grundschule) und Landwirtschaft: entsprechende Ausbildungsgänge fördern, Auslegeordnung von bestehenden Massnahmen, Lücken ermitteln, Projekte aufgleisen, Monitoring durchführen
- Berücksichtigung von veränderten Sicherheitsansprüchen und -risiken einer alternden und vielfältigeren Bevölkerung in den Bereichen der polizeilichen Kommunikation und Prävention: Auslegeordnung von bestehenden Ansätzen, Lücken ermitteln, Projekte aufgleisen, Monitoring durchführen
- Erkenntnisse aus den Grundlagenanalysen umsetzen: Wohnungswesen, öffentliche Finanzen und Steuern, Integration/Migration, Einflussmöglichkeiten Kanton (siehe 5. Empfehlung)

2. Schnittstellen optimieren und Synergien nutzen

- Direktionsübergreifende Zuständigkeit für das Thema «Demografische Entwicklung des Kantons Bern» klären/festlegen
- Direktionsübergreifende Zusammenarbeit: Auslegeordnung zu bestehenden und neuen Formen der Zusammenarbeit erstellen (u.a. Open Government Data und kantonale Statistikkonferenz); Themen mit Querbezügen zwischen den Direktionen ermitteln (z.B. Fachkräftemangel, Erwerbsbeteiligung, Integration, Wohnungswesen), Chancen nutzen und Risiken minimieren
- Unterstützungs-, Informations- und Sensibilisierungsdienstleistungen für Regionen, Gemeinden und Dritte anbieten



### 3. Kommunizieren und Erfahrungen sammeln

- Bestehende Austauschgefässe nutzen oder bei Bedarf ein Neues schaffen, um mit den Regionen, Gemeinden und Dritten (z.B. Vertretungen aus Wirtschaft, Organisationen) in regelmässigem Austausch zu bleiben, ihre Anliegen aufzunehmen und Erfahrungen sammeln zu können
- Aufbau einer Wissens- und Informationsplattform prüfen: Zugänglichkeit der Informationen zum demografischen Wandel sicherstellen (z.B. über Webseite Bevölkerungsstatistik Kanton Bern) und regelmässig zum Thema kommunizieren; klären, ob die Informationstätigkeit für interne Anspruchsgruppen oder für die breite Öffentlichkeit bestimmt ist

### 4. Thema strategisch gut verankern

- Wichtige ausgewählte Themen aus den Empfehlungen in den zukünftigen Richtlinien des Regierungsrats 2023-2026 aufnehmen<sup>21</sup>
- Wiederaufnahme der Diskussion über das im Jahr 2014 sistierte Wohnbauförderungsgesetz im Grossen Rat (in Anlehnung an KV Art. 40), basierend auf den Erkenntnissen einer zukünftigen Studie zum Wohnungswesen (vgl. Empfehlungen 5, Wohnungswesen)
- Sicherstellen, dass der demografische Wandel in allen seinen Ausprägungen auch in regionalen und kommunalen strategischen Instrumenten bearbeitet wird (z.B. Leitbild, Entwicklungskonzept, Richtplan)

### 5. Grundlagen schaffen und Wissen vergrössern

- Wohnungswesen, mögliche Themen: Entwicklung von Wohnungsangebot und -nachfrage im Kanton Bern im Lichte des demografischen Wandels, vielfältige Bedürfnisse der Bevölkerung betreffend Wohnungsangebot, Handlungsbedarf, geeignete Massnahmen
- Öffentliche Finanzen und Steuern, mögliche Themen: Auswirkungen der zu erwartenden demografischen Entwicklung auf die Steuereinnahmen und -ausgaben, Handlungsbedarf, geeignete Massnahmen (z.B. im Rahmen einer zukünftigen Steuerstrategie)
- Integration/Migration, mögliche Themen: Herausforderungen für Gesellschaft (Zusammenhalt, Partizipation von allen Bevölkerungsgruppen), für Kanton Bern und die Gemeinden betreffend Integration, Handlungsbedarf und -spielraum, geeignete Massnahmen
- Statistische Grundlagen: Übersicht zu Datenquantität und -qualität zu spezifischen Themen in den Bereichen Gesundheit, Soziale Sicherheit, Familie/Alter, Wohnungswesen, Energie und Wirtschaft/Arbeit; Diskussion und Ableitung des Handlungsbedarfs (Lead/Einbezug kantonaler Statistikkonferenz)
- Politische Einflussmöglichkeiten: Wirkungszusammenhänge der verschiedenen Politikbereichen mit dem demografischen Wandel und die Mechanismen aufzeigen (u.a. «Stellschrauben», «grösste Hebel»), relevante Einflussfaktoren und potentielle Auswirkungen eruieren (vgl. Kap. 3.1, S. 12 und Kap. 6.1, S. 65)

<sup>21</sup> Im Sinne eines Beispiels in Bezug auf die bestehenden Richtlinien, könnten folgende Ergänzungen vorgenommen/diskutiert werden (alle weiteren Themen wie z.B. Gesundheit/Pflege sind in den bestehenden Richtlinien schon abgedeckt):

- Ergänzung Ziel 1 (Vernetzung Forschung und Wissenschaft, Innovationsstandort): Erhöhung Erwerbsbeteiligung (u.a. von älteren Arbeitnehmenden, Frauen und Personen mit Migrationshintergrund);
- Ergänzung Ziel 2 (wirkungsvolle Dienstleistungen und Politikzentrum): Demografischer Wandel in der directionsübergreifenden Zusammenarbeit stärken
- Bei Ziel 3 (Zusammenhalt fördern, Integration Benachteiligter, Pflege, attraktiver Standort): Grundlagen zum demografischen Wandel erarbeiten (insbesondere betreffend Wohnungswesen, öffentliche Finanzen, Migration), Berücksichtigung des demografischen Wandels bei der polizeilichen Kommunikation
- Bei Ziel 4 (regionale Vielfalt, Gemeinden/Regionen, Zweisprachigkeit): mehr und vielfältigere Bevölkerung, unterschiedlich verteilt > Konkrete Unterstützungsangebote für Regionen und Gemeinden in Sachen DW (ähnliche Klima-, Energie- u.a. Trends)





# Anhang

## A1 Berücksichtigte Berichte

Tab. A1: Im «Berichte-Scanning» berücksichtigte Berichte

Bezeichnung Berichte	Politikbereich Kanton Bern	Jahr	Seiten	Betroffene Direktionen /Ämter	Bedeutung
1 Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf die Politik- und Fachbereiche im Kanton Bern, Umfrageergebnisse	0 Alle Politikbereiche	2009	57	STA-ARP; DIJ-AGR	3
2 Regionalisierte Bevölkerungsszenarien für den Kanton Bern bis zum Jahr 2050, Ausgabe 2020	0 Alle Politikbereiche	2020	49	FIN-FV/SK	3
3 Statistik Stadt Bern, Publikationsliste und div. Berichte/Statistiken	0 Alle Politikbereiche	2021	80	FIN-FV/SK	2
4 Sozialbericht 2015, Bekämpfung der Armut im Kanton Bern	1 Soziale Sicherheit	2015	105	GSI-AIS	3
5 Berichterstattung Wirtschaftliche Hilfe 2019	1 Soziale Sicherheit	2020	54	GSI-AIS	2
6 Familienkonzept des Kantons Bern	1,10,11 Soziale Sicherheit; Migration, Integration; Kinder, Jugend, Familie, Alter	2009	87	GSI-AIS	3
7 Bericht zur Umsetzung des Familienkonzepts des Kantons Bern	1,10,11 Soziale Sicherheit; Migration, Integration; Kinder, Jugend, Familie, Alter	2014	45	GSI-AIS	3
8 Familienbericht 2021, Laufende Massnahmen und geplante Weiterentwicklung der Familienpolitik des Kantons Bern	1,10,11 Soziale Sicherheit; Migration, Integration; Kinder, Jugend, Familie, Alter	2021	40	GSI-AIS	3
9 Alterspolitik im Kanton Bern 2016	1,9,11 Soziale Sicherheit; Gesundheit; Kinder, Jugend, Familie, Alter	2016	92	GSI-AIS	3
10 Regionale Zuteilung der Pflegeplätze	1,9,11 Soziale Sicherheit; Gesundheit; Kinder, Jugend, Familie, Alter	2020	14	GSI-AIS; GSI-GA	3
11 Politique du 3e âge de la ville de Bienne	1,9,11 Soziale Sicherheit; Gesundheit; Kinder, Jugend, Familie, Alter	2008	76	GSI-AIS; GSI-GA	3
12 Regionale Altersplanung Biel-See-land, Auslageordnung zum Ist-Zustand	1,9,11 Soziale Sicherheit; Gesundheit; Kinder, Jugend, Familie, Alter	2020	42	GSI-AIS; GSI-GA	3
13 Ville de Bienne, Évolution population personnes âgées 2020-2040	1,9,11 Soziale Sicherheit; Gesundheit; Kinder, Jugend, Familie, Alter	2021	1	GSI-AIS; GSI-GA	1



Bezeichnung Berichte	Politikbereich Kanton Bern	Jahr	Seiten	Betroffene Direktionen /Ämter	Bedeutung
14 Eine Stadt für alle – Schwerpunkt Alter, Altersstrategie 2030 mit Massnahmen 2020–2024	1,9,11 Soziale Sicherheit; Gesundheit; Kinder, Jugend, Familie, Alter	2020	36	GSI-AIS; GSI-GA	3
15 Wirtschaftsstrategie 2025	3 Wirtschaft, Arbeit	2012	82	WEU-AWI	2
16 Schulraumstrategie 2030	4 Bildung, Schule, Forschung	2017	82	BKD-MBA/GS	2
17 Bauliche Entwicklung der Universität, Aktualisierung «räumliche Entwicklungsstrategie 3012» und Bauprojekte	4 Bildung, Schule, Forschung	2020	19	BKD-AH/GS	2
18 Räumliche Entwicklungsstrategie 3012 (Überarbeitung der Strategie im 2019)	4 Bildung, Schule, Forschung	2020	70	BKD-AH/GS	1
19 Entwicklung Schülerzahlen und Lehrkräfte	4 Bildung, Schule, Forschung	2020	2	BKD-GS	1
20 Bernische Lehrerversicherungskasse, Geschäftsbericht 2019	4 Bildung, Schule, Forschung	2020	76	BKD-GS	2
21 Bildungsstatistik Kanton Bern, Basisdaten 2019	4 Bildung, Schule, Forschung	2020	32	BKD-GS	3
22 Bildungsbericht Schweiz 2018	4 Bildung, Schule, Forschung	2018	39	BKD-GS	3
23 Prävention im Schulsetting – Erkenntnisse aus Wissenschaft und Praxis für die Kantonspolizei Bern	4, 6 Bildung, Schule, Forschung; Öffentliche Sicherheit	2015	87	SID-KAPO	1
24 Strategie Sport Kanton Bern	5 Kultur, Sport	2017	38	SID-BSM	1
25 Kulturstrategie 2018, Kanton Bern	5,12 Kultur, Sport; Raum	2017	19	BKD-AK	3
26 Justizvollzugsstrategie 2017-2032	6 Öffentliche Sicherheit	2018	66	SID-AJV	2
27 Bericht Zivilschutz Kanton Bern	6 Öffentliche Sicherheit	2021	21	SID-BSM	2
28 Überprüfung des Personalbestandes der Kantonspolizei	6 Öffentliche Sicherheit	2019	60	SID-KAPO	1
29 Statistik der Lärmklagen im Gastgewerbesektor 2020	6 Öffentliche Sicherheit	2021	8	SID-KAPO	1
30 Verkehrsunfallstatistik Kanton Bern, 2020	6 Öffentliche Sicherheit	2021	42	SID-KAPO	1
31 Überprüfung des Präventionsangebots der Kantonspolizei Bern in den Volksschulen	6 Öffentliche Sicherheit	2019	40	SID-KAPO	1
32 Kantonale Vertiefungsstudie zur Kriminalität und Opfererfahrungen im Kanton Bern	6 Öffentliche Sicherheit	2016	2	SID-KAPO	1
33 Polizeiliche Prävention – eine Herausforderung für die Zukunft	6 Öffentliche Sicherheit	2006	30	SID-KAPO	1
34 Alkohol und Gewalt im öffentlichen Raum	6 Öffentliche Sicherheit	2013	99	SID-KAPO	1
35 Sinus 2021 bfu	6 Öffentliche Sicherheit	2021	110	SID-KAPO	1





Bezeichnung Berichte	Politikbereich Kanton Bern	Jahr	Seiten	Betroffene Direktionen / Ämter	Bedeutung
36 Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) BFS, Jahresbericht 2020 der polizeilich registrierten Straftaten	6 Öffentliche Sicherheit	2021	88	SID-KAPO	1
37 Umsetzung Verfassungsauftrag Wohnen	8 Wohnungswesen	2021	1	WEU-AWI	1
38 Versorgungsplanung 2016, Aktualisierte Bedarfsprognosen bis 2030, Aktusomatik, Rehabilitation, Psychiatrie	9 Gesundheit	2020	61	GSI-GA	2
39 Versorgungsplanung 2016 gemäss Spitalversorgungsgesetz, Teile A-D	9 Gesundheit	2016	234	GSI-GA	3
40 Statistik der Hilfe und Pflege zu Hause (Spitexstatistik) BFS	9 Gesundheit	2021	25	GSI-GS	3
41 Kennzahlen SOMED, Sozialmedizinische Institutionen Typ A (Alters- und Pflegeheime)	9, 11 Gesundheit; Kinder, Jugend, Familie, Alter	2017	11	GSI-GS	2
42 Dreistufiges Integrationsfördermodell für neu zuziehende Ausländerinnen und Ausländer im Kanton Bern	10 Migration, Integration	2020	24	GSI-AIS	1
43 Kantonales Integrationsprogramm KIP 2bis (2022-2023)	10 Migration, Integration	2021	22	GSI-AIS	1
44 Migrationsstatistik der Finanzdirektion des Kantons Bern	10 Migration, Integration	2020	1	FIN-FV	1
45 Jahresbericht Amt für Bevölkerungsdienste ABEV, Jahr 2020	10 Migration, Integration	2020	23	SID-ABEV	1
46 Besondere Förder- und Schutzleistungen im Kanton Bern, Datenbericht 2020	11 Kinder, Jugend, Familie, Alter	2021	36	DIJ-KJA	1
47 Leistungen für Kinder mit einem besonderen Förder- und Schutzbedarf, Analyse in den Regionen Biel und Seeland	11 Kinder, Jugend, Familie, Alter	2020	27	DIJ-KJA	1
48 Stadtentwicklungskonzept (STEK) 2016, Vertiefungsbericht Mobilität	12 Raum	2016	80	BVD-AÖV	2
49 Stadtentwicklungskonzept (STEK) 2016, Vertiefungsbericht Siedlung und Freiraum	12 Raum	2016	104	BVD-AÖV	2
50 Stadtentwicklungskonzept (STEK) 2016, Gesamtbericht	12 Raum	2016	92	BVD-AÖV	3
51 Wohnstrategie mit Massnahmen, Wohnstadt der Vielfalt	12 Raum	2018	32	Stadt Bern	3
52 Gesamtverkehrsmodell Kanton Bern, Modellaktualisierung 2016	12,15 Raum; Verkehr	2019	114	BVD-AÖV	2
53 Arbeitspapier zum Projekt S-Bahn 2040	12,15 Raum; Verkehr	2020	39	BVD-AÖV	1
54 Agglomerationsprogramm Verkehr und Siedlung Bern, 3. Generation;	12,15 Raum; Verkehr	2016	205	DIJ-AGR / BVD-AÖV/TBA	2



Bezeichnung Berichte	Politikbereich Kanton Bern	Jahr	Seiten	Betroffene Direktionen /Ämter	Bedeutung
RGSK Bern-Mittelland, 2. Generation					
55 RGSK Emmental, 2. Generation	12,15 Raum; Verkehr	2016	71	DIJ-AGR / BVD-AÖV/TBA	2
56 Richtplan / RGSK Biel-Seeland, 2. Generation; Agglomerationsprogramm Biel/Lyss, 3. Generation	12,15 Raum; Verkehr	2016	126	DIJ-AGR / BVD-AÖV/TBA	2
57 RGSK Oberaargau, 2. Generation	12,15 Raum; Verkehr	2016	273	DIJ-AGR / BVD-AÖV/TBA	2
58 RGSK Oberland-Ost, 2. Generation; Regionaler Verkehrs- und Siedlungsrichtplan Oberland-Ost 2016	12,15 Raum; Verkehr	2016	126	DIJ-AGR / BVD-AÖV/TBA	2
59 RGSK Thun-Oberland West, 2. Generation	12,15 Raum; Verkehr	2016	117	DIJ-AGR / BVD-AÖV/TBA	2
60 CRTU Jura bernois, 2021, Rapport explicatif, Version approuvée 2021	12,15 Raum; Verkehr	2021	112	DIJ-AGR / BVD-AÖV/TBA	2
61 Sachplan Abfall	13 Umwelt	2017	76	BVD-AWA	2
62 Energiestrategie Kanton Bern, 2006	14 Energie	2006	48	WEU-AUE	1
63 Strategie Digitale Verwaltung des Kantons Bern, Bericht 2019	16 Kommunikation, Medien	2019	24	STA-GDV	2
64 Strategie Digitale Verwaltung des Kantons Bern, RRB 2019	16 Kommunikation, Medien	2019	2	STA	1
65 Bericht über die Möglichkeiten der Medienförderung durch den Kanton Bern	16 Kommunikation, Medien	2019	32	STA-KomBE	1
66 Seniorberatung in der Kantonsverwaltung	17 Personalpolitik	2013	22	FIN-PA	2
67 Demografischer Wandel, Projektstart und Bildung der Projektorganisation	17 Personalpolitik	2009	9	FIN-PA	2
68 Demografischer Wandel, Befragung 45 PLUS, Förderung berufliche Perspektiven von Mitarbeitenden der Verwaltung	17 Personalpolitik	2012	11	FIN-PA	3
69 Ergebnisse Altersstrukturanalyse der Verwaltung Kanton Bern, Handlungsfelder Personalmanagement	17 Personalpolitik	2009	242	FIN-PA	2
70 Personalstrategie Kanton Bern, 2016 bis 2019	17 Personalpolitik	2015	9	FIN-PA	1
71 Bogenkarriere, Schlussbericht, Leistungsvereinbarung 2019/Projektziel Nr. 21	17 Personalpolitik	2019	6	FIN-PA	2
72 Projektpraktikum, Laufbahn- und Arbeitsmodelle: Bedürfnisse der Mitarbeitenden im 3. Abschnitt ihrer Erwerbstätigkeit	17 Personalpolitik	2019	81	FIN-PA	2
73 Mitarbeitende 45 PLUS, Befragungsergebnisse	17 Personalpolitik	2011	62	FIN-PA	3



Bezeichnung Berichte	Politikbereich Kanton Bern	Jahr	Seiten	Betroffene Direktionen /Ämter	Bedeutung
74 Personalstrategie Kanton Bern 2020 bis 2023	17 Personalpolitik	2020	16	FIN-PA	2

Anmerkung: Die Liste bildet die Grundlage (Grundgesamtheit) für das «Berichts-Scanning». Jedem Bericht werden dazu u.a. folgende Variablen zugeordnet: Nr./Name Bericht, Politikbereiche, Erscheinungsjahr, Umfang (Anzahl Seiten), betroffene Direktionen/Ämter, Bedeutung bzgl. Herausforderungen des demografischen Wandels (3 = gross, 2 = mittel, 1 = gering).

Tab. A2: Weitere berücksichtigte Berichte (ohne «Berichte-Scanning»)

Bezeichnung Bericht	Politikbereich Kanton Bern	Jahr	Seiten	Betroffene Direktionen /Ämter	Bedeutung
75 Bildungsstrategie 2016	4 Bildung, Schule, Forschung	2016	54	BKD-GS	3
76 Kantonaler Richtplan	12,15 Raum; Verkehr	2021	322	DIJ-AGR / BVD-AÖV/TBA	3
77 Sachplan Veloverkehr	12,15 Raum; Verkehr	2020	128	DIJ-AGR / BVD-AÖV/TBA	2
78 Sachplan Wandern	12,15 Raum; Verkehr	2019	120	DIJ-AGR / BVD-AÖV/TBA	2
79 Wasserstrategie 2010	13 Umwelt	2010	24	BVD-AWA	2
80 Angebotskonzepte ÖV	15 Verkehr	2016	153	BVD-AÖV	2
81 Bevölkerungsbefragung der Kantonspolizei Bern 2021	6 Öffentliche Sicherheit	2021	59	SID-KAPO	2

Anmerkung: Die 7 Berichte wurden von der Arbeitsgruppe nachträglich zum «Berichte-Scanning» eingebracht. Die zentralen Inhalte dieser Berichte wurden nicht im «Berichte-Scanning» berücksichtigt, sind von der Arbeitsgruppe jedoch qualitativ eingebracht und in der vorliegenden Studie entsprechend berücksichtigt.

# A2 Matrix Ämter - Politikbereiche - Berichte

Tab A3: Zuordnung der Berichte zu den Politikbereichen und der Politikbereiche zu den Direktionen/Ämtern sowie allgemeine Betroffenheit der Ämter vom demografischen Wandel (Einschätzung Arbeitsgruppe)



Direktion/Amt	Direktion/Amt min. 1 Bericht zugeordnet (Berichte-Scanning)	Betroffenheit Direktionen/Ämter vom demograf. Wandel	Soziale Sicherheit	Öffentliche Finanzen, Steuern	Wirtschaft, Arbeit	Bildung, Schule, Forschung	Kultur, Sport	Öffentliche Sicherheit	Landwirtschaft, Versorgung	Wohngesundheitswesen	Gesundheit	Migration, Integration	Kinder, Jugend, Familie, Alter	Raum	Umwelt	Energie	Verkehr	Kommunikation, Medien	Personalpolitik
<b>Politikbereich min. 1 Bericht zugeordnet (Berichte-Scanning)</b>			✓	✗	✓	✓	✓	✓	✗	✓	✓	✓	✓	✓	✓	✓	✓	✓	✓
<b>Direktion/Amt zugeordneter Politikbereich</b>																			
<b>1 Bau- und Verkehrsdirektion (BVD)</b>		✓				✓				✓					✓	✓	✓		
1.01 Generalsekretariat BVD	✗	✓																	
1.02 Rechtsamt BVD	✗	✓																	
1.03 Amt für Wasser und Abfall (AWA)	✓	✓													✓	✓	✓		
1.04 Tiefbauamt (TBA)	✓	✓													✓	✓	✓		
1.05 Amt für öffentlichen Verkehr und Verkehrskoordination (AÖV)	✓	✓													✓	✓	✓		
1.06 Amt für Grundstücke und Gebäude (AGG)	✓	✓				✓				✓									
<b>2 Direktion für Inneres und Justiz (DIJ)</b>		✓	✓							✓								✓	
2.01 Generalsekretariat DIJ	✗	✓																	
2.02 Beauftragter für kirchliche und religiöse Angelegenheiten (BKRA)	✗	✓																	
2.03 Amt für Dienstleistungen und Ressourcen (ADR)	✗	✓																	
2.04 Amt für Geoinformation (AGI)	✗	✓																	
2.05 Amt für Gemeinden und Raumordnung (AGR)	✓	✓																	
2.06 Kantonales Jugendamt (KJA)	✓	✓																	
2.07 Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB)	✗	✓																	
2.08 Rechtsamt DIJ	✗	✓																	
2.09 Datenschutzaufsichtsstelle (DSA)	✗	✓																	
2.10 Amt für Sozialversicherungen (ASV)	✓	✓	✓																
<b>3 Bildungs- und Kulturdirektion (BKD)</b>		✓				✓	✓												
3.01 Generalsekretariat BKD	✗	✓																	
3.02 Amt für Kindergarten, Volksschule und Beratung (AKVB)	✓	✓				✓													
3.03 Mittelschul- und Berufsbildungsamt (MBA)	✓	✓				✓													
3.04 Amt für Hochschulen (AH)	✓	✓				✓													
3.05 Amt für Kultur (AK)	✓	✓				✓													
3.06 Amt für zentrale Dienste (AZD)	✗	✓																	
<b>4 Sicherheitsdirektion (SID)</b>		✓					✓	✓				✓	✓						
4.01 Generalsekretariat SID	✗	✓																	
Fonds und Bewilligungen (FOBE)						✓													
Berner Interventionsstelle gegen Häusliche Gewalt (BIG)													✓						
4.02 Kantonspolizei (KAPO)	✓	✓																	
4.03 Strassenverkehrs- und Schiffsamt (SVSA)	✗	✓																	
4.04 Amt für Bevölkerungsdienste (ABEV)	✓	✓																	
4.05 Amt für Bevölkerungsschutz, Sport und Militär (BSM)	✓	✓																	
4.06 Amt für Justizvollzug (AJV)	✓	✓																	
<b>5 Finanzdirektion (FIN)</b>		✓		✓															✓
5.01 Generalsekretariat FIN	✗	✓																	
5.02 Finanzverwaltung (FV)	✓	✓		✓															
5.03 Steuerverwaltung (SV)	✓	✓		✓															
5.04 Personalamt (PA)	✓	✓																	
5.05 Amt für Informatik und Organisation (KAIO)	✓	✓																	
<b>6 Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion (WEU)</b>		✓			✓				✓	✓					✓	✓			
6.01 Generalsekretariat WEU	✗	✓																	
6.02 Amt für Wirtschaft (AWI)	✓	✓																	
6.03 Amt für Arbeitslosenversicherung (AVA)	✓	✓								✓									
6.04 Amt für Landwirtschaft und Natur (LANAT)	✓	✓							✓										
6.05 Amt für Umwelt und Energie (AUE)	✓	✓													✓	✓			
6.06 Amt für Wald und Naturgefahren (AWN)	✓	✓													✓	✓			
6.07 Amt für Veterinärwesen (AVET)	✓	✓																	
6.08 Kantonales Laboratorium (KL)	✗	✓																	
<b>7 Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion (GSI)</b>		✓	✓								✓	✓	✓						
7.01 Generalsekretariat GSI	✗	✓																	
7.02 Gesundheitsamt (GA)	✓	✓																	
7.03 Amt für Integration und Soziales (AIS)	✓	✓																	
<b>8 Staatskanzlei (STA)</b>		✓																	✓
8.01 Amt für Regierungsunterstützung und politische Rechte (ARP)	✗	✓																	
8.02 Amt für Zweisprachigkeit, Gesetzgebung und	✗	✓																	
8.03 Amt für Kommunikation (KomBE)	✓	✓																	
8.04 Staatsarchiv	✗	✓																	
8.05 Fachstelle für die Gleichstellung von Frauen und Männern (FGS)	✗	✓																	
8.06 Geschäftsstelle Digitale Verwaltung (GDV)	✓	✓																	
<b>Kanton Bern</b>			✓	✓	✓	✓	✓	✓	✓	✓	✓	✓	✓	✓	✓	✓	✓	✓	✓




Anmerkung: Die Finanzkontrolle, die Sonderschulen (Schulheim Schloss Erlach, Pädagogisches Zentrum für Hören und Sprache Münchenbuchsee, Zentrum für Sozial- und Heilpädagogik, Loryheim Münsingen, Beobachtungsstation Bolligen) und die dezentrale Verwaltung (Ausnahme 2.06 Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde) werden aufgrund ihres besonderen Status in der Studie nicht berücksichtigt.

**Legende:**

Zuordnung von Berichten zu Direktionen/Ämter bzw. Politikbereichen, die im Berichte-Scanning berücksichtigt wurden (vgl. Anhang 1)

  min 1 Bericht zugeordnet

 kein Bericht zugeordnet

Betroffenheit der Direktionen/Ämter vom demografischen Wandel

 gross

 mittel

 gering